

Das größte Fachmagazin für Österreichs Gemeinden

KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind
Österreich

1 · 2010

THEMA

Tourismus & Gemeinden:
Modellregionen haben Zukunft ▶ 14

PRAXIS

Wohnbauförderung: Renovieren und
Sanieren als Wirtschaftsstütze ▶ 42

CHRONIK

Gemeinderatswahlen 2010: Wie die
Karten neu gemischt werden ▶ 54



THEMA

Bahnübergänge sind Aufreger zu Jahresbeginn

Nichts zu spüren vom Belastungsstopp – trotz knapper Kassen sollen Gemeinden für die ÖBB Bahnübergänge sichern – das KOMMUNAL-Interview zum Jahresbeginn.

DVR: 0930 423

CROSS CON

ICT CONVENTION VIENNA

27-29 APRIL
2010
MESSE WIEN



The platform for
ICT-solutions

- Economy
- Health Care
- Government
- Technology



Zentralisten wollen Gemeinden zusammenlegen

Größer ist nicht billiger

Jetzt sehen sie wieder ihre Stunde gekommen. Da es den Gemeinden wirtschaftlich alles andere als gut geht, kommen die selbsternannten Besserwisser wie die Würmer nach dem warmen Regen aus dem Boden und ziehen ihre Lösungen aus dem alten Hut: „Wir legen einfach die Gemeinden zusammen und sparen uns unendlich viel Geld ein“, lautet das Credo der Experten, denen natürlich medial auch entsprechender Raum eingeräumt wird, weil Provokation der Bürgerinnen und Bürger auch ein Verkaufsargument ist. Die einen meinen, man soll die Zahl der Gemeinden einfach halbieren, die anderen behaupten allen Ernstes, dass alle Gemeinden unter 10.000 Einwohner nicht überleben könnten, und wiederum andere nennen immer Dänemark als Musterbeispiel, wo man die die Zahl der Gemeinden auf weit unter 100 gedrückt hat. Bei allen gemeinsam ist, dass sie die Gemeindestrukturen Österreichs nicht kennen. Bei der Argumentation kommt man zum Vergleich, dass Blinde von der Farbe reden. Niemand von diesen Ratgebern hat sich jemals mit der Arbeit, den Aufgaben der Gemeinden und ihrer Effizienz beschäftigt, aber es ist halt schick, in Zeiten der Krise mit tollen Reformvorschlägen aufwarten zu können. Ob sie etwas bringen oder nicht, steht auf einem anderen Blatt.

Gerade das müssten aber jene wissen, die jetzt großspurig mit ihren Ideen hausieren gehen. Es sind nämlich die Repräsentanten des Rechnungshofes, der Industrie und vereinzelt der Wirtschaft, von denen man erwarten müsste, dass sie rechnen können. Und ein Blick in den jährlich erscheinenden Gemeinde-Finanzbericht hätte genügt, um Klarheit über die Effizienz von großen und kleinen Gemeinden zu bekommen. Drei Ergebnisse ganz einfach dargestellt: Erstens, die Kleingemeinden kommen auf tausend Einwohner bezogen mit

viel weniger Personal aus als größere Gemeinden, weil vieles in Eigeninitiative erledigt wird. Zweitens, in den kleineren Gemeinden ist der Verwaltungsaufwand viel geringer, die Verfahren sind schneller, weil mit Hausverstand und nicht überbordender Bürokratie entschieden wird. Und drittens, die Gemeinden unter 5000 Einwohnern investieren wesentlich mehr, weil sie einerseits einen Nachholbedarf in der Infrastruktur haben, andererseits weil sie eben jeden Euro, den sie sich in der Verwaltung sparen, sofort zur Verbesserung der Lebensqualität in ihrer Gemeinde einsetzen.

Und damit sind wir bei der Bürgerin, beim Bürger, die sich zu einem sehr hohen Prozentsatz in den kleinen, überschaubaren Einheiten wesentlich wohler fühlen. „Aber was kümmert uns schon das Wohl der Menschen, Hauptsache wir haben einen medialen Akzent gesetzt“, scheint das Motto der Pseudo-Reformer zu sein.

Nun sind wir in der Kommunalpolitik Tätigen ja nicht so überheblich, dass wir stets behaupten, alles ist in den Gemeinden super und nichts verbesserungswürdig, aber zu glauben, dass man mit Gemeindezwangszusammenlegungen so viel einsparen kann, dass die Krise bewältigt werden kann, grenzt an Dummheit. Wenn diese Milchmädchenrechnung aufgeht, dass größer auch billiger ist, dann müsste man am besten alle 2357 Gemeinden zu einer einzigen Großgemeinde mit rund 8,5 Millionen Einwohnern zusammenlegen. Was das bringt und wie das funktioniert, wage ich nicht zu fragen. Aber vielleicht kennt die Antwort darauf einer von denen, die jetzt diese Super-Ideen äußern, sich aber in ihrer Freizeit in die kleine, liebliche Gemeinde zurückziehen, weil es eben dort doch um einigebesseres lebenswerter ist.

Helmut Mödlhammer



Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen
Gemeindebundes

Wir in der Kommunalpolitik Tätigen sind nicht so überheblich, dass wir behaupten, alles ist in den Gemeinden super und nichts verbesserungswürdig. Aber zu glauben, dass man mit Gemeindezwangszusammenlegungen so viel einspart, dass die Krise bewältigt werden kann, grenzt an Dummheit.



THEMEN

Gemeindebund

- 8 Das KOMMUNAL-Neujahrsinterview 2010 mit Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer: Man muss die Menschen mögen in dem Job
- 10 Sicherung der Eisenbahnübergänge: Kosten könnten bis zu 1,5 Milliarden Euro betragen
- 14 Gemeindebund-Modellregionen: Tourismusbewusstsein stärker ausgeprägt als angenommen

Recht & Verwaltung

- 13 Getränkesteuerausgleich: „Rückwirkende“ Neuregelung durch den Bund nicht akzeptabel

Finanzen

- 16 Steuer-Prognose: Kein dynamischer Aufschwung zu erwarten

Europapolitik

- 18 Bildung für nachhaltige Entwicklung: Österreichs Beitrag zur UN-Dekade
- 20 Aus dem Ausschuss der Regionen: Subsidiaritätsprinzip seit 2009 auf EU-Ebene einklagbar



Impressum

Herausgeber:

Österreichischer Gemeindebund,
Löwelstraße 6, 1010 Wien

Medieninhaber:

Österreichischer
Kommunal-Verlag GmbH.,
Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien,
Tel. 01/532 23 88,
Fax 01/532 23 77,
E-Mail:

kommunalverlag@kommunal.at

Geschäftsführung:

Walter Zipper
Mag. Michael Zipper

www.kommunal.at

Redaktion:

Mag. Hans Braun - DW 16 (Leitung)
hans.braun@kommunal.at
Mag. Helmut Reindl - DW 15
helmut.reindl@kommunal.at
Julya Pollak - DW 37
julya.pollak@kommunal.at
Tel.: 01/ 532 23 88

Anzeigenberatung:

Tel.: 01/532 23 88
Mag. Sabine Brüggemann - DW 12
sabine.brueggemann@kommunal.at

Mag. Alexander Palaschke - DW 14
alexander.palaschke@kommunal.at
Patrizia Poropatits - DW 30
patrizia.poropatits@kommunal.at

Grafik:

Ernst Horvath
ernst.horvath@kommunal.at

Fotos:

www.bilderbox.at; www.photos.com

Redaktionsbeirat:

Mag. Ewald Buschenreiter
(Verbandsdirektor der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ)
Mag. Dr. Elisabeth Dearing
(Bundeskanzleramt)
Mag. Nicolaus Drimmel
(Österreichischer Gemeindebund)
Dr. Gustav Fischer
(BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft)
Mag. Michael Girardi
(BM für Inneres)
Mag. Petra Hafner (BM für Unterricht, Kunst und Kultur)
Mag. Wolfgang Hiller (Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments für Österreich)
Dr. Robert Hink (Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes)
Dr. Clemes Hüffel (BM für Wissenschaft und Forschung)

Daniel Kosak (Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes)

Robert Lender (BM für Wirtschaft & Jugend)

Ing. Manfred Lamplmair (BM für Landesverteidigung & Sport)

Mag. Susanne Metzger (BM für Verkehr, Innovation und Technik)

Bgm. Helmut Mödlhammer
(Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)

Mag. Georg Möstl
(BM für Wirtschaft)

Eduard Olbrich (BM für Soziales und Konsumentenschutz)

Mag. Johannes Pasquali
(BM für Finanzen)

Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes)

Mag. Bianca Pörner (BM für Inneres)

Adina Reumüller (Vertretung der Europäischen Kommission, Wien)

Mag. Christian Rupp
(Geschäftsführer IKT-Board im BKA)

Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer
(Johannes-Kepler-Universität Linz)

Mag. Christian Schneider
(Landesgeschäftsführer des GVV der VP-NÖ)

Ges. Dr. Harald Stranzl (BM für Europ. und Internationale Angelegenheiten)

Dagmar Strobel (Bundesministerium für Frauen und öffentlichen Dienst)

Mag. Michael Zipper (Geschäftsführer)
Walter Zipper (Geschäftsführer)

Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudorf



PEFC zertifiziert:
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at



Druckauflage: 34.355
(Halbjahresdurchschnitt 2009)

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Mit „E.E.“ gekennzeichnete oder unter der Bezeichnung „Service“ laufende Artikel sind bezahlte Informationen und fallen nicht in die Verantwortlichkeit der Redaktion.



PRAXIS

E-Government in den Gemeinden

- 37 E-Government im 21. Jahrhundert: Über die Stärken der Gemeinden und „das neue Rathaus im Web 2.0“

Sanierung – Renovierung – Neubau

- 42 Wohnbauförderung ist Konjunkturstütze: Sanierung und Renovierung werden auch 2010 im Trend liegen

KOMMUNALMESSE 2010

- 50 KOMMUNALMESSE 2010, 9. & 10. September: Hier wird angeboten, was das kommunale Herz begehrt

CHRONIK

- 54 Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen 2010: In vier Bundesländern werden Karten neu gemischt
 56 Und das sagen die politischen Parteien zum Bürgermeisteramt: Der Job steht hoch im Kurs ...
 59 Kuratorium für Verkehrssicherheit: Gefahr durch Eis und Schnee auf Spielplätzen im Winter
 60 Mundpropaganda oder „virales Marketing“: „Tue Gutes und rede darüber“
 68 HBLA für Forstwirtschaft Bruck an der Mur: Zukunftsweisender Öko-Bau
 62 Aus den Bundesländern
 66 Personalien, Ehrungen, Buch-Tipps & Info-Mix
 70 Vorschau & Service



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Zu Beginn des Jahres 2010 haben die Gemeinden im Zuge der Wirtschaftskrise nicht nur mit finanziellen Turbulenzen zu kämpfen, so manche Forderungen der „hohen Politik“ erwecken den Eindruck einer gewissen „Realitätsverleugnung“ was die Möglichkeiten der Kommunen betrifft. Österreichs Gemeinden sind zwar immer noch der Motor der regionalen Wirtschaft, wie Gemeinbund-Präsident Helmut Mödlhammer im großen Neujahrsinterview in dieser Ausgabe betont – siehe Bericht ab Seite 8 –, aber bei der Sicherung von 2000 Bahnübergängen hat selbst die Kraft der Gemeinden Grenzen.

In Zeiten, in denen die Wirtschaft nicht unbedingt floriert, sieht sich KOMMUNAL beson-



Walter Zipper
Geschäftsführer

ders als Partner der Gemeinden. Immerhin sind wir das Sprachrohr zwischen Wirtschaft und Gemeinden, in KOMMUNAL findet der Austausch statt, in KOMMUNAL informieren sich die Entscheidungsträger in den Gemeinden, was es am Markt Neues gibt. Und die kommunale Wirtschaft weiß das auch und transportiert genau diese Neuigkeiten über Österreichs größtes Fachmagazin für Kommunalpolitik.

Wir sind uns dieser Wechselwirkung nicht nur bewusst, sondern nehmen die Verantwortung, die daraus resultiert, auch ganz bewusst wahr. Das ist nur einer der Gründe, warum wir heuer wie-

der eine KOMMUNALMESSE im Rahmen des 57. Österreichischen Gemeindetages veranstalten. Diese Messe ist nicht nur Wunsch der Verantwortlichen im Gemeinbund, sondern auch unserer Leser. Auf der KOMMUNALMESSE findet der kommunale Mandatar die Top-Neuigkeiten des Marktes, alles, was die Gemeinde braucht. Zudem wollen die Bürgermeister und Gemeinbundmandatäre selbst sehen, was es Neues gibt. Deshalb notieren Sie sich bitte bereits jetzt das Datum: Am 9. und 10. September 2010 findet nicht nur der 57. Österreichische Gemeindegtag in Graz statt, sondern in unmittelbarer Nachbarschaft auch die KOMMUNALMESSE 2010. Wir freuen uns auf ein Wiedersehen.

W. Fig

Radarüberwachung: Gemeinden fordern Überwachung zurück

30er-Zonen sind meist schon sinnlos geworden

„Es reicht uns jetzt wirklich“, ärgert sich Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer über die Tatsache, dass den Gemeinden nach wie vor das Recht abgesprochen wird, auf Gemeindestraßen die Geschwindigkeitsmessungen mittels Radar durchzuführen oder von privaten Unternehmen durchführen zu lassen. Die Gemeinden stehen vor einem sehr ernsthaften Problem bei der Verkehrssicherheit. So steigen die Übertretungen der Tempolimits sprunghaft an, seit die Gemeinden nicht

mehr messen und strafen dürfen. Eine Umfrage des Gemeindebundes unter den Gemeinden brachte ein eindeutiges Ergebnis: „Ein großer Teil der Gemeinden ist verzweifelt, weil keinerlei wirksame Handhabe gegen Raser im Ortsgebiet mehr besteht“, so Mödlhammer. „Die Einrichtung von 30er-Zonen vor Kindergärten, Schulen und ähnlichen Einrichtungen ist inzwischen weitgehend sinnlos geworden, weil sich die Autofahrer einfach nicht daran halten.“ Die Exekuti-



Übertretungen der Tempolimits steigen sprunghaft an, seit die Gemeinden nicht mehr messen dürfen.

ve sei mit der Überwachung der Geschwindigkeit im Ortsgebiet schlicht überfordert. „Bei der Polizei reicht das Personal gerade einmal zur Überwachung der Bundes- und Landesstraßen.“ Alle Bevölkerungsbefragungen würden zeigen, wie wichtig das Thema Verkehrssicherheit den Menschen ist. „Unsere Bürgermeister/innen und Gemein-

devertreter/innen geraten unter riesigen Druck aus der Bevölkerung, endlich etwas gegen die Raser in den Ortsgebieten zu unternehmen“, berichtet Mödlhammer. „Seit Jahresbeginn sind uns aber die Hände gebunden; wir dürfen nicht mehr messen.“ KOMMUNAL wird in der kommenden Ausgabe ausführlich berichten.

Justiz-Herausforderung: Wer darf spielen, wer nicht?

Vorabentscheidung – Glücksspielmonopol in Österreich

In Österreich ist das Veranstalten von Glücksspielen grundsätzlich verboten. Der Finanzminister kann jedoch für bestimmte Glücksspiele und Spielbanken Konzessionen erteilen. Eine solche kann für bis zu 15 Jahre erteilt werden, jedoch nur an Aktiengesellschaften mit Sitz im Inland. Das Landesgericht Linz hat über die Be-

rufung eines deutschen Staatsangehörigen zu entscheiden, der vom Bezirksgericht Linz wegen unerlaubten Glücksspiels zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. Er soll in Schärding und Linz Spielcasinos betreiben haben, in denen u. a. Observationsroulette, Two Aces sowie Poker angeboten wurden. Das Landesgericht

hat Bedenken, ob das Glücksspielmonopol und die Strafvorschriften mit der Niederlassungsfreiheit und dem freien Dienstleistungsverkehr vereinbar sind. Nun wurden dem Gerichtshof verschiedene Fragen zur Vereinbarkeit des Glücksspielmonopols mit dem Gemeinschaftsrecht vorgelegt.

Ortstafel: Appell

Schüssel mahnt Lösung ein

Nach 90 Jahren Warten mahnt der ehemalige Bundeskanzler Wolfgang Schüssel nach einem Bericht der „Salzburger Nachrichten“ eine Lösung der Kärntner Ortstafelfrage ein. 90 Jahre nach dem Versprechen der Kärntner Landesversammlung im Jahre 1920 sei die Zeit jetzt reif.

Fehlendes Geld: Deutschen Kommunen fehlen bis 2013 rund 50 Milliarden Euro

Katastrophale Kassen

Das Jahr 2009 hätten die deutschen Kommunen mit einem Defizit von rund fünf Milliarden Euro abgeschlossen, gibt der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Oberbürgermeister von Bautzen, Christian Schramm, bekannt. In den kommenden vier Jahren drohen den Deutschen allerdings „katastrophale“ Zustände in den Gemeindekassen.

Es wird ein Minus von jährlich mehr als zwölf Milliarden Euro erwartet. Schuld an dieser Entwicklung seien wegbrechende Steuereinnahmen und steigende Sozialausgaben, so Schramm. Die deutschen Kommunen werden dadurch gezwungen, ihre Leistungen für die Bürger einzuschränken, Investitionen zurückzufahren und die Verschuldung zu erhöhen.

Regionale Wirtschaft Wiener sind am produktivsten

43.300 Euro erwirtschaftete ein Wiener laut Statistik Austria durchschnittlich 2007. An zweiter Stelle die Region Linz-Wels (41.900 Euro) vor Salzburg Umgebung mit 40.900 Euro. Die Schlusslichter lagen allerdings ebenfalls im Osten. Das Weinviertel (16.500 Euro) sowie das Mühlviertel (18.100 Euro). Unter dem Durchschnitt auch das Südburgenland sowie die West-, Süd- und Oststeiermark.



Deutschlands Kommunen haben bis 2010 ein Defizit von rund 50 Milliarden Euro zu bewältigen. Keine leichte Aufgabe in Zeiten wie diesen.

Brückenprozess: Richtersenat trifft klare Aussagen zur Wegehalterhaltung

Freispruch ist kein Freibrief

Im KOMMUNAL 12/2009 wurde bereits kurz über den Freispruch im „Brückenprozess“ in Unterach berichtet. Interessant ist in diesem Zusammenhang für alle Verantwortungsträger im Bereich der Wegehaltung auch die konkrete Begründung, warum sich der Berufungssenat nicht der Meinung des Erstgerichtes angeschlossen hat. In seiner rechtlichen Beurteilung legte der Senat unter Verweis auf die maßgebliche Judikatur und Literatur schlüssig dar, dass gerade im alpinen Bereich keine Überspannung der Ver-



Eine der Brücken in der Burggrabenklamm.

kehrssicherungspflichten erfolgen darf. Es wies aber auch darauf hin, dass jeder Einzelfall gesondert beurteilt werden muss und gerade eben unter Bedachtnahme auf den konkret vorliegenden Sachverhalt den beiden Verantwortungsträgern

keine Verletzung der Sorgfaltspflichten vorzuwerfen war, die eine strafrechtliche Verurteilung rechtfertigt. In der kommenden Ausgabe des KOMMUNAL wird ausführlich über Inhalt und Konsequenzen der Entscheidung berichtet werden.

Sozialstaat: Experte beruhigt

Kosten auch in 20 Jahren kaum höher

Die Bevölkerung wird älter und die Geburtenrate sinkt. Was aber üblicherweise als Bedrohung für den Sozialstaat wahrgenommen wird, dürfte kostenmäßig gar nicht so schlimm werden. Szenarien des Sozialministeriums ergaben, dass die Sozialquote in den kommenden 20 Jahren nicht wesentlich steigen wird. Das System werde durch die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Menschen entlastet, wie Hans Steiner, im Ministerium für Forschungsangelegenheiten zuständig, sagt.

Wirtschaft: 2009 war Rekordjahr bei ERP-Krediten für die österreichische Tourismuswirtschaft

64 Millionen Förderung brachten 142 Millionen Investitionen

Die ERP-Fachkommission (ERP=European Recovery Programm) für den Tourismus hat 19 ERP-Kredite in Höhe von insgesamt 35,5 Millionen Euro freigegeben. Damit stieg das heuer für die Tourismuswirtschaft vergebene Kreditvolumen auf einen Rekordwert von 63,6 Millionen Euro. Die dadurch

ausgelösten Tourismusinvestitionen belaufen sich auf rund 142 Millionen Euro. „Mit den ERP-Krediten stellen wir den investierenden Tourismusbetrieben eine zinsgünstige Finanzierung von qualitäts- und angebotsverbessernden Maßnahmen zur Verfügung. Angesichts der Wirtschaftskrise

sind solche Investitionen wichtiger denn je“, betont dazu Wirtschafts- und Tourismusminister Reinhold Mitterlehner. Im Vergleich zum Vorjahr können heuer von der Tourismusbank ÖHT um 46 Prozent mehr genehmigte Ansuchen auf ERP-Kredite abgewickelt werden. Das

geförderte Kredit- und Investitionsvolumen hat sich mit einem Plus von 115 Prozent mehr als verdoppelt. Mit diesen Krediten werden beispielsweise Gästezimmer und Wellness-Einrichtungen modernisiert und die Hotelinfrastruktur optimiert sowie zusätzliche Personalzimmer errichtet.

Mindestsicherung

Start ist heuer am 1. September

Die bedarfsorientierte Mindestsicherung wird ab 1. September dieses Jahres eingeführt. Darauf einigten sich Mitte Jänner die Sozialreferenten der Bundesländer bei einer Konferenz mit Sozialminister Rudolf Hundsdorfer in Salzburg. „Das Sozialministerium werde eine entsprechende Regierungsvorlage ausarbeiten und unverzüglich an die Länder übermitteln“, erklärte Hundsdorfer.

Urheberrecht: Verhandlungen über Filmaufführungen an Schulen in Endphase

Tragbarer Kompromiss zeichnet sich ab

Nach zwei intensiven Verhandlungsrunden mit den Verwertungsgesellschaften im Herbst des vergangenen Jahres geht es nun Ende Jänner in die Zielgerade. Neben der Höhe der Vergütung spielt natürlich die einfache Administration und Zahlungsabwicklung eine bedeutende Rolle. Hierüber sind sich sämtliche Beteiligte einig. Zwar weichen die Vorstellungen der einzelnen Verhandlungspartner (Verwertungs-

gesellschaften, Länder, Gemeindebund und Städtebund) hinsichtlich der Höhe der von den einzelnen Schulerhaltern zu entrichtenden Vergütungen für die Aufführung von Filmen noch deutlich voneinander ab. Es zeichnet sich aber ein Kompromiss ab, der für alle Beteiligten ein tragbares und zugleich unbürokratisches Ergebnis darstellen wird. KOMMUNAL berichtet in einer der kommenden Ausgaben ausführlich.



Wollen Lehrer ihren Schülern im Unterricht auch Filmmaterial zur Verfügung stellen, kann das teuer werden.

Finanznöte, Bahnübergänge und Hunde-Chips bestimmen Jahresbeginn 2010

„Man muss die Menschen schon mögen in diesem Amt“

Seit Jahren fordert der Gemeindebund einen Stopp der Belastungen und eine Reform der Aufgaben. Während zweiteres eher Zukunftshoffnung war und ist, glaubte man ersteres in Reichweite. Als dann Anfang Jänner 2010 ziemlich zeitgleich die Aufreger „Hunde-Chip-Kontrolle“ und „Bahnübergänge“ in die Medien kamen, stellte sich Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer exklusiv einem KOMMUNAL-Neujahrsinterview und stellte einiges klar.

Herr Präsident, warum wehren sich die Gemeinden so vehement gegen die Sicherung von Bahnübergängen?

Wir wehren uns überhaupt nicht gegen mehr Sicherheit, sondern nur dagegen, dass wir wieder einmal mit einer Aufgabe konfrontiert werden – die uns nicht zusteht, die wir aber bezahlen sollen – nämlich zur Sicherheit der Bahn beizutragen. Wenn man weiß, dass es sich hier um Summen handeln kann von bis zu einer Milliarde Euro, sieht man auch sofort, dass wir hier massive Probleme haben können. Wir haben jedes Verständnis für mehr Sicherheit, aber sicher nicht dafür, dass wir die Kosten tragen für eine Maßnahme, die ausschließlich der Sicherheit der Bahnen dient. Wir werden die Gemeinden hier vor einer gewaltigen Belastung zu bewahren wissen.

Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer im Gespräch mit Kommunalverlags-Geschäftsführer Michael Zimper (links) und Chefredakteur Hans Braun.

Wir wehren uns überhaupt nicht gegen mehr Sicherheit, sondern nur dagegen, dass wir wieder einmal mit einer Aufgabe konfrontiert werden, – die uns nicht zusteht, die wir aber bezahlen sollen.

Helmut Mödlhammer zu den Vorstößen von Infrastruktur-Ministerin Doris Bures

Weiß man jetzt schon genau, um wie viele Bahnübersetzungen es sich überhaupt handelt? Es kursieren ja Zahlen zwischen 50 in Niederösterreich und über 2000 bundesweit.

Das ist ja das Dilemma an der ganzen Geschichte. Man schickt eine Verordnung in Begutachtung, ohne mit den Betroffenen zu reden, ohne genau zu wissen, was konkret der Inhalt sein sollte, welche Folgen die Verordnung haben wird. Was wir uns

wünschen würden, wäre mehr Partnerschaft, mehr Information bei derartigen Vorhaben und nicht ein „Darüberfahren“. Ich würde allen Partnern auf politischer Ebene raten –, ob auf Landes- oder Bundesebene – mit den Verhandlungspartnern über gemeinsame Dinge vorher zu sprechen, bevor man Verordnungen in Begutachtung schickt.

Wenn man sich Internet-Postings zu diesem Thema ansieht, haben die BürgerInnen überwiegend Verständnis für die Gemeinden und würden eher die Autofahrer mehr an deren Verantwortung erinnern. Aber was passiert, wenn es während der Diskussionen – gesetzt den schlimmsten Fall – wieder einen Toten auf einem unbeschränkten Übergang gibt? Fürchten Sie in dem Fall nicht, dass die Stimmung der Bürger kippt?

Nein. Es geht uns nicht um die Stimmung der Bürger, es geht uns um mehr Sicherheit, aber auch um das Thema „Mehr Eigenverantwortung“. Wenn wir das exzessiv auslegen, müssten wir ja vor jeder Stopptafel noch eine Sicherheitsmaßnahme treffen. Man wird das Leben nicht zu tausend Prozent sicher gestalten können. Das wissen wir auf Gemeindeebene. Wir leben in einem Staat, wo vieles meines Erachtens oft einmal zu viel geregelt ist und wo die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahrzehnten massiv zurückgedrängt wurde. Es gilt aber in Zeiten wie diesen,



gerade die Eigenverantwortung wieder vermehrt einzufordern und auch auf den Hausverstand hinzuweisen.

Ein ähnliches Thema ist die Radarüberwachung durch Gemeinden. Auch hier ist die Diskussion in letzter Zeit wieder heftiger geworden. Worum geht es den Gemeinden?

Es geht auch hier ausschließlich um eine Erhöhung der Sicherheit. Es haben bisherige Maßnahmen nicht zum Erfolg geführt, denn die Autofahrer wissen genau, dass die Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Gemeindestraßen kaum überwacht werden. Es hilft das beste Gesetz nichts, wenn es nicht überwacht und kontrolliert wird. Uns geht es weiters darum, dass vor allem vor Schulen und Kindergärten, vor Seniorenheimen und Krankenhäusern und in Wohngebieten wirklich ein vernünftiges Miteinander haben.

Das bedeutet nicht, dass der Autofahrer hier einen Freibrief hat zur Tempobolzerei, sondern dass er weiß, hier wird kontrolliert. Es handelt sich hier auch nicht um den großen Durchzugsverkehr, sondern um den Zielverkehr. Wenn die wissen, hier wird kontrolliert, so werden sie sich sehr, sehr rasch an die Geschwindigkeitsbegrenzungen halten.

Themenwechsel: Wir alle wissen, wie eng es bei den Finanzen der Gemeinden zugeht. Gibt es Gründe, die für 2010 auch Hoffnung machen? Oder ist die Lage derzeit aussichtslos?

Also, die Lage ist sicher nicht einfach, aber sie ist auch nicht aussichtslos. Erstens glauben wir, dass die Gemeinden mit dieser schwierigen Situation

Es hilft hier das beste Gesetz nichts, wenn es nicht überwacht und kontrolliert wird ...

Und deswegen geht es hier nicht um Geldvermehrung oder um Abzocke. Es geht darum, klarzumachen: Hier wird kontrolliert!

... über die Gründe, warum die Gemeinden wieder selbst Radarkontrollen machen wollen

außerordentlich gut zurechtkommen – wie mit vielen schwierigen Situationen der Vergangenheit. Zweitens ist es so, dass die Konjunkturprognosen derzeit etwas optimistischer aussehen, und drittens haben wir ab 2011 dank eines sehr guten Finanzausgleiches vor allem für die Gemeinden unter 10.000 Einwohner 100 Millionen Euro mehr bekommen. Worum es uns jetzt aber gehen muss ist, bei den Ausgaben entsprechende Bremsen einzuziehen. Es kann nicht so sein, dass wir bei weniger werdenden Einnahmen steigende Ausgaben haben. Das ist unser großes Ziel, unsere Partner auf Bundes- und Landesebene dazu zu bringen, die Gemeinden in nächster Zeit nicht zu belasten – einen Belastungsstopp einzuziehen.

Sie sind selbst natürlich auch Bürgermeister. Wo wird Ihre eigene Gemeinde 2010 sparen, wo wird sie investieren? Und welchen Rat geben Sie den Gemeinden für 2010?

Wir hatten in unserer Gemeinde Hallwang ein sehr erfreuliches Jahr 2009, weil wir rechtzeitig gegengesteuert haben. Wir sind bei allen Ausgaben massiv auf die Bremse gestiegen, wie beispielsweise in den Bereichen Personal und Verwaltung. Zum anderen haben wir die Entwicklung bei den Einnahmen sehr genau beobachtet und unser Handeln darauf abgestimmt. Das ist auch das Rezept für 2010. Wir sind natürlich in einer schwierigen Situation, aber mit unserem neuen Finanzsystem

können wir die Entwicklung beobachten – über unsere Plattform Kommunalnet ist das möglich. Weiters werden wir 2010 rund eine Million Euro investieren. Wir haben, weil wir in den vergangenen Jahren vernünftig gespart haben, uns einen Polster geschaffen, auf den wir jetzt zugreifen können. Getreu dem Motto: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not.

Und welchen Rat kann man den Gemeinden geben?

Im Grunde genommen sollten die Gemeinden darauf achten, dass sie einerseits den Verlockungen einer guten Zeit nicht nachgeben, sondern auf einem

Derzeit sehen die Konjunkturprognosen etwas optimistischer aus, und wir bekommen ab 2011 dank eines sehr guten Finanzausgleiches vor allem für Gemeinden unter 10.000 Einwohner 100 Millionen Euro mehr.

... über die finanziellen Aussichten der Gemeinden

vernünftigen, sparsamen und soliden Weg bleiben – und nicht mehr ausgeben, als man einnimmt. Das ist der erste Punkt. Zweiter Punkt ist, dass alle Ausgabenposten durchforstet werden. Vor allem in Zeiten wie diesen ist es auch ein Signal an die Bevölkerung, dass die Gemeinde beim Sparen mit gutem Beispiel vorangeht.

Aber sollten Gemeinden nicht gerade jetzt investieren, so wie Sie das auch für Ihre Gemeinde angesprochen haben? Sollten sie nicht jetzt Schulden machen, um nun die Wirtschaft vor Ort zu stärken?

Da muss man sehr vorsichtig sein. Die Gemeinden haben

►► weiter auf Seite 11





Auf Basis des Entwurfs von Anfang Jänner muss man davon ausgehen, dass rund 2000 Eisenbahnkreuzungen gemeint sind.

Eisenbahnkreuzungen: Gemeindebund fordert Verhandlung über Finanzierung

Gemeinden fürchten Kosten in Milliardenhöhe

„Für uns steht fest, dass die Gemeinden die Kosten für die technische Sicherung von rund 2000 Bahnübergängen mit Schranken und Lichtanlagen nicht bezahlen werden“, stellte Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer Anfang Jänner in einer Presseaussendung klar.

Dr. Robert Hink

„Wenn der Bund mittels Verordnung will, dass diese Kreuzungen technisch gesichert werden, dann empfehle ich dringend, einen ‚Sicherheitsgipfel‘ zu organisieren, an dem alle beteiligten Einrichtungen, nämlich die Straßenerhalter (Bund, Länder, Gemeinden) sowie Vertreter der Verkehrsunternehmen, teilnehmen“, fordert Mödlhammer.

Vorliegender Entwurf gibt keine Finanzierung an

Die Aufregung war entstanden, weil das Verkehrsministerium einen Verordnungsentwurf in Begutachtung geschickt hatte, der die technische Sicherung von Eisenbahnkreuzungen zum Inhalt hat. Berechnungen hatten ergeben, dass es sich dabei um rund 2000 Kreuzungen handelt und die Gesamtkosten für die Sicherung zwischen 1,2 und 1,5 Milliarden Euro liegen, die sich laut geltender Gesetzeslage die Ver-

kehrsunternehmen und die Straßen teilen müssten. „Wenn das Ministerium behauptet, dass damit nur rund 100 Kreuzungen gemeint sind, dann sollte man dies in den Verordnungsentwurf auch genauso hineinschreiben“, so Mödlhammer. „Auf Basis des vorliegenden Entwurfes muss man jedoch davon ausgehen, dass rund 2000 Eisenbahnkreuzungen gemeint sind.“

Investitionen für Gemeinden unmöglich

„Für die Gemeinden sind derart hohe Investitionen schlicht und einfach nicht möglich“, so Mödlhammer. „Wir werden uns Maßnahmen, die eine Erhöhung der Sicherheit zur Folge haben, ganz bestimmt nicht verweigern. Wenn der Bund solche Sicherungen will, dann kann er die Kosten nicht zur Gänze auf andere abwälzen. Wir wehren uns nur dagegen, dass wir die Zeche für etwas bezahlen sollen, das jemand anderer bestellt hat.“



vortr. Hofrat Dr. Robert Hink ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

Ungeachtet der laufenden Diskussion fügt Mödlhammer allerdings noch an: „Man muss sich schon auch darüber im klaren sein, dass man nicht sämtliche Unfallrisiken des automobilen Verkehrs mit technischen Sicherungen lösen wird können. Sonst landen wir früher oder später dabei, dass man auch bei Ampeln Schrankenanlagen montiert, weil es auch Fahrer gibt, die bei Rot drüberfahren. Es gibt auch bei ungesicherten Bahnübergängen eine Eigenverantwortung der Lenker/innen, aufmerksam zu sein und selbst darauf zu achten, ob Züge kommen oder die Überfahrt gefahrlos möglich ist.“

Forderung nach „Sicherheitsgipfels“ wird laut

Mödlhammer forderte vom Ministerium die Einberufung dieses „Sicherheitsgipfels, denn mit einem solchen Entwurf über alle jene, die das bezahlen sollen einfach drüberzufahren sei mehr als nur ein unhöflicher Akt. „Unser gemeinsames Interesse ist es, die Anzahl der Unfälle an Eisenbahnkreuzungen zu senken. Ich bin sicher, dass wir hier im Gespräch zu einer befriedigenden Lösung für alle Beteiligten kommen können“, so Mödlhammer abschließend.

►► Fortsetzung von Seite 9

sich ja auch verpflichtet, den Stabilitätspakt einzuhalten – und haben es als einzige Gebietskörperschaft auch geschafft, dieses Ziel auf Punkt und Beistrich umzusetzen. Allerdings ist es auch möglich, den Stabilitätspakt über zwei, drei Jahre zu verteilen. Wenn wir heuer ein Minus einfahren, dann sollten wir kommendes Jahr ein Plus machen. Aber unbestritten ist es jetzt im Interesse der regionalen Wirtschaft, wenn nun verstärkt investiert wird. Darüber hinaus ist die Geldbeschaffung jetzt etwas leichter, auch die Zinsen sind jetzt relativ günstig, und den Gemeinden wird, weil sie ja verlässliche Partner sind, von den Geldinstituten ein hervorragendes Angebot gemacht.

Sie haben zuvor den Belastungsstopp angesprochen. Die jüngst bekannt gewordene Geschichte mit der Kontrolle der Hunde-Chips durch die Gemeinde schaut allerdings nicht wirklich nach einem Stopp der Belastungen aus.

Es ist natürlich so, dass es nicht ureigenste Aufgabe der Gemeinde ist, solche Kontrollen durchzuführen, aber: Wo gehen die Menschen hin? Sie gehen zur Gemeinde, wenn sie einen Hund anzumelden haben. Dann muss man ihnen erst einmal klarmachen, dass es eine Chip-Pflicht gibt und der Hund nicht nur eine Marke seitens der Gemeinde, sondern auch diesen Chip tragen muss. Zweitens erwartet der Hundebesitzer, dass der gechippte Hund irgendwo registriert ist und entsprechend auch aufgefunden wird. Wo geht er wieder hin? Die Gemeinde ist Fundamt – also ist er wieder bei uns. Hier wird die Gemeinde wieder zu einer Servicestelle – die sie ja im klassischen Sinne auch ist –, aber halt zu einer zusätzlichen.

Das geht ja auch in die Richtung Ihrer alten Forderung nach einer Aufgabenreform statt einer Verwaltungsreform?

Das wär' dringend notwendig, dass man die Gebietskörperschaften, die eine Aufgabe am besten erfüllen können, mit eben dieser Aufgabe ausstattet. Es macht wenig Sinn, wenn bei-

spielsweise bei der Kinderbetreuung erstens die Gemeinden Verantwortung tragen und die Aufgabe erfüllen, zweitens aber die Länder die gesetzlichen Rahmenbedingungen machen und sich einmengen und drittens beim Bund gleich drei Ministerien zuständig sind.

Hier wäre durch flexible Lösungen einerseits die Qualität zu verbessern, andererseits Geld einzusparen – in der Art, dass nämlich die Kinderbetreuung in einer kleinen Gemeinde im Lungau ganz anders zu organisieren ist als etwa im Wiener Zentralraum. Hier sollte man den Gemeinden die Möglichkeit einräumen, die Betreuung nach ihren Bedürfnissen zu organisieren und auch das entsprechende Geld mitzugeben.



Foto: KOMMUNAL/Horwath

Zum wiederholten Male fordert Gemeindebund-Chef Mödlhammer im KOMMUNAL-Gespräch eine echte Aufgabenreform.

Die Kinderbetreuung in einer kleinen Gemeinde im Lungau ist ganz anders zu organisieren als etwa im Wiener Zentralraum.

... über die Gründe, warum die Gemeinden die Kinderbetreuung ganz übernehmen sollen

Andererseits haben wir überhaupt keine Möglichkeit, auf das Gesundheitswesen, auf das Krankenanstaltenwesen zuzugreifen. Wir sind hier wie im Bereich Sozialwesen nur Mitfinanzierer.

Wird die Verwaltung der Gebietskörperschaften am Ende einer solchen Reform billiger?

Es wäre die Verwaltung nicht nur billiger, sondern ich glaube, dass es um vieles einfacher und effizienter wäre. Wenn man den Gemeinden die Aufgaben überträgt, die sie am besten können – das ist Kinderbetreuung, das sind unsere Infrastruktureinrichtungen –, das sind eben unsere klassischen Aufgaben, die wir hervorragend bewältigen. Diese Aufgaben sollte man zur Gänze den Gemeinden übertragen. Andere Aufgaben, die wir nicht beeinflussen können, könnten wir abgeben: das Gesundheitswesen, Krankenanstalten, das Sozialwesen.

Stichwort Infrastruktur: Im Zuge der Debatten um die Gemeindefinanzen 2009 ist öfter das Argument aufgetaucht, dass gerade die Infrastruktur, Wasser, Kanal etc. zu einem Riesenbrocken werden könnte, weil die meisten Installationen bereits über 30 Jahre alt sind und teils dringend saniert bzw. renoviert werden müssten. Sehen Sie hier eine Gefahr?

Diese Gefahr ist meines Erachtens nicht in jenem Ausmaß vorhanden, wie sie immer dargestellt wird. Wir sind auf einem unwahrscheinlich hohen Niveau in der Infrastruktur. Wir sind europa- und auch weltweit Spitzenreiter im Bereich der Trinkwasserversorgung, wir sind Spitzenreiter im Bereich der Abwasserentsorgung, wir haben ein hervorragend funktionierendes Abfallentsorgungssystem. Was wir brauchen, sind die Mittel zur Erhaltung dieses Zustandes – die es ja im Bundesbudget auch gibt. Was wir nicht brauchen, sind Verschärfungen der Vorschriften,

dass man beispielsweise in der Abwasserversorgung sagt, wir wollen ein Zehntelprozent mehr Reinigungsgrad. Davor würde ich explizit warnen, denn dann würden die Kosten sprunghaft steigen und in keinem Verhältnis zum Nutzen mehr stehen.

Aus aktuellem Anlass: Wie sehen Sie eigentlich die Debatten um neue Asylzentren oder Minarette? Erstens sollte man, um beim Asylzentrum zu bleiben, nur im Einvernehmen mit der Gemeinde solche Maßnahmen angehen. Hier ist die bestinformierte Bevölkerung sicher der beste Partner. Und man sollte nicht nur die Nachteile einer solchen Einrichtung kommunizieren, sondern eine – und das ist der Punkt – objektive Diskussion zulassen mit allen Vor- und Nachteilen für die Gemeinde. Es hat ja sehr vernünftig begonnen mit der Bitte an die Gemeinden, sich zu melden. Dass dann der zweite Schritt völlig in die Hose gegangen ist,



Diese Messe ist für uns überaus bedeutend, denn hier können die Firmen und Betriebe ihre neuesten Produkte präsentieren, alles, was in den Gemeinden benötigt wird.

... über die KOMMUNALMESSE 2010

steht auf einem anderen Blatt. Zum Thema Minarett auch hier eine klare Haltung: Die Gemeinden sind Baubehörden, sie wissen auch hier, welche Anforderungen seitens der Bürger zu erfüllen sind. Es liegt also im Ermessen der Gemeinde und ich halte nichts davon, dass hier landes- oder bundesgesetzliche Regelungen erlassen werden.

Wo liegen die Arbeitsschwerpunkte des Gemeindebundes 2010?

Zwei große Punkte: Die Gemeinden ständig, über die finanzielle Situation zu informieren. Auch über Prognosen, die ja aus verschiedenen Richtungen kommen, zu informieren – das ist ein ganz entscheidender Punkt. Weiters wollen wir auch eine soziale Absicherung der in den Gemeinden tätigen Personen erreichen. Nämlich so, dass das Bür-



Foto: KOMMUNAL/Horvath

Das KOMMUNAL-Neujahrsinterview wurde auch auf Video aufgenommen. In Kürze wird es einen Beitrag dazu auf www.kommunal.at/kommunal-tv anzusehen geben. Dieses Service können übrigens alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Anspruch nehmen.

germeisteramt wieder interessant wird. Gerade in schwierigen Zeiten brauchen wir für die Gemeinden die bestqualifizierten und -informierten Menschen, die sich in den Dienst dieser Sache stellen. Es kann nicht sein, dass wir vor Wahlen große Überzeugungsarbeit leisten müssen, um überhaupt Bewerber für den Job zu finden. Das sind aber nur drei kleine Auszüge unserer Schwerpunkte.

Heuer findet im Rahmen des Österreichischen Gemeindetages eine KOMMUNALMESSE statt. Was ist aus Ihrer Sicht die Bedeutung dieser größten Leistungsschau für die Gemeinden?

Die Gemeinden freuen sich außerordentlich, dass wieder eine KOMMUNALMESSE stattfindet. Diese Messe ist für uns überaus bedeutend, denn hier können die Firmen und Betriebe ihre neuesten Produkte präsentieren, alles, was in den Gemeinden benötigt wird. Wo aber auch andererseits die Gemeinden ihre Bedürfnisse decken können. Der Wandel in der Beschaffungsmöglichkeit und der Beschaffungsart ist massiv. Die Bürgermeister und Kommunalpolitiker wollen selbst sehen, was es Neues gibt, weil sie mit der Zeit gehen und weil durch eine entsprechende Ausstattung der Gemeinde die Lebensqualität in der Gemeinde verbessert wird.

Bei den Bürgermeisterwahlen würde ich gerne einhaken. Die vergangenen beiden Wahlen in Oberösterreich und Salzburg waren ja schon gekennzeichnet von fehlenden Kandidaten. Im März wird gleich in vier Ländern gewählt (siehe auch Berichte auf Seite 54 ff.) – ist da in dieser Beziehung schon etwas bekannt?

Es ist generell so, dass der Zustrom zu diesen Ämtern sehr, sehr gebremst ist, um es vorsichtig zu sagen. Es war tatsächlich so, dass es bei den Wahlen in Oberösterreich und Salzburg in jeder fünften Gemeinde nur mehr einen Kandidaten gab. Es zeigt jedenfalls, dass wir Handlungsbedarf haben – nicht nur Spitzenkandidaten zu finden, sondern Menschen, die sich in der Gemeinde engagieren wollen und sich für die Arbeit interessieren. Und diese Arbeit ist unwahrscheinlich spannend, sie ist aber auch unwahrscheinlich verantwortungsvoll und belastend. Ich sag' immer, das Bürgermeisteramt ist das schwierigste, weil man Tag und Nacht im Einsatz ist und eine Fülle von Aufgaben hat. Es ist aber auch das schönste Amt, weil man am meisten bewegen kann. Und das sollte – glaube ich – den Menschen klar gemacht werden.

Dazu braucht es aber nicht nur eine entsprechende wirtschaftliche, sondern auch eine sozialrechtliche Absicherung. Es kann nicht sein, dass ein abgewählter Bürgermeister in die Sozialhilfe muss. Es ist eine verantwortungsvolle Position – und gute Gemeinden brauchen eben gute Bürgermeister.

Abschlussfrage: Sie sind seit elf Jahren Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, seit 18 Jahren Chef des Salzburger Gemeindebundes und seit 24 Jahren Bürgermeister von Hallwang. Kann Sie noch was überraschen? (... lacht ...) Mich kann überhaupt nichts mehr überraschen. Aber eines stimmt schon: Voraussetzung für den Job ist, dass man die Menschen mag – mit all ihren Schwächen und Stärken.

Getränkesteuerausgleich seit November 2009 auf dem Prüfstand

„Rückwirkende“ Neuregelung durch Bund nicht akzeptabel

Das weite Themenfeld Getränkesteuer wurde durch die gegenwärtige Gesetzesprüfung zweier Passagen des Finanzausgleichsgesetzes 2008 um eine Facette reicher. Gegenwärtig wird der Getränksteuerenausgleich aufgrund einer anhängigen Klage einer Tiroler Gemeinde durch den Verfassungsgerichtshof geprüft.

Konrad Gschwandtner

Mit Schreiben vom 15. Dezember 2009 eröffnete sich für den Österreichischen Gemeindebund und die breite Öffentlichkeit ein neues Kapitel in der langen Getränksteuer Geschichte. Der Verfassungsgerichtshof brachte seinen am 25. September 2009 gefassten Beschluss, die Verfassungsmäßigkeit der relevanten Passagen des Finanzausgleichsgesetzes 2008 von Amts wegen zu überprüfen, zur Kenntnis und lud Gemeindebund und Städtebund zu einer Stellungnahme innerhalb von vier Wochen ein.

Zur Erinnerung sei festgehalten, dass den Gemeinden im Jahr 2000 eine Ersatzfinanzierung durch einen Vorweganteil aus der Umsatzsteuer zur Verfügung gestellt wurde, der zum damaligen Zeitpunkt knapp 80 Prozent des bisherigen Aufkommens der Getränkeabgabe ausmachte.

Die Ersatzfinanzierung wurde nach Konsensfindung unter den FAG-Partnern im damaligen Finanzausgleichsgesetz verankert und in den folgenden FAG-Gesetzen 2005 und 2008 einvernehmlich fortgeschrieben. Hintergrund der Gesetzesüberprüfung des VfGH ist nunmehr eine Leistungsklage einer Tiroler Gemeinde nach Art 137 B-VG an das betreffende Bundesland auf Erstattung von Ertragsanteilen aus einer fiktiven Getränkesteuer für die Jahre 2005 bis 2008. Obwohl das Land Tirol Formal-

partei ist und es sich wegen des FAG um eine Interessensmaterie handelt, wurden die Länder vom Verfassungsgerichtshof nicht zur Stellungnahme eingeladen. Der VfGH begründet die Notwendigkeit der Gesetzesüberprüfung insofern, als ein im Paktum

Die österreichischen Gemeinden haben ein Recht auf finanzielle Planungssicherheit, und sie müssen sich innerhalb der Geltungsperiode auf das Paktum (auch rückwirkend) verlassen können.

zum Finanzausgleich 2001 als Übergangsregelung konzipierter Verteilungsschlüssel im FAG 2008 nach wie vor Bestand habe und dass dieser Schlüssel für das Getränksteuer aufkommen als Basis für die Verteilung evaluiert werden müsse.

Die diesbezüglichen Positionen, wie auch die Eckpunkte der Stellungnahme des Österreichischen Gemeindebundes lauten:

- ▶ Der aktuelle Getränkesteuerersatz ist eine sachlich gerechtfertigte Regelung, der mit dem Paktum zum Finanzausgleich 2008 von allen Finanzausgleichspartnern zugestimmt wurde.
- ▶ Die Getränkesteuerersatzregelung muss für die aktuelle Finanzausgleichsperiode weiterhin gelten. Die österreichischen Gemeinden haben ein

Recht auf finanzielle Planungssicherheit, und sie müssen sich innerhalb der Geltungsperiode auf das Paktum (auch rückwirkend) verlassen können.

- ▶ Die Regelung muss zumindest so lange gelten, als die noch anhängigen Verfahren betreffend Getränkesteuer nicht beendet sind.

Neben der Übermittlung der Stellungnahme des Gemeindebundes wurde angekündigt, sich um eine akkordierte Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände zu bemühen. Nach ersten Gesprächen wird sich diese gemeinsame Position weitestgehend mit der zu Redaktionsschluss bereits übermittelten und hier umrissenen Stellungnahme des Österreichischen Gemeindebundes decken.

Etwas überrascht zeigte man sich allerdings über manche Passagen der Stellungnahme, die von der Bundesregierung schon am 4. November 2009 zum gegenständlichen Verfahren abgegeben wurde. Insbesondere die Formulierung, dass von Seiten der Bundesregierung im Falle einer Aufhebung der genannten Regelungen „auch eine verfassungskonforme rückwirkende Neuregelung in Betracht zu ziehen sein wird“, kann seitens des Österreichischen Gemeindebundes schon allein deshalb nicht akzeptiert werden, weil sich hier ein maßgeblicher FAG-Partner von seinen Zusagen aus dem geltenden Paktum zurückzieht. Wenn man weiß, wie schwierig es ist, solche Vereinbarungen zustande zu bringen, muss es legitim sein zu verlangen, dass alle FAG-Partner während der laufenden Periode auch zu ihrem gegebenen Wort stehen, gleich wie das Höchstgericht letztlich entscheidet.



Konrad Gschwandtner, Bakk. BA, ist Jurist beim Österreichischen Gemeindebund in der Abteilung Recht und Internationales

Tourismus hat Zukunft: Modellregionen als Initiative des Gemeindebundes

Tourismusbewusstsein stärker ausgeprägt als angenommen

In enger Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Gemeindebund wurde das in den Regierungserklärungen 2006 und 2008 angekündigte Projekt „Modellregion Tourismusnetzwerk Neusiedler See“ in den letzten beiden Jahren durchgeführt und in diesen Tagen abgeschlossen.

Prof. Mag. Peter Zellmann

Die Ergebnisse des Projekts „Modellregion Tourismusnetzwerk Neusiedler See“ sind ebenso positiv wie eindeutig: Das Tourismusbewusstsein ist in Österreich viel stärker ausgeprägt als allgemein unterstellt. Den Österreichern ist bewusst, dass der Tourismus für Österreichs Wirtschaft unersetzbar ist, und sie bestätigen auch, dass Tourismuspolitik in erster Linie Regionalpolitik ist. In der Modellregion haben sich über 3000 Personen an der Meinungsbildung über den Tourismus, an der Aktualisierung der Angebotsentwicklung und an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen beteiligt. Alle 32 Bürgermeister/innen und Tourismusverbände waren konstruktiv „bei der Sache“ und haben einstimmig (!) einen tourismuspolitischen Vorschlagskatalog für die Landesregierung verabschiedet. Das „Bottom up“-Prinzip hat funktioniert und sich als in Zukunft unverzichtbare Ergänzung zu bestehenden Maßnahmen des Destinationsmanagements, zu Masterplänen und „Best practice“-Beispielen etabliert. Den interessierten Gemeinden bzw. Regionen kann damit eine Methode für die regionale Tourismusentwicklung angeboten und zur Nachahmung empfohlen werden, die sich in der Praxis bewährt hat. Der Endbericht ist ab Mitte März über den Österreichischen Gemeindebund beziehbar.

Der Tourismusausschuss des Gemeindebundes hat nun versucht, aus den Erfahrungen des Projektverlaufs in Form von zehn Thesen eine mögliche Basis für eine zukünftige koordinierte Tourismuspolitik zu formulieren. Diese beruhen auf folgenden Grundüberlegungen:

Alle 32 Bürgermeister/innen und Tourismusverbände waren konstruktiv „bei der Sache“ und haben einstimmig (!) einen tourismuspolitischen Vorschlagskatalog für die Landesregierung verabschiedet.

- ▶ Der Tourismus ist für Österreichs Wirtschaft ein dermaßen entscheidender und wichtiger Faktor, dass für die notwendigen politischen Einsichten und Maßnahmen Einigkeit über Partei- und Interessensvertretungsgrenzen hinweg hergestellt werden muss.
- ▶ Möglichst viele Entscheidungsträger/innen sollen möglichst gleichzeitig über diesen Versuch, ein sachlich abgestimmtes Tourismuspapier als Ausgangsbasis zu formulieren, informiert werden.

Die Thesen sollen und können verändert, aber möglichst nicht erweitert werden: Politische Grundkonzepte sollen zunächst auf eine A4-Seite passen. Das bedeutet keinesfalls, dass sie damit auch erschöpfend dargestellt werden können. Wenn aber schon im groben

Überblick bzw. Themenaufritt, und darum geht es bei diesem Vorschlag, keine Übereinstimmung hergestellt werden kann, dann ist eine solche auch nicht durch seitenweise, vertiefende Abhandlungen und Präzisierungen herstellbar.

Die zahlreichen bestehenden Konzepte, Analysen, Studien, Masterpläne oder Programme stehen keinesfalls im Widerspruch oder Konkurrenz zu diesem Grundsatzpapier. Im Gegenteil soll deren thematische Einordnung zu den „Thesen“ mit einigermaßen gutem Willen zur Konsensherstellung leicht möglich sein.

Der Thesenkatalog ist daher als Vorschlag für eine gemeinsam definierte Ausgangssituation zu interpretieren. Themenerweiterungen und -vertiefungen sollen aber konsequent dem didaktischen Konzept der inhaltlichen Zuordnung zur jeweiligen Ausgangsthese verpflichtet werden. Darüber hinaus stellen die Thesen eine inhaltliche Weiterführung der „Dachsteindeklaration“ (Österreichischer Gemeindebund, 2007) dar.

Die zehn Thesen

1. Die **volkswirtschaftliche Bedeutung** der Tourismuswirtschaft wird unterschätzt:
 - Maßnahmen zur Aufklärung sind wirtschaftspolitisch überfällig.
 - Freizeitinfrastruktur (Einheimische, Mitarbeiter) und Tourismusangebot (Gäste) sind als Einheit zu sehen und stellen die Grundlage für die Lebensqualität aller Beteiligten dar.
2. Das **objektive Strukturproblem** im Tourismus ist anzuerkennen: Er ist Landessache.
 - Die Gemeinden (Regionen)



Prof. Mag. Peter Zellmann ist Leiter des Instituts für Freizeit- und Tourismusforschung (IFT) in Wien



Kernmärkte definieren und Ganzjahresangebote schaffen sind nur zwei der Punkte, wie die Tourismussituation der Gemeinden verbessert werden kann. Hier der Blick vom Schafberg über den Mondsee.

sind die Träger, der Bund hat Koordinierungsaufgaben.

3. Entscheidend für zukünftige wirtschaftliche Erfolge ist die

Stärkung der Regionen:

- Region und **touristische**

Marke müssen ident sein.

- Die regionale Zusammenarbeit muss auch länderübergreifend möglich sein.

- Eine Markenbildung darf nicht durch eine Landesgrenze eingeschränkt werden.

4. In Österreich sollte es nicht mehr als **40 Tourismus-Marken** geben (Wahrnehmbarkeit).

5. Die Angebotsentwicklung muss Hand in Hand mit dieser **Markenbildung** erfolgen.

Für beides ist die positive Einstellung der Bevölkerung (Gastgeber) entscheidend:

Das notwendige **Tourismusbewusstsein** in der Bevölkerung ist zu fördern (Bildungsauftrag). Eine entsprechende **Tourismusgesinnung** ist die Basis des Tourismusangebots. Diese ist nur durch eine gut organisierte, laufende Mitarbeit der Bevölkerung herstellbar.

6. Die Tourismuspolitik hat für die Stärkung dieser Regionalentwicklung (auch Arbeitsplätze) die **optimalen Rahmenbedingungen** zu schaffen. Dieser Rahmen ist vor allem durch:

- klar verständliche Empfehlungen für die Angebotsgestaltung (Bund, Länder) und

- transparente, unbürokratische Förderungsrichtlinien, besonders für KMU,
- sowie durch unterstützende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen definiert.

7. **Thematische Austauschbarkeiten** in der Angebotsdarstellung sind touristische Todsünden.

8. Die durch schlecht aufbereitete Förderinformationen bedingte **Investitionsmüdigkeit** ist konsequent abzubauen.

9. Die **Dienstleistungskultur** im „Gastgeberland Österreich“ beruht auf zwei Erkenntnissen:

- Unternehmer und Mitarbeiter haben ähnliche wirtschaftliche Interessen. Humankultur bzw. Mitarbeitermotivation sind ständig zu überprüfen und zu pflegen.

- Unternehmer, Mitarbeiter sowie Bevölkerung und Gäste stellen das touristische Produkt gemeinsam her.

10. **Auf dieser Grundlage ergeben sich die aktuellen politischen Tourismusthemen:**

► Steuerliche Rahmenbedingun-

Der Thesenkatalog ist als Vorschlag für eine gemeinsam definierte Ausgangssituation zu interpretieren. Themenerweiterungen und -vertiefungen sollen aber konsequent dem didaktischen Konzept der inhaltlichen Zuordnung zur jeweiligen Ausgangsthese verpflichtet werden.

gen im Tourismus verbessern: Investitionsbereitschaft fördern, Qualität sichern, Innovationen ermöglichen.

► **Marketingsituation verbessern:** Finanzielle Mittel erhöhen, Koordination von PR und Werbung (ÖW, Landestourismus) verbessern, Kernmärkte definieren, Ganzjahresangebote schaffen.

► **Unternehmersituation verbessern:** Förderungswesen sowie Haftungs- und Sicherheitsvorgaben optimieren, Qualifizierungsmaßnahmen überprüfen, Nachfolgeregelungen schaffen, Kooperationen unterstützen.

► **Mitarbeitersituation verbessern:** Ausbildungskonzepte aktualisieren, Arbeitsbedingungen standardisieren, Ganzjahres- und neue Arbeitsplätze schaffen, Motivation absichern.

► **Angebotsentwicklung verbessern:** Zusammenarbeit Unternehmen/Bevölkerung sicherstellen, Angebotsschwerpunkte laufend überprüfen, Saisonverlängerungen herstellen, Ideenpool gründen.

► **Situation für junge Menschen verbessern:** Absolventen der Tourismusschulen im Land (Region) halten, junge Gäste gewinnen, Schullandwochen und Schulsportwochen als Gästepotenzial erkennen. Dafür sind Qualitätsstandards (z. B. Bundesschullandheime) zu definieren.

Trotz prognostizierter Steuerzuwächse lahmt die Wirtschaft

Kein dynamischer Aufschwung zu erwarten

Laut Quartalsbericht des WIFO vom Dezember 2009 schrumpfte die österreichische Wirtschaft 2009 real um 3,4 Prozent – also etwas weniger stark als der EU-Durchschnitt (-3,9 Prozent). Ab Mitte des Jahres stabilisierte sich die Konjunktur dank internationaler und nationaler Maßnahmenpakete. KOMMUNAL berichtet über die Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft sowie die Folgen des Konjunkturabschwungs in Bezug auf das Steueraufkommen.

Um die Investitionsbereitschaft der Unternehmen zu heben und den privaten Konsum anzukurbeln, hat die Bundesregierung folgende signifikante Maßnahmen beschlossen:

► **Teuerungsabfederungsmaßnahmen:** Schwerpunkte sind die Einführung einer 13. Familienbeihilfe und die Senkung der Umsatzsteuer für Medikamente auf zehn Prozent.

► **Konjunkturpaket 2008:** Im Oktober 2008 wurde mit dem Konjunkturpaket 2008 die sogenannte „Mittelstandsmilliarde“ beschlossen. Damit sollen Wachstumsimpulse gesetzt und Unternehmensinvestitionen forciert werden.

► **Konjunkturpaket 2009:** Im November 2008 wurde das Konjunkturpaket 2009 beschlossen, dessen Schwerpunkte im Investitionsbereich liegen. Es beinhaltet folgende Maßnahmen: vorzeitige Abschreibung, Infrastrukturinvestitionen (Vorziehen von Bauprojekten der Bundesimmobiliengesellschaft), Anreize zur thermischen Sanierung, regionale Beschäftigungsinitiative, zusätzliche Mittel für Forschung und Entwicklung sowie das kostenlose Kindergartenjahr.

► **Steuerreform 2009:** Die vom Nationalrat rückwirkend per 1. 1. 2009 beschlossene Steuerreform 2009 sieht folgende Än-

Nach dem Einbruch im Jahr 2009 dürfte die Wirtschaft 2010 um real plus 1,5 Prozent (nominell +2,1 Prozent) wachsen. Für 2011 erwartet das WIFO eine reale Dynamik von +1,6 Prozent (nominell +2,9 Prozent).

derungen vor:

- Deutliche Senkung des Einkommen- und Lohnsteuertarifes
- Erhöhung des monatlichen Kinderabsetzbetrages von 50,9 Euro auf 58,4 Euro
- Anhebung der Steuerfreigrenze von 10.000 Euro auf 11.000 Euro
- Einführung eines Kinderfreibetrages von 220 Euro jährlich
- Ausweitung des Freibetrages für investierte Gewinne
- Abschaffung der begünstigten Besteuerung nicht entnommener Gewinne
- Steuerliche Absetzbarkeit von Spenden für mildtätige Zwecke
- Anhebung des Maximalbetrages der steuerlichen Absetzbarkeit von Kirchenbeiträgen von 100 auf 200 Euro

Dazu wurde noch die Verschrotungsprämie eingeführt und die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten beschlossen.



Prof. Dietmar Pilz ist Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes

Budgetäre Effekte

Die budgetären Effekte aller nationaler Stabilisierungspakete belaufen sich für die Gebietskörperschaften (also Bund, Länder und Gemeinden) auf rund 4,1 Milliarden Euro für das Jahr 2009 und auf rund 5,1 Milliarden Euro für das Jahr 2010. Die Gebietskörperschaften leisten bei allen abgabenrechtlichen Maßnahmen, die zu Aufkommensminderungen führen, entsprechend den im FAG 2008 geregelten Anteilen (einheitlicher Verteilungsschlüssel) ihren Beitrag.

Stabilisierung der Konjunktur

Nach dem Einbruch im Jahr 2009 dürfte die Wirtschaft 2010 um real plus 1,5 Prozent (nominell +2,1 Prozent) wachsen. Für 2011 erwartet das WIFO eine reale Dynamik von +1,6 Prozent (nominell +2,9 Prozent).

Ausschlaggebend für die positive Entwicklung sind laut dem aktuellen WIFO-Quartalsbericht folgende Faktoren:

- Die Belebung der Warenexporte durch die Konjunkturerholung, insbesondere durch die Nachfrage aus Deutschland.
- Die Erholung der Industrie, wenn auch von einem niedrigen Niveau ausgehend. Aufgrund höherer Produktionserwartungen und der positiven Entwicklung bei den Auftragsengängen dürfte die Produktion 2010 und 2011 um jeweils vier Prozent steigen. Das Produktionsniveau 2008 wird damit aber noch nicht erreicht.
- Die Bauwirtschaft festigt sich nur langsam; die staatlichen Konjunkturprogramme (z.B. die thermische Sanierung) dürften 2010 stärker greifen als 2009.
- Die Konsumnachfrage stabili-



1) Vorläufiger Erfolg gerundet (noch ohne Verbuchung der Resteingänge 2009 im Jänner 2010)

2) Prognose BMF

sichert die Konjunktur und stützt sich auf die relativ hohen Real-einkommenszuwächse der Beschäftigten, auf die Ausweitung der Sozialtransfers, auf die Steuersenkung durch die Steuerreform und auf eine aktive Beschäftigungspolitik.

- Die Investitionstätigkeit wird 2010 in Folge von Kürzungen der Investitionspläne der Unternehmen mit minus einem Prozent noch rückläufig sein; ab 2011 wird eine Trendumkehr erwartet.
- Zwar ließ der Anstieg der Arbeitslosigkeit durch die Stabilisierung der Industriekonjunktur merklich nach, doch muss auch in den kommenden Jahren mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit gerechnet werden, weil das Wirtschaftswachstum zu schwach bleiben dürfte, um eine ausreichende

Arbeitskräftenachfrage auszulösen.

Der mit dem Rückgang der Beschäftigten und der Schmälerung der Gewinne verbundene Einnahmenausfall lässt sich anhand ausgewählter gemeinschaftlicher Bundesabgaben stellen wie in der Grafik oben dar.

Nicht nur der Konjunkturabschwung bewirkt zum Teil massive Rückgänge des Steueraufkommens; auch die stabilisierenden Maßnahmen des Bundes beeinflussen – wie aus obiger Tabelle ersichtlich – die Steerdynamik einiger Abgaben.

So ist das Minderaufkommen bei der Lohnsteuer ab 2009 nur zum Teil konjunkturbedingt begründet – die Aufrollung der Tarifreform, die im Rahmen der Steuerreform 2009 rückwirkend per 1. 1. 2009 beschlossen wurde,

trägt mit einem Volumen von jährlich rund 2,3 Milliarden Euro nicht unwesentlich zu dieser Abgabentwicklung bei.

Bei der Umsatzsteuer ist hingegen nur ein moderater Rückgang festzustellen, wobei die im September 2008 beschlossenen Teuerungsabfederungsmaßnahmen – wie z.B. die Halbierung des Steuersatzes auf Medikamente (Minderaufkommen Umsatzsteuer: rund 450 Millionen Euro) – das Umsatzsteueraufkommen naturgemäß schmälern, und zwar unabhängig von der Konjunkturentwicklung. Allerdings dürften sich die Konjunkturpakete, insbesondere die Tarifreform der Steuerreform 2009, auf den privaten Konsum und somit auf das Umsatzsteueraufkommen positiv auswirken (siehe Prognose 2011).

Gewinnabhängige Abgaben wie die Einkommensteuer und vor allem die Körperschaftsteuer sind naturgemäß am stärksten von der negativen Konjunkturentwicklung betroffen.

Angesichts der mäßigen Steuerentwicklung werden ab dem Jahr 2011 die mit der zweiten Etappe des Finanzausgleiches 2008 beschlossenen Maßnahmen zur Finanzkraftstärkung der Gemeinden (insbesondere für Gemeinden mit einer Einwohnerzahl bis 10.000) dazu beitragen, den steigenden Ausgabendruck (Sozialhilfeausgaben, steigende Energiepreise etc.) zumindest teilweise abzufedern. Im Einzelnen handelt es sich dabei um die völlige Abschaffung des Konsolidierungsbeitrages und um zusätzli-

Angesichts der mäßigen Steuerentwicklung werden ab 2011 die 2008 beschlossenen Maßnahmen zur Finanzkraftstärkung dazu beitragen, den Ausgabendruck abzufedern.

che bundesseitig beigestellte Finanzmittel in Höhe von 100 Millionen Euro für die Gemeinden bis 10.000 Einwohner. Zu den Auswirkungen der beschriebenen Rahmenbedingungen auf die Gemeindeertragsanteile siehe auch KOMMUNAL, 12/2009.

Bildung für nachhaltige Entwicklung – Österreichs Beitrag zur UN-Dekade

Ein ermutigendes Signal für alle

„Nachhaltige Entwicklung“ ist eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, auch für den Bereich Bildung. Die Vereinten Nationen haben deshalb die Jahre 2005 bis 2014 zur Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgerufen.



Nachhaltigkeit lässt sich am besten dezentral umsetzen. Eine der wichtigsten Strategien zur Umsetzung der UN-Dekade ist daher die Unterstützung lokaler AkteurInnen. Zweimal pro Jahr werden ausgewählte österreichische Projekte offiziell durch die Österreichische UNESCO-Kommission in Kooperation mit der österreichischen Regierung mit dem UN-Logo ausgezeichnet. Mit den Auszeichnungen soll der Beitrag Österreichs an der UN-Dekade

sichtbar gemacht und den AkteurInnen die Möglichkeit gegeben werden, sich zu vernetzen und Erfahrungen auszutauschen. Außerdem können durch die jährlich zweimalige Auswahl von vorbildlichen Projekten Standards und Kriterien für Nachhaltigkeit weiterentwickelt werden. Seit 2007 wurden aufgrund dieser Initiative rund 60 Projekte ausgezeichnet. Heuer wurde eine Auszeichnung zum Beispiel an das „Inklusionsprojekt“ der Gemeinde Wr. Neudorf vergeben. Mag. Gabriele Eschig, Gene-

ralsekretärin der Österreichischen UNESCO-Kommission, ist darüber besonders erfreut: „Bisher haben vor allem Bildungseinrichtungen, wie zum Beispiel Schulen, Projekte eingereicht. Gemeinden sind aber sehr wichtige Akteure für die lokale Umsetzung von Bildung für



Gemeinden sind sehr wichtige Akteure für die lokale Umsetzung von Bildung für nachhaltige Entwicklung. Deshalb wünschen wir uns, dass vermehrt auch Kommunen ihre Projekte einreichen.

Mag. Gabriele Eschig, Generalsekretärin der Österreichischen UNESCO-Kommission

nachhaltige Entwicklung. Deshalb wünschen wir uns, dass vermehrt auch Kommunen ihre Projekte einreichen.“ Ziel des Inklusionsprojektes der Gemeinde Wr. Neudorf ist der Aufbau einer Kultur des Miteinanders, basierend auf einer inklusiven Wertehaltung: Nachhaltigkeit, Teilhabe, Hilfsbereitschaft, Fairness und Anerkennung von Vielfalt. Die Bildungseinrichtungen der Gemeinde arbeiten zusammen, um Modelle für ein Zusammenleben zu entwickeln. Um die Partizipation

der Kinder zu garantieren, wurde ein Kinderparlament eingerichtet. Zudem wurde eine Nachhaltigkeitskonferenz organisiert. Auf der Bildungslandkarte (www.bildungslandkarte.at) entsteht aufgrund der Initiative der Österreichischen UNESCO-Kommission ein immer größeres Projekte-Netzwerk, das die wichtigen Themenfelder der UN-Dekade lebendig aufzeigt und umsetzt: Kulturelle Vielfalt, Umwelt, nachhaltige Stadtentwicklung, menschliche Sicherheit, ländliche Entwicklung, nachhaltiger Konsum – ein ermutigendes Signal für alle, die Gesellschaft in reflektierter und verantwortungsbewusster Weise mitzugestalten.

Projekteinreichung Österreichische UNESCO-Kommission

Nächster Einreichtermin ist der 31. Mai. Bewerbungen erfolgen via Bildungslandkarte: www.bildungslandkarte.at Die Österreichische UNESCO-Kommission ermutigt ausdrücklich Gemeinden, ihre Projekte einzureichen. Weitere Informationen unter: www.unesco.at/bildung/nachhaltigkeit.htm

AdR-Erfolg für Europas Gemeinden und Regionen

Subsidiaritätsprinzip seit 2009 auf EU-Ebene einklagbar

Seit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages können die 344 kommunalen und regionalen Vertreter im Ausschuss der Regionen neue EU-Gesetze vor Gericht anfechten, wenn sie ihres Erachtens nach gegen das Prinzip der „Subsidiarität“ verstoßen – also gegen das Prinzip, dass politische Entscheidungen in Europa so bürgernah wie möglich getroffen werden müssen.

Seit seiner Gründung vor fünfzehn Jahren hatte der Ausschuss der Regionen (AdR) dieses Recht eingefordert, Anfang Dezember 2009 wurde es schließlich Realität: Der Ausschuss kann nun neue EU-Gesetze, die das Subsidiaritätsprinzip in bestimmten Politikbereichen zu verletzen drohen, vor dem Europäischen Gerichtshof anfechten.

Nur wenige Tage nach dem Inkrafttreten des neuen EU-Vertrags legte der Ausschuss auch gleich das Verfahren für die praktische Anwendung dieses Rechts fest: Auf ihrer Plenartagung Anfang Dezember in Brüssel einigten sich die AdR-Mitglieder aus den 27 EU-Mitgliedsländern darauf, in Zukunft eine solche Klage mit einfacher Mehrheit beschließen zu können.

Der Präsident des Ausschusses der Regionen, der Belgier Luc Van den Brande, betonte, dass nach jahrelangen Verhandlungen mit den nationalen Regierungen und den anderen EU-Institutionen der Erhalt dieses Klagerechtes allein schon als großer Erfolg zu werten sei. „Wir setzen hier eher auf die abschreckende Wirkung. Wir werden dieses Recht mit Bedacht wahrnehmen, jedoch in gerechtfertigten Fällen, in denen das Subsidiaritätsprinzip auf europäischer Ebene verteidigt werden muss, auch mit großer Entschlossenheit ausüben. Wir hoffen aber, dass es dank einer raschen Umsetzung



Herwig Van Staa, Präsident des Tiroler Landtages und Vorsitzender der österreichischen Delegation im Ausschuss der Regionen: „Diese Entscheidung des Ausschusses der Regionen ist eine gute Nachricht. Der AdR stellt damit klar, dass das Prinzip der Subsidiarität nicht mehr bloße Theorie bleiben darf.“

Fact-Box:

Das neue AdR- Klagerecht im Detail

In Zukunft kann der Präsident des AdR oder die betraute AdR-Fachkommission vorschlagen, wegen Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip durch EU-Rechtsakte, zu denen der Ausschuss gemäß EU-Vertrag gehört werden muss, vor dem Europäischen Gerichtshof Klage zu erheben.

Das AdR-Plenum kann einen solchen Vorschlag dann mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen annehmen. Wird ein entsprechender Beschluss gefasst, reicht der AdR-Präsident im Namen des Ausschusses die Klage ein.

Kann das Plenum innerhalb der festgelegten Frist keine Entscheidung treffen, so kann das Präsidium des AdR mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen über den Vorschlag des Präsidenten oder der AdR-Fachkommission abstimmen. Wird dieser Vorschlag angenommen, reicht der Präsident die Klage ein und lässt die Plenarversammlung auf ihrer nächsten Tagung über die Aufrechterhaltung der Klage abstimmen.

aller Bestimmungen des Lissabon-Vertrages, die das Subsidiaritätsprinzip im gesamten EU-Gesetzgebungsverfahren stärken, niemals soweit kommen muss.“ Herwig Van Staa, Präsident des Tiroler Landtages und Vorsitzender der österreichischen Delegation im Ausschuss der Regionen, betonte: „Diese Entscheidung des Ausschusses der Regionen ist eine gute Nachricht. Der AdR stellt damit klar, dass das Prinzip der Subsidiarität nicht mehr bloße Theorie bleiben darf. Der Ausschuss hat sich auf ein effizientes Verfahren geeinigt, um regionale und lokale Kompetenzen zu verteidigen, sollten sie auf EU-Ebene gefährdet werden.“

Christian Gsodam, der österreichische Leiter der Presseabteilung im Ausschuss der Regionen, unterstrich, dass sich der AdR seiner neuen politischen Verantwortung bewusst sei: „Das Klagerecht kommt einer institutionellen ‚Atombombe‘ gleich. Der AdR wird in Europa stärker, weil er dieses Klagerecht hat, aber wir hoffen, dass wir es niemals einsetzen müssen – und dass das Prinzip der Subsidiarität bereits in der Erarbeitung von EU-Gesetzen entsprechend berücksichtigt wird.“

Infos aus erster Hand

Diese Seite ist gestaltet und autorisiert durch:



Rue Belliard 101,
B-1040 Brüssel
Tel.: 0032/2/282 2211
Fax: 0032/2/282 2325

Integration: Sprachkenntnisse sind der Schlüssel für erfolgreiche Integration

Österreich zieht mit Europa mit

Innenministerin Dr. Maria Fekter zeigte sich anlässlich der Beschlussfassung des Ministerrates Mitte Jänner zum Nationalen Aktionsplan für Integration hoch zufrieden und erfreut.

„Mit dem Nationalen Aktionsplan für Integration haben wir erstmals alle integrationspolitischen Maßnahmen von Ländern, Gemeinden, Städten, Sozialpartnern und dem Bund erfolgreich gebündelt. Gerade weil Integration eine Querschnittsmaterie ist, können die entsprechenden Rahmenbedingungen nur in Zusammenarbeit mit allen betroffenen Verantwortungsträgern geschaffen werden“, so die Ministerin. Entsprechende Kenntnisse der deutschen Sprache als künftige Voraussetzung für dauerhafte Zuwanderung sind ein Kernele-

ment im Nationalen Aktionsplan. „In Hinblick auf die Bedeutung deutscher Sprachkenntnisse für eine erfolgreiche Integration haben wir uns darauf verständigt, dass Personen, die neu nach Österreich zuwandern und sich hier dauerhaft niederlassen wollen, ein entsprechendes Sprachniveau bereits vor ihrem Zuzug erreichen müssen“, sagte Fekter. Verlangt wird in Zukunft das A1-Niveau des Europäischen Referenzrahmens für Sprachen. Der Aktionsplan ist das Ergebnis eines umfassenden Arbeitsprozesses, an dem neben den betrof-

fenen Bundesministerien alle Bundesländer, der Städte- und der Gemeindebund, die Sozialpartner, die Industriellenvereinigung sowie Organisationen der Zivilgesellschaft beteiligt waren. Parallel dazu wurden einzelne Handlungsfelder sowohl mit rund 150 nationalen und internationalen Expert/innen als auch mit Migrantenorganisationen und Bürgern diskutiert. Mit dem nun verabschiedeten NAP für Integration soll die Zusammenarbeit aller Beteiligten für erfolgreiche Integrationsmaßnahmen strukturiert und deren Durchführung optimiert werden. Neben allgemeinen integrationspolitischen Leitlinien werden im NAP Herausforderungen, Grundsätze und Ziele in folgenden Handlungsfeldern vertiefend behandelt: Sprache und Bildung,

Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung muss gehoben werden

Polizei-Masterplan gegen Einbruchskriminalität

Die Bekämpfung der Einbruchs-, Raub- und Vandalismuskriminalität sind die Schwerpunkte der kommenden Monate für Österreichs Polizei. Auf Basis der Kriminalitätsentwicklung in den „Hot-Spots“ wurde von den Experten des Bundeskriminalamts ein „Masterplan zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität“ entwickelt. Ziel ist es, die Fallzahlen zu senken, Straftäter auf frischer Tat festzunehmen, mehr Strukturermittlungen durchzuführen und dadurch das subjektive Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung zu heben. Zudem wird die Polizei durch intensive und zielgerichtete Streifenförmigkeit eine Basis dafür schaffen, dass mehr Straftäter auf frischer Tat erwischt werden. In den kommenden Monaten werden operative und vorbeugende Maßnahmen gesetzt. In

der Kriminalprävention werden Schwerpunktaktionen gestartet, in der Tatortarbeit wird ein größeres Kontingent an DNA-Untersuchungen ermöglicht und Sonderkommissionen sollen zu koordinierten, intensiven Ermittlungen führen. Daneben wird das Personal ganz gezielt und vor allem flexibel in den Hot-Spots eingesetzt. In der Aus- und Fortbildung werden entsprechende Prioritäten gesetzt, zum Beispiel in der Tatortarbeit. In der internationalen Zusammenarbeit werden Verträge den aktuellen Entwicklungen angepasst. Die intensive Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern und Verbindungsbeamten wird so noch effizienter gestaltet.

Die seit 2009 verstärkt durchgeführten regionalen, bundesländer- und staatenübergreifenden Schwerpunktaktionen zählen zu den zentralen Elementen des Masterplans. Sie haben gleich zu Beginn der Umsetzung zu einer merklichen Verbesserung des Sicherheitsempfindens der Bevölkerung beigetragen. Daher werden die Aktionen in den Bundesländern und gemeinsam mit den angrenzenden Staaten (vor allem Tschechien, Slowakei und Ungarn) fortgesetzt.



Foto: BM.I / Alexander Tuma

Der Masterplan beinhaltet rund 30 polizeiliche Maßnahmen: etwa Schwerpunktkontrollen an Hot-Spots wie Autobahnen und Transitrouten oder die DNA-Offensive.

Innenministerin Maria Fekter



Foto: BM.I / Alexander Tuma

Maria Fekter: „Mit der Verabschiedung des Nationalen Aktionsplans für Integration haben wir ein Zukunftsprogramm für den sozialen Frieden in Österreich entwickelt.“

Arbeit und Beruf, Rechtsstaat und Werte, Gesundheit und Soziales, Interkultureller Dialog, Sport und Freizeit sowie Wohnen und die regionale Dimension der Integration.

Leistung soll belohnt werden

Migrantinnen und Migranten tragen wesentlich zum Wirtschaftswachstum bei. Mangelnde Sprachkenntnisse und ein geringer Bildungsgrad stehen jedoch meistens einer Beschäftigung in einem höheren Segment entgegen. Um daher eine nachhaltige Höherqualifizierung zu sichern, wird künftig bei der Ausbezahlung der Familienbeihilfe an Personen zwischen dem 18. und 21. Lebensjahr geprüft, ob die Leistungsbereitschaft zu arbeiten nach geltender Rechtslage und Praxis in geeigneter Weise berücksichtigt wird. „Mit diesem Modell fördern wir Ausbildung und Leistungsbereitschaft von Menschen mit Migrationshintergrund“, ist die Innenministerin überzeugt.

Integrationsgremium

Um eine nachhaltige Umsetzung des Nationalen Aktionsplans für Integration zu ermöglichen, wird im Innenministerium ein Integrationsgremium unter Einbindung aller Kooperationspartner eingerichtet. Anhand der von Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann (Universität Wien) entwickelten Integrationsindikatoren soll der Integrationsprozess laufend analysiert werden.

Audit „familienfreundlichegemeinde“

Mit frischem Elan ins Jahr 2010 gestartet

Die Familien & Beruf Management GmbH hatte in Kooperation mit dem Österreichischen Gemeindebund und mit den Landesverbänden einen erfolgreichen Start des Audit familienfreundlichegemeinde 2009. Die Hauptthemen der drei Auditseminare in Graz, Schlierbach und Deutsch Schützen waren u. a. was bringt das Audit der Gemeinde in Krisenzeiten, welcher finanzielle und arbeitsmäßige

denen und vielleicht fehlenden Ressourcen bietet. Da das Audit alle Lebensphasen umfasst, kann es als Controllinginstrument bei bestehenden familienfreundlichen Projekten eingesetzt werden. Parallelprozesse könnten damit vermieden werden. Auditseminare sollen die BürgermeisterInnen und die GemeindevertreterInnen interessierter Gemeinden informieren, was der Prozess kostet und



Gemeinsam mit dem Audit können Gemeinden Möglichkeiten schaffen, die ein Zusammenleben über die Gemeindegrenzen hinaus fördern und verbessern.

Christine Marek,
Familienstaatssekretärin

Aufwand ist damit verbunden. Das Audit als Steuerungs- und Nachhaltigkeitsinstrument der vorhandenen Kräfte als auch die Unterstützung während des Prozesses durch einen Prozessbegleiter wurden von den anwesenden Bürgermeister/innen und Gemeindevertreter/innen besonders gut angenommen. Das Audit familienfreundlichegemeinde ist ein vom Bund geförderter Strukturprozess, der gerade in Krisenzeiten den Gemeinden relativ rasch einen Gesamtüberblick über die vorhan-

im Rahmen eines Workshops aufzeigen, welche quantitativen und qualitativen Maßnahmen pro Gemeinde bereits existieren, daraus ableitbar sind oder komplett neu entstehen.

Information

Familie & Beruf Management GmbH
Tel.: 01/218 50 70
Ansprechperson:
Heike Trammer
heike.trammer@familieundberuf.at
Web: www.familieundberuf.at

Österreichischer Gemeindebund
Tel.: 01/512 14 80-20
Ansprechperson:
Mag. Anna Nödl-Ellenbogen
anna.noedl-ellenbogen@gemeindebund.gv.at
Web: www.gemeindebund.at

Fakt-Box

Die Seminare 2010

2010 finden Auditseminare am

- ▶ 19. 3. 2010 in St. Pölten
- ▶ 23. 4. 2010 in Hallwang bei Salzburg
- ▶ 5. 5. 2010 in Eisenstadt
- ▶ 11. 6. 2010 in Graz und
- ▶ 23. 9. 2010 in Innsbruck statt.



„Ich freue mich, Ihnen in unserer ‚KOMMUNAL‘-Informationsserie diesmal ein neues und innovatives IT-Service vorstellen zu können, das sowohl die Gemeinden als auch Bürgerinnen und Bürger entlastet. Ich sehe das Finanzressort ganz klar als modernes Dienstleistungsunternehmen. Daher ist es für mich auch selbstverständlich, dass wir am Ausbau unserer Serviceleistungen ständig arbeiten und die Vorteile von E-Government bestmöglich nutzen möchten.“

Ihr
Josef Pröll
Finanzminister



Foto: iStock

Berechnungsgrundlagen der Einheitswerte online einsehbar

Neues IT-Service des BMF erleichtert Arbeit der Gemeinden

Im Zuge des Abgabenverwaltungsreformgesetzes (BGBl. I 20/2009) wurde unter anderem im neuen § 186 Abs. 4 Bundesabgabenordnung (BAO) den Gemeinden das Recht auf automationsunterstützte Einsicht in die Bemessungsgrundlagen des Einheitswertes eingeräumt. Den Gemeinden ist es nun bereits seit 16. Dezember 2009 möglich, mittels FinanzOnline auf die Daten des Grundbesitzinformationssystems (GRUIS) des Finanzministeriums zuzugreifen.

Peter Gspan

Obwohl die Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens sowie des Grundvermögens gemäß der im Bundesverfassungsgesetz geregelten Kompetenzverteilung in die Zuständigkeit des Finanzministeriums fällt, ist diese auch für die Städte und Gemeinden in Österreich von großer Bedeutung. Dies deshalb, weil der vom zuständigen Finanzamt neben dem Einheitswert festgesetzte Grundsteuermessbetrag die Ausgangsgröße für die Festsetzung der Grundsteuer darstellt und der festgestellte Einheitswert eine wichtige Bemessungsgrundlage für die Grunderwerbssteuer ist. Die Gemeinden erhalten betreffend die Grundsteuermessbeträ-

ge eine Mitteilung gemäß § 194 BAO. Das aus diesen beiden Steuern resultierende Aufkommen beträgt rund 1200 Millionen Euro pro Jahr. Auf Grundlage diverser Landesgesetze ist es für Eigentümer einer Liegenschaft möglich, für neu errichtete Gebäudeteile einen Antrag auf zeitliche Grundsteuerbefreiung einzubringen. Da der genaue Anteil des neuen Gebäudeteiles am festgestellten Einheitswert bisher nur aus den Einheitswertbescheiden ersichtlicher war, mussten die Antragsteller für eine solche zeitliche Grundsteuerbefreiung den jeweils gültigen Einheitswertbescheid bei der Antragstellung vorlegen. Durch den neuen § 186 Abs 4 BAO wurde nun die Möglichkeit

geschaffen, dass die Gemeinden direkt in die Berechnungsgrundlagen des Einheitswertes Einsicht nehmen können. Dadurch ist es möglich, dass Bürgerinnen und Bürger den Bescheid – und damit Daten, die einer Verwaltungsbehörde bereits vorliegen – nicht mehr bei einer anderen Verwaltungsbehörde nochmals vorlegen müssen, sondern die Gemeinden die benötigten Daten direkt bei der Finanzverwaltung abfragen können.

Für die elektronische Einsichtnahme wurde FinanzOnline, die bereits bewährte E-Government-Anwendung, gewählt. Mit FinanzOnline unterstützt das Finanzministerium die Gemeinden bei der Umsetzung von Verwaltungsvereinfachungen im Bereich der Steuern und Abgaben durch speziell auf Gemeinden abgestimmte Serviceleistungen (siehe Info-Box).

Durch die neuen Funktionen ist es nun möglich, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Städte und Gemeinden über FinanzOnline direkt in das Grundbesitzinformationssystem (siehe Info-Box) einsteigen und die Daten einsehen können. Da der Zugriff direkt erfolgt, stehen die Daten den Gemeinden immer aktuell zur Verfügung. Bei der Umsetzung war der



Peter Gspan ist IT-Organisator in der Applikation Internationales, Beihilfen und Bewertung in der Sektion für IT, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit im Finanzministerium.

Österreichische Gemeindebund eingebunden. „Die rasche und benutzerfreundliche Umsetzung dieser neuen Anwendung wird die Arbeit in den Gemeinden erleichtern“, so Prof. Dietmar Pilz vom Gemeindebund.

Diese neu eingesetzte Funktionalität stellt einen weiteren Schritt in der E-Government-Strategie des Finanzministeriums dar. Das neue IT-Service bewirkt für die Gemeinden und für die Österreicherinnen und Österreicher eine klassische ‚Win-Win-Situation‘.



OR Wolfgang Katzmann ist Applikationsleiter für Internationales, Beihilfen und Bewertung in der Sektion für IT, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit im Finanzministerium

Zur Vereinfachung der täglichen Arbeit der verschiedenen Verfahrensbeteiligten bzw. um die Verwaltungsverfahren zu beschleunigen, wird das Grundbesitzinformationssystem der Finanzverwaltung laufend weiterentwickelt.

Derzeit in Umsetzung ist eine Anbindung der Daten der Einheitsbewertung an das Grundbuch bzw. den Kataster. Auch das Gebäude- und Wohnungsregister soll künftig für die Einheitsbewertung herangezogen werden. Dadurch müssen die Daten zu den Gebäuden nicht mehr beim Steuerpflichtigen bzw. bei den Gemeinden erfragt werden, sondern es ist geplant, die Daten des Gebäude- und Wohnungsregisters den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzverwaltung ebenfalls im GRUIS zur Verfügung zu stellen. Eine mehrfache Nutzung von Verwaltungsdaten wird dadurch auch in diesem Bereich verwirklicht.

Die Schaffung moderner E-Government-Lösungen ist ein wichtiges Anliegen für Mag. Erich Waldecker, Leiter der für diese Verfahren zuständigen Abteilung V/2 im BMF, um eine effiziente und bürgerfreundliche Verwaltung zu ermöglichen.

Info-Box

Leistungen für Gemeinden mittels FinanzOnline

Eine Hauptfunktionalität stellt die elektronische Übermittlung von Steuererklärungen dar. Ein weiteres Service für Gemeinden ist die Möglichkeit zur Durchführung von gezielten Abfragen von in der Steuerverwaltung erfassten und für Gemeinden wichtiger Daten, wie z. B. die Abfrage der Kommunalsteuerbemessungsgrundlage.

(1) Erklärungen (Kommunalsteuererklärungen, KommSt1, KommSt2)

► KommSt1

Wenn Unternehmen eine Kommunalsteuererklärung mittels FinanzOnline übermitteln, wird jeder betroffenen Gemeinde die Kommunalsteuerbemessungsgrundlage elektronisch mitgeteilt. In der Databox können die entsprechenden Daten abgefragt werden.

► KommSt2

Im Falle der Schließung der einzigen Betriebsstätte in einer Gemeinde kann ein Unternehmen auch die entsprechende Erklärung (KommSt2) mittels FinanzOnline übermitteln.

► Kommunalsteuerbemessungsgrundlage

Gemeinden können mittels FinanzOnline für Unternehmen, die mangels technischer Voraussetzungen die Kommunalsteuererklärung nicht elektronisch übermitteln, die Kommunalsteuerbemessungsgrundlage bekannt geben.

(2) Abfragen

Zusätzlich zu den allgemeinen Abfragen werden mittels FinanzOnline speziell für Gemeinden weitere Abfragemöglichkeiten zu folgenden Bereichen zur Verfügung gestellt:

► Kommunalsteuergrundlagen

Die Kommunalsteuererklärungen (KommSt1) oder die Kommunalsteuererklärungen im Fall der Schließung der einzigen Betriebsstätte (KommSt2) können einzeln oder gemeinsam als Auflistung abgerufen werden. Die Abfrage kann auch auf alle Betriebsstätten bundesweit erweitert werden.

► Kommunalsteuerprüfung

Nach einer Betriebsprüfung haben Gemeinden die Möglichkeit, Informatio-

nen über das Prüfungsergebnis zur Kommunalsteuerprüfung abzufragen. Die Abfrage kann zu einer bestimmten Steuernummer oder durch Auswahl eines Zeitraumes durchgeführt werden.

► Dienstgeberbeitrag

Durch Eingabe der Steuernummer und des gewünschten Jahres werden die entsprechenden Informationen zum Dienstgeberbeitrag aufgelistet.

► Einheitswertberechnungsgrundlagen

Mittels FinanzOnline kann eine elektronische Einsichtnahme in die Berechnungsgrundlagen des Einheitswertes für Zwecke der Erhebung der Grundsteuer erfolgen.

Die Abfrage der Einheitswertberechnungsgrundlagen wird mit Eingabe des Stichtages, des Einheitswert-Aktenzeichens und der Geschäftszahl des Gemeindeaktes durchgeführt.

(3) Elektronische Zustellungen

Gemeinden erhalten automatisiert folgende Zustellungen:

► Dienstgeberbeitragslisten

► Prüfungsergebnisse einer Kommunalsteuerprüfung

► Kommunalsteuergrundlagen auf Grund elektronisch übermittelter Kommunalsteuererklärungen (KommSt1, KommSt2)

Diese Zustellungen können in der Databox im Bereich „Eingänge/behördlich zugestellt“ abgerufen werden.

Grundbesitzinformationssystem

Im Grundbesitzinformationssystem (GRUIS) des Finanzministeriums sind alle für die Berechnung des Einheitswertes maßgeblichen Daten gespeichert und abrufbar. Für die Bewertung einer wirtschaftlichen Einheit werden die Grundlagen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzverwaltung im GRUIS erfasst und anschließend die Bescheid-erstellung ausgelöst.

klima:aktiv unterstützt Ihre Gemeinde beim Energie- und Geldsparen

Die Gemeinden können jetzt klima:aktiv-Geldtöpfe anzapfen

Im Rahmen von klima:aktiv, der Klimaschutzinitiative des Lebensministeriums, wurden seit dem Start 2004 zahlreiche Angebote entwickelt, die vor allem den österreichischen Gemeinden klimaschonendes Verhalten erleichtern sollen.

So bietet klima:aktiv für die Sanierung von Heimen, Schulen & Co: maßgeschneiderte Information und Beratung. In bestehenden Dienstleistungsgebäuden (Bürogebäude, Krankenhäuser, Heime, Schwimmbäder ...) betragen die energierelevanten Kosten (Energie, Wartung, Betriebsführung, Instandhaltung etc.) im Schnitt 40 bis 60 Prozent der Betriebskosten. Wirtschaftliche Maßnahmen in der Haustechnik (z. B. bedarfsorientierte Regelung) können erhebliche Einsparungen und Komfortsteigerungen bewirken.

klima:aktiv bietet einen kostenlosen Grobcheck zur ersten Abschätzung von Einsparpotenzialen mittels Kennzahlen und Benchmarks.

Bei anstehenden Sanierungen kann die Energieeffizienz des gesamten Gebäudes mit minimalen Mehrkosten um ein Vielfaches gesteigert werden. klima:aktiv bietet hier einen kostenlosen Grobcheck zur ersten Abschätzung von Einsparpotenzialen mittels Kennzahlen und Benchmarks. Er dient als Orientierung, ob Potenziale für energetische Verbesserungen vorhanden sind. Natürlich können auch weiterge-

hende Sanierungsberatungen in Anspruch genommen werden. Falls Ihre Gemeinde neue Gebäude plant, bietet klima:aktiv maßgeschneiderte Unterstützung. Ob Bürogebäude, Schule oder Hotel – die technischen Anforderungen sind ebenso unterschiedlich wie die Gebäude selbst. Um der Größe und Komplexität der Objekte Rechnung zu tragen, bietet klima:aktiv individuelle Beratung und Qualitätssicherung durch ausgewiesene ExpertInnen an. So können die Qualitätsanforderungen des klima:aktiv-Gebäudestandards, der für Energieeffizienz, ökologische Baustoffe, perfekte Planung und Komfort steht, für jede Immobilie übersetzt und in jeder Planungsphase berücksichtigt werden. Zusätzlich stehen zahlreiche Informationsmaterialien zu verschiedenen Themen zur Verfügung, z. B. zur nachhaltigen (H)FCKW-Entsorgung am Bau oder zum Thema Nachverdichtung und Sanierung. Infos, Kontakte und Downloads unter www.bauen-sanieren.klimaaktiv.at

Auszeichnung

Umweltminister zeichnete 67 klimafreundlich mobile Schulen aus

67 Schulen aus ganz Österreich wurden im November 2009 von Umweltminister Niki Berlakovich als "klima:aktiv mobil-Profi-schulen" ausgezeichnet. MobilitätsexpertInnen von Klimabündnis und Forum Umweltbildung beraten und begleiten diese Schulen im Auftrag des Lebensministeriums seit ein- und einhalb Jahren mit dem Ziel, die Schulwege klimafreundlicher und sicherer zu gestalten. "Schulisches Mobilitätsmanagement ist kein Projekt, das mit dieser Auszeichnung zu Ende geht. Im Gegenteil, einerseits setzen die Schulen laufend weitere Maßnahmen um, andererseits tragen



die SchülerInnen und Jugendlichen die Ideen auch in ihr privates Umfeld weiter“, so Umweltminister Niki Berlakovich. Mehr Infos www.schule.klimaaktiv.at

Stromsparen im Amt bei Beleuchtung und IT

Ein neuer Mosaikstein für einen attraktiven Wirtschaftsstandort: Gemeinden oder Regionen laden „ihre“ Unternehmen und Organisationen zu klima:aktiv-Stromspar-Workshops ein. Strom sparen im Büro, energieeffiziente Beleuchtung oder Serverräume sind Themen, die für viele Verantwortliche von hohem Interesse sind und bares Geld sparen helfen. Allein im IT-Bereich sind bis zu 70 Prozent weniger Stromverbrauch möglich – bei gleichen Sicherheits- und Komfortstandards. Halbtägige Workshops bieten neben aktuellsten Informatio-

Ein neuer Mosaikstein für einen attraktiven Wirtschaftsstandort: Gemeinden oder Regionen laden „ihre“ Unternehmen und Organisationen zu klima:aktiv-Stromspar-Workshops ein.

nen und praktischen Tipps viel Raum für die Arbeit am eigenen Stromsparplan. Jeweils maximal 16 TeilnehmerInnen nehmen so wertvolle Impulse und konkrete Ansätze in das eigene Unternehmen mit. Bei Bedarf ist auch eine weiterführende Unterstützung durch klima:aktiv möglich. Die Organisation und Abwicklung solcher Workshops in der Gemeinde oder Region ist unkompliziert und kostengünstig: Nach Absprache stehen die ExpertInnen des klima:aktiv-Programms energieeffiziente Geräte kostenlos als ReferentInnen zur Verfügung. Die Gemeinde organisiert einen Raum und lädt die gewünschten TeilnehmerInnen ein. Dabei helfen erprobte, adaptierbare Unterlagen für die Bewerbung.

Als Gemeinde mit gutem Beispiel vorangehen

Auch die Gemeinde selbst hat im eigenen Wirkungsbereich oft gute Stromspar-Möglichkeiten. Energieeffizienzkriterien in der Beschaffung, vor allem aber die bewusste Nutzung bremsen den Stromzähler deutlich. „Oft bringen schon kleine Maßnahmen wie schaltbare Steckdosenleisten, Zeitschaltuhren oder Bewegungsmelder für die Beleuchtung erstaunlich positive Ergebnisse“, stellen die klima:aktiv-ExpertInnen fest. Beim Einkauf lohnt sich mehr Aufmerksamkeit. Wie bei Autos sollte auch bei Elektrogeräten oder Computern der „Verbrauch“ vorab verglichen werden. Denn PC, Laptops, Drucker etc. unterscheiden sich im Strombedarf bei gleicher Leistung oft deutlich. Dabei geht es nicht nur um die Rechner in Verwaltung und in Betrieben der Gemeinde, speziell auch Schulen haben ja viele PC-Arbeitsplätze. **Topprodukte.at** und das **klima:aktiv-Programm „energieeffiziente Geräte“** sind hier gern mit Informationen, geprüften Ausschreibungstexten und Beratung behilflich. Mehr infos unter www.topprodukte.at

Biodiversität-Wettbewerb für Gemeinden

Lebensräume so verschieden wie Österreichs Gemeinden

Schutz von Lebensräumen

Sonnige Steinmauern und Trockenrasen sind ebenso wertvoll wie Amphibiengewässer und Feuchtwiesen. Erhöhen Sie die Vielfalt!

Vielfalt statt Asphalt

Wirken Sie der Flächenversiegelung entgegen. Spezialisierte Pflanzen- und Insektenarten fühlen sich hier wohl.

Die helle Not

Intensives Licht in der Nacht irritiert Insekten und Zugvögel. Setzen Sie Beleuchtung bewusst ein und sparen Sie damit.

Sortenreiche Landschaft

Auch in der Kulturlandschaft können Sie mit alten und selten gewordenen

Gemüse- und Obstpflanzen die Vielfalt erhöhen.



Foto: © ORF/Pichlkostner

„Mich interessieren die Naturjuwelen der Gemeinden!“ freut sich Sepp Forcher, Pate und Unterstützer von vielfaltleben, auf zahlreiche Einreichungen.

Vorsicht Falle
Offene Schächte und spiegelnde Glasflächen

werden für Tiere oft zur tödlichen Falle. Rücksichtsvolle Architektur schafft Abhilfe.

Tierschonende Mähtechniken

Balkenmäherwerke sind zur Pflege von Straßenrändern und Böschungen wesentlich schonender als Saugmäher und Schlegelmulchgeräte. So haben auch Insekten und Amphibien eine Überlebenschance.

Artenvielfalt an Gebäuden

Viele Tiere, auch stark bedrohte Arten, sind Kulturfolger und nutzen Hohlräume, Dachböden oder Kirchtürme gerne als Quartier. Schwalben und Mauersegler brauchen Häuser zum Wohnen. Bei Neubauten und Renovierungen ist Rücksicht auf die „Untermieter“ zu nehmen.

Bewusstsein schaffen

Was Ihre BürgerInnen kennen, das können sie auch schätzen. Informieren Sie über Besonderheiten und Juwelen der Natur.

Fact-Box

Biodiversität: Die Vielfalt ist in Gemeinden zuhause

vielfaltleben ist die Biodiversitäts-Initiative des Lebensministeriums gemeinsam mit Naturschutzbund, WWF und BirdLife für mehr biologische Vielfalt in Österreich – Beginn war 2009. Werden Sie Teil dieses großen Netzwerkes und fördern Sie biologische Vielfalt in Ihrer Gemeinde!



Einsendeschluss ist der 30. Juni 2010

So werden die Gemeinden vielfaltleben-Champion: Eine unabhängige Jury wird die Projekte auswählen. Die Kriterien für ein Siegerprojekt sind „nachhaltige positive Wirkung auf die Biodiversität“, „regionale Breitenwirkung“ und „Einbindung der Bürgerinnen und Bürger“. Bereits laufende Vorzeige-Projekte und weitere Unterlagen zum Wettbewerb „vielfaltleben-Champion“ finden Sie im Gemeindeforum unter www.vielfaltleben.at

Elektronische Amtswege und Services werden nun SchülerInnen nähergebracht

E-Government im Unterricht

Die BürgerInnen absolvieren ihre Behördenwege immer öfter im Netz.

Grund genug, dass es eine Initiative des Unterrichtsministeriums gemeinsam mit dem Bundeskanzleramt für die Jugend gibt.

Österreich belegt im Bereich des E-Governments im internationalen Vergleich seit Jahren den ersten Platz. Den österreichischen BürgerInnen steht eine Vielzahl von Anwendungen zur Verfügung, die den Umgang und die Kommunikation mit Behörden erleichtern. Zahlreiche Amtswege können heute bequem über das Internet erledigt werden. Und da es im World Wide Web keine Sperrstunde gibt, ist es möglich, rund um die Uhr Anträge im elektronischen Amt abzugeben: Vom Online-Stipendium bis zum Besuch beim Finanzamt im Internet, von der Strafreisterbescheinigung bis zur amtssignierten Kopie eines Zeugnisses spannt sich ein breiter Rahmen an Services, die ohne Wartezeit und bequem von zu Hause aus erledigt werden können.

Nutze deine Services

Um die SchülerInnen mit E-Government vertraut zu machen, wurde als zentrale Maßnahme des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur zur österreichischen E-Government-Strategie in Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzleramt das Projekt edu.gov – E-Government im Unterricht entwickelt. Ziel von edu.gov ist es, den SchülerInnen ab 14 Jahren den praktischen Nutzen und die sinnvolle



Eine neue Homepage soll die Jugend über die elektronischen Amtswege informieren.

Anwendung von E-Government-Services zu vermitteln.

Die Integration des Themas in den Unterricht ist zentrales Element der Initiative. Es wurden praktische Lehrinhalte und im Rahmen verschiedener Unterrichtsgegenstände einsetzbare Unterrichtsbeispiele, entwickelt, die auf der Projekt-Website www.edugov.gv.at kostenfrei zur Verfügung stehen und von den Lehrkräften für ihren Unterricht verwendet werden können.

Schulen als E-Gov-Center

Dem Motto „Nutze deine Services“ folgend, lernen die SchülerInnen zahlreiche Anwendungen und praktische Beispiele wie z. B. das Informationsportal help.gv.at, die Bürgerkarte, die elektronische Signatur, die individuellen elektronischen Angebote der jeweiligen Gemeinden oder die Online-Arbeitnehmerveranlagung nach der ersten Ferialpraxis kennen. E-Government-Services auf europäischer Ebene sowie E-Business-, E-Participation- und E-Democracy-Initiativen ergänzen die breite Themenpalette. Schulen, die beim Projekt edu.gov mitmachen und im Unterricht entspre-

chendes Wissen an ihre SchülerInnen weitergeben, können sich auch als E-Government-Center etablieren. Voraussetzung dafür ist der Besuch eines MultiplikatorInnen-Seminars, das in Zusammenarbeit mit den Pädagogischen Hochschulen angeboten wird. Im Zuge des Seminars lernen interessierte LehrerInnen der Schule die wichtigsten Elemente der österreichischen E-Government-Strategie kennen, informieren sich über die aktuellen Entwicklungen und Trends auf dem E-Government-Sektor und qualifizieren sich in der praktischen Anwendung der edu.gov-Lehrmaterialien im Unterricht. Bereits 50 Schulen sind ein E-Government-Center geworden.

www.edugov.gv.at

Information

Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur
Minoritenplatz 5
1010 Wien
E-Mail: office@edugov.gv.at
www.bmukk.gv.at
www.edugov.gv.at

Gesundheit geht vor Leistung – am Arbeitsplatz Gesundheit Raum geben

Gesundheitsförderung wirkt gegen Burn-out



Eine aktuelle Studie zeigt, dass in Großbetrieben mit Schichtarbeit rund ein Viertel der Befragten bereits Burn-out-Symptome aufweist. Sie belegt auch, dass betriebliche Gesundheitsförderung die beste Medizin gegen Burn-out ist.

„Burn-out“: Wörtlich übersetzt heißt das „Ausbrennen“. Fachleute verstehen darunter sowohl den Prozess zunehmender als auch den Zustand völliger Erschöpfung. Im Arbeitsleben sind immer mehr Menschen davon betroffen. Auch wenn helfende Berufe besonders gefährdet sein mögen: Das Burn-out-Syndrom kann in allen Branchen auftreten. Bei Hilfskräften ebenso wie bei Führungsverantwortlichen. Es kann damit beginnen, dass

„Bemerkenswert war auch, dass Führungskräfte ein niedrigeres Risiko für Burn-out haben als andere MitarbeiterInnen.“

Dr. Theresia Gabriel, IGB-Institut



pausenlos gearbeitet wird. Die eigenen Bedürfnisse nach Ruhe und sozialen Kontakten werden zunehmend vernachlässigt, Konflikte oder Misserfolge verdrängt. Es gibt jedoch keinen typischen Verlauf. „Ein Risiko für Burn-out entsteht nicht nur auf individueller Ebene, sondern aus einer Kombination von Belastungen auf betrieblicher, persönlicher, privat-familiärer oder sozialer Ebene“, erklärt Dr. Theresia Gabriel vom Beratungsunterneh-

men IBG – Institut für humanökologische Unternehmensführung, das die vom Fonds Gesundes Österreich geförderte Studie durchgeführt hat. Auf betrieblicher Ebene können solche Risikofaktoren Zeitdruck, Arbeitsüberlastung, zu wenig Pausen oder mangelnde Führungsqualität sein. Auf privat-familiärer Ebene können Belastungen durch Beziehungskrisen oder die Betreuung von Kindern oder Pflegebedürftigen bestehen. Auf sozialer Ebene können sich der generelle Druck in der Leistungsgesellschaft oder Angst um den Job in Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit negativ auswirken. Auf der persönlichen Ebene kommt es vor allem auch darauf an, wie gut Belastungen verarbeitet werden können.

Die Studie hat sich zwischen 2007 und 2009 damit befasst, in welchem Ausmaß die Beschäftigten von sieben Großbetrieben mit Schichtarbeitsplätzen Burn-out-gefährdet sind. Für die Forschungsarbeit wurden

2420 Fragebögen und 35 vertiefende Interviews ausgewertet. Ein zentrales Ergebnis: Insgesamt weisen 23 Prozent oder rund ein Viertel der Befragten bereits Burn-out-Symptome auf. Das heißt, sie sind fortdauernd erhöhten Belastungen ausgesetzt, können den Stress nicht mehr ausreichend verarbeiten und sich nur mangelhaft erholen. Gabriel: „Bemerkenswert war auch, dass Führungskräfte ein niedrigeres Risiko für Burn-

out haben als andere Mitarbeiter/innen.“ Eine mögliche Erklärung: Managerinnen und Manager haben mehr Handlungsspielraum. Bei der Erhebung haben sie auch mehr Ressourcen und viel weniger erschwerende Aspekte für Erholung angegeben.

Positiver Effekt

Die neue Studie belegt den positiven Effekt von betrieblicher Gesundheitsförderung (BGF) mit Fokus auf die psychische Gesundheit. In Unternehmen, in denen immer wieder Führungskräfte-Schulungen, Seminare, Gesundheits- oder Stresszirkel durchgeführt werden, berichten nur rund zehn Prozent der Beschäftigten von Burn-out-Symptomen. Zum Vergleich: Dort, wo es keine BGF gibt, sagen das rund 40 Prozent, in Unternehmen, wo vereinzelt BGF betrieben wird, mehr als 20 Prozent. Da Burn-out gravierende Gesundheitsfolgen haben kann, wurde auf Basis der Forschungsarbeit ein Leitfaden zur Prävention erstellt. Die Broschüre mit Tipps gegen das „Ausbrennen“ bei der Arbeit kann im kommenden Frühjahr beim Fonds Gesundes Österreich kostenlos bestellt werden.

Information

IGB Institut für humanökologische Unternehmensführung, Projektleitung
Dr. Theresia Gabriel
Tel.: 01/524 37 51-0
Mobil: 0669/104 260 84
t.gabriel@ibg.co.at
Fonds Gesundes Österreich
Dr. Klaus Ropin
klaus.ropin@fgoe.org

Einspeistarife: Mödlhammer sieht Schwierigkeiten

Neues Gesetz ist Öko-Österreich nicht gerecht

„Der Entwurf zur neuen Ökostromverordnung wird dem Anspruch Österreichs als Umweltmusterland bei weitem nicht gerecht“, kritisiert Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer. Die Gemeinden haben großes Interesse am Einsatz ökologisch nachhaltiger Technologien. Unter den nun vorgeschlagenen Rahmenbedingungen wird ihnen ein Engagement aber sehr schwer gemacht. Die neue Verordnung enthalte Punkte, die das Engagement der Gemeinden sehr schwierig machen, steht für den Präsident des Gemeindebundes fest. „Wenn eine Gemeinde sich

also entschließt, neue Technologien durch eigene Förderungen zu forcieren, so kann der vorgeschlagene Tarif erst gar nicht in Anspruch genommen werden“, kritisiert Mödlhammer. „Das ist in dieser Form nicht sinnvoll und engt den Handlungsspielraum unnötig ein.“ Auch seien die Tarife bei den Photovoltaikanlagen für einen wirtschaftlichen Betrieb nicht ausreichend. Laut Entwurf werden Anlagen über 20 kW – je nach Errichtungsart – mit 25 bis 33 Cent pro kWh gefördert. „In der Slowakei liegt dieser Tarif bei 42,5 Cent.“ Auch bei Windkraftanlagen



Die Windkraft in Österreich erlebt nach einem kurzen Aufschwung Stagnation. Die neue Verordnung steuert dem nicht entgegen.

liege der vorgeschlagene Tarif deutlich unter den internationalen Werten. „Damit werden sich in Österreich nur wenige Standorte auch wirklich rentieren“, so Mödlhammer. Der Ausbau der Windkraft stehe schon seit 2006 so gut wie still. Den Gesetzesentwurf hält der Gemeindebund für „perpektivlos und daher aus Sicht der Gemeinden abzulehnen“. Enttäuschend sei-

en auch die neuen Regelungen für Biogasanlagen. Anhand der vorgeschlagenen Tarife werde es kaum noch zu Neuerrichtungen kommen. Auch die Erreichung der Klimaziele scheint mit der Gesetzesänderung nicht leichter zu werden. Von Seiten der Ökoenergie-Wirtschaft kommen ebenfalls kritische Stimmen zum Vorhaben des Bundes.

Klimabündnis: Kopenhagen-Petition übergeben

279 Gemeinden haben unterschrieben

40 Prozent weniger CO₂-Ausstoß bis 2020, Stopp der Regenwaldabholzung, Geld für Klimaschutz-Maßnahmen

men und keine Atomkraft als Klimaschutz. Diese vier Forderungen des Klimabündnis unterstützen 279 Städte und Gemeinden aus ganz Österreich. Im Finale der Verhandlungen bei der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen übergab der Geschäftsführer des Klimabündnis Österreich, Peter Molnar, die Petition an Umweltminister Niki Berlakovich. „279 Gemeinden haben sich unserem 4-Punkte-Programm angeschlossen und bekennen sich zu einem ehrgeizigem und ambitionierten Ziel. Das zeigt, dass die Bereitschaft an der Basis da ist. Jetzt muss auch auf Bundesebene vehementer vorgegangen werden“, so Molnar.



Foto: Klimabündnis

Peter Molnar, Geschäftsführer des Klimabündnis Österreich, übergab in Kopenhagen die Gemeinde-Petition an Umweltminister Niki Berlakovich.

Lkw-Maut: abgelehnt

Landtag lehnt SP-Antrag ab

Der Salzburger Landtag lehnte Mitte Jänner einen Antrag zur Einführung einer flächendeckenden Lkw-Maut ab. Damit scheiterte der Versuch, „die starre Kfz-Steuer für Lkw abzuschaffen und eine flächendeckende Lkw-Maut, angelehnt an das Schweizer Modell, einzuführen“ (Wortlaut Antrag). www.salzburg.gv.at

Kunstschnee: Wer zahlt?

Tourismus soll mitzahlen

Die Vorarlberger Liftbetreiber fordern laut ORF-Online eine Beteiligung anderer Unternehmen der Tourismusbranche an den Beschneidungskosten. Diese würden von Skifahrern profitieren, so Seilbahnsprecher Wolfgang Beck. Rund sieben Euro kostet ein Kubikmeter maschinell erzeugten Schnees.

Liftkartell: Oberösterreich bringt Klage ein

Geld der Steuerzahler zurückholen

„Das Land Oberösterreich wird eine Klage gegen das so genannte Liftkartell einbringen. Damit erfüllt das Land Oberösterreich die Verpflichtung, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um das Geld der oberösterreichischen Steuerzahler

zurückzuholen“, erklärte Wohnbau-Landesrat Dr. Manfred Haimbuchner laut oö. Landeskorespondenz nach der Regierungssitzung Mitte Jänner. Mehr unter Landeskorespondenz auf www.land-oberoesterreich.gv.at

Eisenbahnen: Schmalspur- und Nebenstrecken vor Verfall gerettet

ÖBB-Nebenbahnen werden vom Land Niederösterreich übernommen

Nach langen Diskussionen kam es Mitte Jänner zu einer Einigung zwischen den ÖBB und dem Land Niederösterreich. Dieses übernimmt ab Jänner 2011 alle Neben- und Schmalspurbahnen, auch solche, die bislang teils schon geschlossen waren oder knapp vor den Schließung standen. Ein Verkehrs-dienstvertrag mit den ÖBB wird dafür abgeschlossen. Das Land ist dann Eigentümer aller Schmalspurbahnen wie der Mariazellerbahn, der Ybbstalbahn, der Waldviertler Schmalspurbahnen, der Schneebergbahn. Im Vertrag vorgese-



hen sind unter anderem neues Wagenmaterial, keine weitere Ausdünnung der Fahrpläne und eine Qualitätsüberprüfung. Für Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll bedeutet dies, dass das Land nun so etwas wie der Herr im eigenen Haus ist. „Somit können wir eigenständig disponieren und die Strecken nach unseren Bedürfnissen nutzen“, so LH Pröll. Jetzt wird eine neue Landesgesellschaft gegründet.

In Niederösterreich wurden Mitte Jänner die Weichen für die Nebenbahnen neu gestellt.

Drama: „Einsame Leiche“

Techelsberg übernimmt Kosten

Laut Informationen des Onlinedienstes „Presstext Austria“ steht nach zwei Monaten Tauziehen ein Termin für das Begräbnis der „einsamen Leiche“ aus Deutschland fest. Bernd Wagner erlag am 26. November 2009 auf einer Autobahnraststätte einem Herzinfarkt. Weder die deutschen Behörden noch die Angehörigen wollten die Kosten der Bestattung oder Überführung nach Deutschland tragen. Durch das Engagement der Gemeinde Techelsberg am Wörthersee unter Bgm. Johann Koban konnten Sponsoren gefunden werden, und der Verstorbene kann ordentlich beerdigt werden.

E-Wirtschaft: Angst vor dem „Verkauftwerden“?

Stromwirtschaft will mehr Investition

Laut einem „Kurier“-Bericht betrachtet die heimische Stromwirtschaft, die mehrheitlich im öffentlichen Eigentum steht, die Finanzprobleme der Bundesländer mit Sorge. Grund für diese Ängste sind fortgesetzte Tarifsenkungen und damit einhergehende Schwächung der Unternehmen. Laut dem Industrie-lobbyisten „Forum Versor-

gungssicherheit“ war die Tarifsenkung gut, jetzt müsse die Politik aber neue Schwerpunkte setzen – sprich mit Investitionen die Firmen stärken.

www.versorgungssicherheit.at



Nicht nur Obst ist gesund. Wer Fragen zum Wohlbefinden und den Möglichkeiten zu dessen Steigerung hat, kann dies auch im Netz tun.

Neu im Netz: Plattform für das Wohlbefinden

Gesundheit auf einen Klick

Mit dem Start von www.gesundheit.gv.at gibt es in Österreich die erste Website für qualitätsgesicherte und unabhängige Informationen zu Fragen rund um alle wichtigen Gesundheitsthemen. Das Portal entstand im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit. „Die Nutzer können sich darauf verlassen, dass die Informationen von unabhängigen Experten und Expertinnen geprüft wurden und frei von Firmeninteressen und Werbung sind“, sagt Bundesmi-

nister für Gesundheit, Alois Stöger. Wo gibt es den nächsten Spezialisten für meine Krankheit? Wo finde ich im Ausland ärztliche Hilfe? Welches Spital hat Erfahrung auf diesem Gebiet? Welche Reha-Zentren sind auf Herz-Kreislauf-Erkrankungen spezialisiert? Auf dem neuen offiziellen Gesundheitsportal finden Interessierte alle wichtigen Informationen und Kosten über Vorsorge, Diagnose- und Behandlungsalternativen gebündelt unter einem Dach.

Seminarreihe

Obstbäume auch gut schneiden

In Niederösterreich bietet die Umweltberatung über ganze Land verstreut Obstbaumschnittkurse an. Rechtzeitig vor der beginnenden Gartensaison können Interessierte ihr Wissen erweitern. Nähere Infos auf www.umweltberatung.at, oder 02742/74333.

„Nach-Nennung“

Autor vergessen

KOMMUNAL 12/2009 startete den Praxisteil mit einer vielbeachteten Buchrezension der Dissertationsschrift „Konnexitätsprinzip und Konsultationsverfahren als Ausdruck kommunaler Selbstverwaltung“. Leider ist beim Abdruck dann der Autor **Oliver Palkowitsch**, Diplom-Politologe aus Potsdam, nicht genannt worden. Wir bedauern dieses Versäumnis, welches wir nun korrigieren.

Europäische Gemeinden entscheiden sich für das neue Bestattungssystem

Die Urnensäule ist weiter auf Erfolgskurs

Die Friedhöfe befinden sich im Wandel. Stefan Leeder moderne Grabsäulen verdrängen zunehmend Kolumbarien und Urnenwände. Wirtschaftliche Überlegungen spielen dabei eine wesentliche Rolle.

Auch im neuen Jahr kommt Stefan Leeder nicht zur Ruhe. Das Interesse an seinen patentierten Grabsäulen ist weiterhin ungebrochen. „Die Friedhofsbesucher können die hässlichen Kolumbarien und Urnenwände nicht mehr sehen“, erklärt der 38-jährige Salzburger. Die derzeit angespannte finanzielle Situation spiele dabei ebenfalls eine große Rolle. „Die Gemeinden müssen mehr denn je sparen und suchen daher nach einer günstigen und zugleich pietätvollen Lösung.“

Dabei beschränkt sich das Interesse nicht nur auf Österreich, sondern geht weit über die Grenzen unseres Landes hinaus. Erst kürzlich traf sich Leeder mit dem Direktor des größten Londoner Friedhofs, Gary Burks. Sein Fazit: „Die Urnensäulen kommen wie gerufen. Wir haben seit langer Zeit einen akuten Platzmangel. Mit dem Produkt von Herrn Leeder können wir dieses Problem endlich lösen. Die Urnensäulen sind sehr ansehnlich und von höchster Qualität.“ Außerdem werde den Hinterbliebenen eine kostengünstige Urnenbestattung geboten, erklärte Burks.

Internationales Interesse

Neben England gibt es konkrete Anfragen aus den Niederlanden, Deutschland und Norditalien. In Österreich ist Leeder bereits einen Schritt weiter. Auf dem



Stefan Leeder mit seinem Produkt – eine ästhetische Lösung für Urnen.

Friedhof in Wagrain stehen 50 Urnensäulensegmente. Im Frühjahr dieses Jahres werden Urnensäulen in weiteren Gemeinden aufgestellt.

„Ich bin mit der Entwicklung in den vergangenen Monaten sehr zufrieden. Immer mehr Städte und Gemeinden erkennen die Vorzüge meines Produkts.“

Der Trend geht eindeutig weg von den überbewerteten Kolumbarien und hin zu meinen Urnensäulen.“

Die jahrelange Bereicherung auf Kosten der Städte, Gemeinden sowie Hinterbliebenen seitens der Kolumbarienbauer und Steinmetze sei nun endlich zu Ende, so Leeder.

Ein Erfahrungsbericht aus Wagrain zeigte die Vorteile der neuen Bestattungsform Urnsäulen statt herkömmlicher Urnengräber

Die herkömmlichen Betonischen für Urnengräber sind häufig überfüllt und wirken kalt und unpersönlich. Die Urnsäulen des Salzburger Unternehmens Grabkult ermöglichen dagegen eine neue und pietätvolle Urnenbestattung, die mehr gestalterische Möglichkeiten als die üblichen Nischenwände bietet. Die Säulen bestehen aus Naturstein, in deren Hohlräumen bis zu vier Urnen aufbewahrt werden können. In der Salzburger Gemeinde Wagrain wurden die ersten Urnsäulen aufgestellt. Im Interview mit KOMMUNAL berichtet Bürgermeister Eugen Grader über seine Erfahrungen. **Wann wurden auf dem Friedhof in Wagrain die ersten Urnsäulen errichtet?**



Die Urnsäulen können nach Bedarf sukzessive errichtet werden.

Das System ist ganz neu. Im Herbst wurden die ersten Säulen aufgestellt. Bisher ist eine davon belegt. Gedacht ist ja, dass – ähnlich einem Familiengrab – eine Urnsäule pro Familie genutzt wird.

Warum wurden Urnsäulen

angekauft und nicht eine traditionelle Urnenwand an der Friedhofsmauer gebaut?

Uns hat gefallen, dass das System flexibel ist. Man muss keine riesige Wand aufstellen, die anfangs noch sehr leer ist, sondern kann die Urnsäulen nach Be-

darf sukzessive aufstellen. Außerdem hat man die Möglichkeit, die Säulen je nach Platz in Reihen oder in Gruppen errichten.

Wie kommt das neue Urnenbestattungssystem bei der Bevölkerung an?

Bisher habe ich nur positive Rückmeldungen. Die Leute sagen, dass sich die Säulen sehr harmonisch in das Gesamtbild des Friedhofs einfügen. Ich kann dieses attraktive System anderen Gemeinden nur empfehlen.

Information

Grabkult
Stefan Leeder
Sternhofweg 54
5020 Salzburg
Tel.: 0676/666 64 46
E: office@grabkult.com
www.grabkult.com

E.E.

„Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung“

Techno-Nationalstiftung will Klimafonds schlucken

Der 2007 gegründete Klima- und Energiefonds (Kli.en) soll in seiner derzeitigen Form aufgelöst werden. Das hat der Vorstand der Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung, AWS-Geschäftsführer Hans Moser, in einem Interview mit der Tageszeitung „Der Standard“ vorgeschlagen. Moser plädiert dafür, dass die Nationalstiftung künftig die Agenden des Klimafonds übernehmen soll. Er sieht darin einen Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung. Der Zeitpunkt für eine Strukturänderung sei gut, da mit Eveline Steinberger eine Geschäftsführerin des Klimafonds ihre Funktion zurückgelegt hat.



Hans Moser: „Die beiden Fonds haben ähnliche Strukturen.“

Die Nationalstiftung wird aus Mitteln des Bundes, der Nationalbank und des ERP-Fonds dotiert – diese Zinserträge fehlen also der Förderbank AWS. Ziel des Fonds ist es, langfristig verwertbare, interdisziplinäre Forschungsvorhaben zu fördern.

WIR UNTERSTÜTZEN ÖSTERREICHS GEMEINDEN. UND SIE PROFITIEREN DAVON.

Kommunalleasing
Infos unter:
0810 20 52 51
www.leasing.at

UNTERNEHMEN ÖSTERREICH
EINE INITIATIVE DER BAWAG PSK

BAWAG PSK Leasing

Neue Networking-Convention für Info-Technologie und Telekommunikation

Premiere für „CROSS CON“

Von 27. bis 29. April 2010 findet in der Halle D der Messe Wien die erste Edition der „CROSS CON“ statt. Ein neues Konzept bietet dabei eine Kombination aus Kongress, Kommunikationsplattform und Side Events an. Dieser neue Networking-Event mit Informationscharakter bietet Raum für Businessgespräche und stärkt Österreichs Positionierung als innovativer IKT-Standort.

Im Frühjahr 2010 realisiert Reed Exhibitions mit der Premiere der „CROSS CON“ ein völlig neues Veranstaltungsformat für die österreichische IKT-Branche. Die als Convention konzipierte „CROSS CON“ findet von 27. bis 29. April 2010 in der Halle D der Messe Wien statt und ersetzt im Portfolio von Reed Exhibitions Messe Wien die IKT-Fachmesse „ITnT“. „Die ‚CROSS CON – ICT Convention Vienna‘, so der vollständige Titel, bietet in einem gemeinsam mit führenden Unternehmen der heimischen IKT-Branche erarbeiteten Konzept eine gleichwertige Mischung aus Kongress, Networking-Plattform und Socializing Events“, erklärt DI Matthias Limbeck, themenverantwortlicher Geschäftsführer beim Veranstalter Reed Exhibitions Messe Wien. „Das Segment der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) ist die stärkste und zukunftsorientierteste Branche Österreichs mit der größten Wertschöpfung“, betont Limbeck.

Die inhaltliche Angebotspalette der „CROSS CON“ zur Premiere im April 2010 ist breit gefächert.

In Key Notes, Round Tables und Case Studies werden auf den Themenbühnen IKT-Lösungen für Entscheider in den vier zentralen Themenbereichen der



Die „CROSS CON – ICT Convention Vienna“ bietet eine gleichwertige Mischung aus Kongress, Networking-Plattform und Socializing Events.

„CROSS CON“ 2010 – Business, Government, Health Care und Technology – in deren jeweiliger Fachsprache präsentiert, aufbereitet und diskutiert.

Als übergeordnetes Thema steht Prozess- und Geschäftsoptimierung im Mittelpunkt. Die Idee der Veranstaltungsstruktur besteht darin, dass sich Fachbesucher über IKT-Lösungen für einzelne Unternehmensbereiche informieren und austauschen können.

Unterstützung aus Wirtschaft und Verwaltung

Dkfm. Heinz Pechek, geschäftsführender Vorstand im Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik in Österreich (BMÖ), bringt die Vorteile der

Convention inhaltlich auf den Punkt: „Wettbewerbsvorteile werden durch funktionierende Supply-Chains bestimmt, das gilt im Industriegeschäft genauso wie im Consumer-Bereich. Wenn der Kunde die Ware benötigt, muss sie zeit- und punktgenau am Point of Demand sein.“

„Die CROSS CON folgt dem internationalen Trend und ist ein moderner Themenkongress, welcher die Digital Natives und die Digital Immigrants vereint“, ist Christian Rupp, Sprecher der Plattform Digitales Österreich im Bundeskanzleramt, vom Konzept überzeugt. „Die Anwendungen moderner Informations- und Kommunikationstechnologien halten in allen Branchen und Bereichen Einzug. IKT verändert zunehmend unseren Arbeits- bzw. Lebensstil und damit nachhaltig das Wirtschaften und die Konkurrenzfähigkeit von Unternehmen.“

Positionierung Österreich als innovativer IKT-Standort

„Das Gesamtkonzept der CROSS CON erfüllt unseren Qualitätsanspruch, eine Leit-Convention für die Branche zu kreieren, der für die IKT-Branche relevante Fragestellungen aufgreift“, bringt Reed-Exhibitions-Geschäftsführer DI Matthias Limbeck die Ziele auf den Punkt. „Mit einer erfolgreichen, Content-bezogenen Veranstaltung in Wien, die sich punktgenau an den Bedürfnissen der Zielgruppe orientiert, können wir die Stärken Österreichs als innovativer IKT-Standort in Europa aufzeigen und forcieren.“

Die Idee der Veranstaltungsstruktur besteht darin, dass sich Fachbesucher über IKT-Lösungen für einzelne Unternehmensbereiche informieren und austauschen können.

DI Matthias Limbeck, Geschäftsführer Reed Exhibitions Messe Wien



Foto: Reed Exhibitions

Information

Reed Messe Wien GmbH
Messeplatz 1, PF 277,
A-1021 Wien
Tel: +43 (0)1 727 20-0
Fax: +43 (0)1 727 20-4709
E-Mail: info@messe.at
Web: www.cross-con.at

Mit den „Schlaumäusen“ Sprachentwicklung unterstützen

Ab sofort „Schlaumäuse“ in jeder Gemeinde zu Hause

Werden Sie aktiv! Zeigen Sie den Bürgerinnen und Bürgern in Ihrer Gemeinde, dass Sie sich engagieren und die Kinder in ihrer Sprachentwicklung fördern. Dazu gibt es die passende Lernsoftware von Microsoft, kostenlos auf www.kommunal.at



Das von Microsoft entwickelte Sprachentwicklungsprogramm „Schlaumäuse“ kann auf www.kommunal.at/schlaumaeuse bestellt werden.

Die Initiative „Schlaumäuse-Kinder entdecken Sprache“ zielt auf nachhaltige Impulse für eine Verbesserung der Sprachbildung, insbesondere auf den Erwerb der Schriftsprache bei Kinder im Alter von vier bis sechs Jahren. Er-



„Ich würde mich sehr darüber freuen, wenn möglichst viele Gemeinden von diesem Angebot Gebrauch machen.“

Christine Marek,
Staatssekretärin für Familien

zieherInnen sowie Eltern sollen ermutigt werden, die Neugier und das natürliche Interesse von Vorschulkindern an Schrift, Lesen und Schreiben aufzugreifen und ihnen ein schriftkulturelles und sprachanregendes Umfeld zu schaffen.

Schlaumäuse in Ihrer Gemeinde zu Hause

Ab sofort sind die „Schlaumäuse“ in jeder Gemeinde zu Hause. Die

Lernsoftware ist für die ersten Lernjahre, d. h. für Kindergärten, Vorschulen, die ersten Schulstufen und für zu Hause geeignet. Microsoft, „KOMMUNAL“ und das Familienministerium haben die Aktion ins Leben gerufen, um von den Gemeinden aus die Kinder zu unterstützen. Die Staatssekretärin für Familien, Christine Marek, steht hinter der Aktion: „Ich freue mich über diese Zusammenarbeit des Familienministeriums mit dem Österreichischen Kommunalverlag und Microsoft. Die CD ‚Schlaumäuse‘ ist eine wunderbare Möglichkeit, die Sprachentwicklung von Kindern spielerisch zu fördern und sie so optimal auf ihr weiteres Schul- und Berufsleben vorzubereiten. Ich würde mich sehr darüber freuen, wenn möglichst viele Gemeinden von diesem Angebot Gebrauch machen.“ Mit der frühen Entfaltung der Sprachkompetenz – einschließlich der Ausbildung sozialer und kommunikativer Fähigkeiten – soll auch die Lernfähigkeit der Kinder gefördert und der Lerntransfer innerhalb der Kindergruppen unterstützt werden.

Dem Projekt liegt das Konzept des entfaltenden Lernens zugrunde. Es wurde von den Autorinnen und Autoren in der ComputerLernWerkstatt an der Technischen Universität Berlin entwickelt und fördert den mündlichen Sprachgebrauch, Lautbewusstheit und Lesen.

Im Internet bestellen

Bürgermeister können sich die Lern-CD auf der Homepage von „Kommunal“ auf einem eigenen Portal bestellen. Diese Initiative für die Kinder braucht keine aufwendigen technischen Voraussetzungen, ein PC mit gängiger Ausstattung ist optimal geeignet.



Information & Bestellung

Österreichischer
Kommunalverlag
www.kommunal.at/schlaumaeuse



Lärmschutzwände von RAU halten die Geräuschkulisse im Rahmen und können sogar Strom erzeugen.

Neue Wege bei Lärmschutzwänden in Kombination mit Photovoltaik

Win-Win par excellence: Die erste ökologische Solar-Lärmschutzlösung in Ihrer Nähe

Erneuerbare Energien treffen auf ökologischen Lärmschutz: Als Vorreiter in Sachen Ökologie und Wirtschaftlichkeit bei Lärm- und Abgasschutz geht RAU neue Wege. Gemeinsam mit Kooperationspartner Green City Energy konnte so eine bahnbrechende Vision verwirklicht werden: die erste Solar-Lärmschutzlösung in Deutschland. Hier werden spezielle Solar-Panels

(Photovoltaik) auf der extra breiten und angeschrägten Wand montiert und zur Stromgewinnung genutzt. Das Unternehmen Néstle hat sich als erstes für eine Lärmschutzwand mit Solar-Panels entschieden und beweist somit nicht nur höchste soziale Verantwortung gegenüber seinen Mitarbeitern, sondern auch Weitblick in Sachen Nachhaltigkeit und Umweltschutz. Neben öko-

logischem, effektivem und dabei schönem Lärmschutz birgt die Installation der Photovoltaik-Panels auf der Lärmschutzwand interessante Refinanzierungsmöglichkeiten: Néstle vermietet den Platz für die Panels an Green City Energy, das den gewonnenen Solarstrom auf dem Markt verkauft. In Zukunft könnte sogar ein Teil des Stroms für Néstle selbst aus der Stromquelle stammen.

Information

RAU Lärmschutzwände
Vertretung Österreich
Erwin Königsberger
Fichtenweg 8
D-87600 Kaufbeuren
Tel.: +49 8431/9957180
Fax +49 8341/99571 82
Mobil +49 174/1772383
info@
rau-systeme-sued.de
www.rau.de

E.F.

So gibt Ihre Gemeinde Kindern mehr Sicherheit im Straßenverkehr!

- Die bestens bewährte Info-Broschüre: Jetzt neu erschienen.
- Erstellt von Experten des Kuratoriums für Verkehrssicherheit (KfV).
- Bringt Kindern spielerisch und altersgerecht richtiges Verhalten im Straßenverkehr näher.
- Empfohlen vom Österreichischen Gemeindebund.
- Eine wirkungsvolle Aktion Ihrer Gemeindevertretung.
- Mit Bürgermeister-Foto – ohne Mehrkosten!
- Zum Stückpreis von € 1,80 zzgl. 10% MwSt.



Bestellungen bitte an: verkehrserziehung@kommunal.at

Neue Einwohner statt Abwanderung – neue Unternehmen statt leerer Geschäftslokale

Angebote zur professionellen Vermarktung Ihres Wohn- und Wirtschaftsstandortes

Der Blick auf das Budget 2010 treibt vielen BürgermeisterInnen Sorgenfalten auf die Stirn. Jetzt heißt es, noch effizienter und noch sparsamer zu arbeiten. Welche Schwerpunkte sind zu setzen?

Die Vermarktung der Gemeinde als Wohn- und Wirtschaftsstandort ist in Zeiten knapper werdender Mittel eine zentrale Aufgabe der

Gemeinden. Das „Kommunale Standort Informa-



Das Internet wurde zum wichtigsten Info-Medium für Standortsuchende.

Josef Wallenberger

tionssystem“ (KOMSIS) erleichtert diese Aufgabe. Bereits mehr als hundert österreichische Gemeinden und Kleinregionen setzen es ein: von der Stadt bis zur 600-Einwohner-Gemeinde, von Kooperationsprojekten

mit 44 Gemeinden bis zu landeseigenen Wirtschaftsagenturen. KOMSIS ist ein internetbasiertes Datenbanksystem, mit dem Gemeinden Immobilien und Flächen auf der eigenen Website vermarkten können.

Auch in gemeindeübergreifenden Kooperationsprojekten zur Standortentwicklung hat sich KOMSIS in der Praxis bewährt. Entwickelt wurde das Tool von der Wallenberger & Linhard Regionalberatung in langjähriger Zusammenarbeit mit vielen Gemeinden. Das Unternehmen unterstützt Gemeinden und Regionen bei der Entwicklung und Umsetzung zukunftsfähiger Projekte. Zu leistbaren Preisen bietet es Tools, mit denen Projekte schnell in Gang und rasch zu guten Ergebnissen kommen.

Wir unterstützen Gemeinden mit praxiserprobten und leistbaren Werkzeugen

- ▶ **KOMSIS:** Tool zur Vermarktung Ihrer Betriebs- und Wohnflächen; Kostenloser Testzugang: www.komsis.at
- ▶ **Szenario Workshop für Gemeinden:** Mit klaren Schwerpunkten und Projekten in die Zukunft
 - ▶ **Kooperations-Workshop:** Mit regionaler Zusammenarbeit zum Erfolg
 - ▶ **Gemeindeumfrage:** Die Meinung der Bürgerinnen und Bürger kennen und nutzen
 - ▶ **Ihr Standort im Überblick:** Statistische Zahlen verständlich aufbereitet
 - ▶ **Schriftenreihe:** Fachwissen einfach und kompakt

Infos & Referenzen

www.regionalberatung.at

E.F.

Poysdorf

Retz

Melk Zwettl

Wels

Krems

Waidhofen / Ybbs

Yspertal
Ottenschlag

Oberwart

Diese und hundert weitere Gemeinden nutzen



das Kommunale Standort-Informationssystem

- Immobilien und Flächen auf Ihrer Gemeinde-Website
- Informationen für Standortsuchende
- Rund um die Uhr verfügbar
- Tipps für Ihr Standortmarketing
- Kostenloser Eintrag für Makler, Verkäufer und Vermieter
- Aussagekräftige Statistiken

Kostenloser Testzugang auf:
www.komsis.at/test

Facebook, Twitter & Co über öffentliches Internet in Österreichs Gemeinden

WLAN – immer mehr Gemeinden punkten bei ihren Bürgern

Nach Schwechat, Podersdorf und Ternitz liefert Loop21 nun eine WLAN-Glocke für Korneuburg. Die Zahl der Leute mit mobilen WLAN-Geräten wie Notebooks, Laptops, PDAs, Handys, MP3-Player oder iPhones steigt. Vom Jugendlichen bis hin zum „modernen“ Pensionisten sind heutzutage viele bereits ausgerüstet. Internet und soziale Netzwerke wie Facebook, Twitter etc. sind ein wesentlicher Bestandteil des täglichen Lebens. Das machen sich immer mehr Gemeinden zu Nutze. Besonders beliebt sind WLAN-Glocken an öffentlichen Plätzen wie Hauptplätzen, Einkaufsstraßen, Parks, Schwimmbädern u. ä. Durch die Technologie von WLAN



Besonders beliebt sind WLAN-Glocken an öffentlichen Plätzen wie Hauptplätze, Einkaufsstraßen, Parks, Schwimmbädern u. ä.

(Wireless LAN) kann jeder Benutzer sein eigenes Endgerät kabellos mit dem Internet verbinden und lossurfen!

(Gratis) Internet als innovatives Bürgerservice
Moderne Gemeinden bieten durch eine WLAN-Glocke öffentlichen Internetzugang

und punkten mit diesem innovativen Bürgerservice auch im Tourismus. Die Vorteile liegen auf der Hand: moderne Bürgerbindung, kostengünstige Anschaffung und Erhaltung, keine Grab- oder Bauarbeiten sowie die wesentlich geringere Produktion von Elektrosmog als Mobilfunknetze.

Beim Aufbau empfiehlt es sich, auf einen Partner zu bauen, der das Know-how liefert und den Betrieb übernimmt (rechtliche Absicherung, Vorratsdatenspeicherung). Der Vorreiter in Österreich ist der Kommunalpartner Loop21, der bereits in mehreren Gemeinden WLAN-Glocken aufbaut und betreibt.

Information

Loop21 Mobile Network GmbH (auch auf der **Kommunalmesse 2010** in Graz vertreten)
Tel.: 01/2929699 95
E-Mail: office@loop21.at
Web: www.loop21.at

E.E.

info: 01 / 2929699 95 | www.loop21.at

Loop21

**GRATIS
INTERNET
WLAN-GLOCKE**

auch in ihrer gemeinde?

Musik hören · Downloaden · E-Mails · Netzwerken
MSN · Recherchieren · Versteigern · Surfen · Flirten

Starterpaket ab 2.770 € www.loop21.at

E-Government: Österreich spielt eine der führenden Rollen in Europa

Das 21. Jahrhundert ist digital: Kommune – Österreich – Europa

Die 5. E-Government-EU-Ministerkonferenz fand Mitte November 2009 im schwedischen Malmö statt. Das Motto lautete „Teaming Up for the eUnion“ und die verabschiedete Ministerdeklaration beinhaltet, dass bis 2015 BürgerInnen und Unternehmen E-Government-Services erhalten, die nutzerzentriert sind, die Transparenz staatlichen Handelns erhöhen und den Zugang zu öffentlichen Informationen und die Partizipation am staatlichen Handeln erleichtern.

Christian Rupp

Viele Punkte wurden pro aktiv von Österreich eingebracht, denn es sind wesentliche Ziele, die das digitale Österreich schon seit langem verfolgt (www.digitales.oesterreich.gv.at). Sicherheit, Vertrauen, Datenschutz und Nachhaltigkeit sind wesentliche Elemente der EU-Ministererklärung von Malmö. Die erforderlichen Basisdienste und Voraussetzungen (elektronische Signaturen, elektronische Identitäten etc.) wurden explizit verankert. Auch hier hat Österreich wichtige Vorarbeiten geleistet und bietet viele Module und Standards innerhalb der EU als führender Partner an (siehe www.ref.gv.at, www.egovlabs.gv.at, www.buergerkarte.at). Österreich präsentierte bei der Ministerkonferenz auch die qualifizierte elektronische Signatur am Handy. Diese wurde im Rahmen des „EU-STORK-Projekts“ entwickelt und wesentlich von der EU-Kommission unterstützt. Mit der einfachen und leicht in anderen Staaten einzuführenden Neuentwicklung bekommt das digitale Europa nun einen bedeutenden Schub aus Österreich.



Mehr als die Hälfte der österreichischen Gemeinden sind Partner von HELP.gv.at und täglich werden es mehr.

Prof. DI Dr. Reinhard Posch, CIO des Bundes und Leiter der österreichischen Delegation in Malmö: „Ich denke, dass die mobile Signatur ein wesentlicher Beitrag zu vertrauenswürdigem und sicherem, aber gleichzeitig auch einfachem und nutzerfreundlichem E-Government und Internet ist. Mit diesem Schritt hoffen wir auch, mehr Synergien zwischen E-Government und Anwendungen der Wirtschaft zu erreichen. Die Verbreitung und

Die Verbreitung und Flächendeckung des E-Government-Angebotes muss im Vordergrund stehen, der Nutzen für Bürgerinnen/Bürger und Wirtschaft erkennbar und spürbar sein.

Prof. DI Dr. Reinhard Posch, CIO des Bundes und Leiter der österreichischen Delegation in Malmö

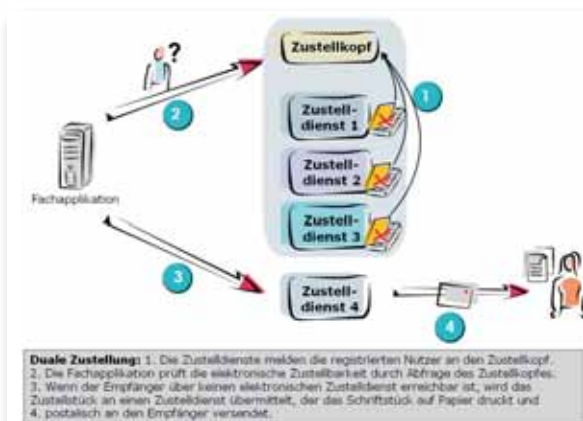


Flächendeckung des E-Government-Angebotes muss im Vordergrund stehen, der Nutzen für Bürgerinnen/Bürger und Wirtschaft erkennbar und spürbar sein.“

In Malmö wurde auch das neue E-Government-EU-Ranking präsentiert. Die 8. Erhebung der „Online-Verfügbarkeit der Dienstleistungen der öffentlichen Hand“ bestätigte dabei erneut die Vorreiterrolle Österreichs in Europa. Österreich ist seit 2006 an der Spitze der EU-Länder und erreicht 100 Prozent beim Indikator „full online availability“. Mit 2009 haben erstmals auch Malta, Portugal und das Vereinigte Königreich zu Österreich aufgeschlossen.

Bei der webbasierten Untersuchung der EU wurden vom Beratungsunternehmen Cap Gemini mehr als 10.000 öffentliche Webseiten untersucht und bewertet. Beim Indikator „Benutzerorientiertes Portal-Design“ erreicht Help.gv.at im neuen EU-Benchmarking 100 Prozent aufgrund seiner Strukturierung nach Lebenslagen, Zielgruppen und Themengebieten. **MyHelp.gv.at** wird bei den Entwicklungstrends als Vorzeigebispiel für die Personalisierung von Angeboten hervorgehoben. Bezüglich Barrierefreiheit werden Österreichs Bemühungen und Spitzenwerte besonders hervorgehoben. Einzig die Niederlande erreichen ebenfalls die höchste Stufe beim Accessibility-Test. Mehr als die Hälfte der österreichischen Gemeinden sind Partner von HELP.gv.at. Diese Partnerschaft ist eine einfache Möglichkeit für Städte, Gemeinden und Bezirksverwaltungsbehörden, ihre Präsenz im Internet zu erhöhen, ihren Service für Bürger und Bürgerinnen zu ver-

Bei der webbasierten Untersuchung der EU wurden vom Beratungsunternehmen Cap Gemini mehr als 10.000 öffentliche Webseiten untersucht und bewertet. Beim Indikator „Benutzerorientiertes Portal-Design“ erreicht Help.gv.at im neuen EU-Benchmarking 100 Prozent aufgrund seiner Strukturierung nach Lebenslagen, Zielgruppen und Themengebieten. **MyHelp.gv.at** wird bei den Entwicklungstrends als Vorzeigebispiel für die Personalisierung von Angeboten hervorgehoben. Bezüglich Barrierefreiheit werden Österreichs Bemühungen und Spitzenwerte besonders hervorgehoben. Einzig die Niederlande erreichen ebenfalls die höchste Stufe beim Accessibility-Test. Mehr als die Hälfte der österreichischen Gemeinden sind Partner von HELP.gv.at. Diese Partnerschaft ist eine einfache Möglichkeit für Städte, Gemeinden und Bezirksverwaltungsbehörden, ihre Präsenz im Internet zu erhöhen, ihren Service für Bürger und Bürgerinnen zu ver-



Die elektronische Zustellung ist ein weiterer wesentlicher Bestandteil einer modernen und serviceorientierten Verwaltung.

bessern und von Spezialisten entwickelte und bewährte Online-Amtswege anzubieten.

Duale Zustellung ist Kostenreduktion

Die elektronische Zustellung ist ein weiterer wesentlicher Bestandteil einer modernen und serviceorientierten Verwaltung. Auf Seiten von Privatpersonen und Unternehmen wird die Abholung von zugestellten Dokumenten rund um die Uhr, sieben Tage pro Woche möglich. Das spart Zeit und erhöht den Komfort. Die dafür notwendige vorgelagerte Zustellkopfabfrage ist kostenfrei. Durch diese Regelung wird sichergestellt, dass die BenutzerInnen wie auch in der „Papierwelt“ nur einen elektronischen „Postkasten“ haben müssen, in dem sie sämtliche Zustellstücke in Empfang nehmen können.



Christian Rupp ist Exekutivsekretär des IKT-Boards im Bundeskanzleramt

Studie zu E-Government in den Gemeinden

Gemeinden sind stark im www

Im Auftrag von Bundeskanzleramt und Gemeindebund erhob die Donau-Universität Krems 2009 den aktuellen Status quo des E-Governments in den österreichischen Gemeinden.

Ergebnisse 2008/2009: Nahezu alle Gemeinden verfügen über einen eigenen Internetauftritt, wovon die Hälfte der Webseiten „barrierefrei“ gestaltet ist. Formulare haben inzwischen eine beinahe ebenso hohe Verbreitung, bereits drei Viertel der Gemeinden bieten ihren BürgerInnen diesen Service an. Besonders erfreulich ist die stark gestiegene Verbreitung der Bürgerkarte innerhalb der Verwaltung. Ebenso hat die Nutzung der kostenfreien HELP-Dienste stark zugenommen: sie liegt bei ca. 50 Prozent.

Allerdings führt mehr als die Hälfte der Gemeinden keine Datensicherungen durch. Einsatz von IT und Verwaltungsreformprojekte haben auf der Gemeindeebene zu einer Reduktion des Personalstands von 2002 auf 2008 um 18,5 Prozent geführt.

Potenziale aus Gemeindesicht: Neben der quantitativen Datenerhebung wurden auch Verbesserungsvorschläge von Gemeindebediensteten erhoben, die ein hohes Einsparungspotenzial in der internen Kommunikation durch Nutzung von E-Mails zwischen Gemeinden, Ländern und Ministerien orten.

Aktuell werden sensible Verfahren sowohl postalisch als auch digital verschickt und müssen doppelt erfasst werden. Weiters wurde der Ausbau von zentralen Registern und die Verbesserung der Datenqualität und der Usability der vorhandenen Register gefordert. Im Bereich der Meldepflichten finden sich vor allem in den Bereichen Tourismus, Wahlen und Finanz größere Optimierungsmöglichkeiten.

Potenziale auf Basis der Analyse der Umfragedaten: Das Webseitenangebot ist bereits sehr gut ausgebaut. Potenziale finden sich noch bei der Verwendung der GV-Domäne und im Ausbau des barrierefreien Angebots. Der größte Verbesserungsbedarf besteht aber in der internen Kommunikation zwischen den Behörden. Basis dazu ist die Nutzung der Amtssignatur für sensible Dokumente – einfache Lösungen und Schulungen zum Einsatz der Amtssignatur sind dafür notwendig. Neben signierten Dokumenten ist aber auch eine sichere und nachweisliche Zustellung zu gewährleisten.

Mag. Dr. Peter Parycek, MAS:
Leiter des Zentrums für E-Government der Donau-Universität Krems und E-Government-Projektleiter im Bundeskanzleramt; Vorsitzender der Projektgruppe E-Democracy & E-Participation und Vorsitzender der Projektgruppe E-Gov. Schulung



**BEREIT
FÜR MORGEN**

DEMOGRAFISCHER WANDEL, Fachkräftemangel, Lebensarbeitszeitkonten und leistungsbezogene Entgeltbestandteile: Die Personalabteilungen von Verwaltungen stehen vor großen Herausforderungen. P&I stellt hierfür die passende Lösung bereit: den P&I HR-Leitstand, die zentrale Stelle personalwirtschaftlicher Informationen, die eine kennzahlengestützte Prozessbeobachtung ermöglicht. **PI-AG.COM**

P&I

Your partner for integrated HR solutions

E-Government-Anwendungen machen Beteiligung der Menschen leichter

Das neue Rathaus im Web 2.0

Die Gemeinde ist jene Verwaltungsebene in Österreich, die den BürgerInnen am nächsten ist. Der traditionelle Amtsweg kann mit Hilfe von E-Services für BürgerInnen, aber auch für die Verwaltung vereinfacht werden.

Mag. Michael Sachs

In großen Gemeinden ist die Verwendung des Internets als Informations- und Kommunikationskanal bereits unumgänglich geworden, aber auch in kleinen Gemeinden können über das Internet weitere Personengruppen

Durch Veröffentlichen von Sitzungsprotokollen wird die Gemeinde-Website zur virtuellen Abbildung des Rathauses, das sämtlichen BürgerInnen 24 Stunden täglich offen steht.

am politischen Geschehen teilhaben.

Nicht alle Menschen können an kommunalen Veranstaltungen

teilnehmen, da diese zeitlich und örtlich begrenzt sind. Das Veröffentlichen von Sitzungsprotokollen auf der Website der Gemeinde schafft nicht nur Transparenz, es ermöglicht den BürgerInnen auch Entscheidungsprozesse nachzuvollziehen und zu kommentieren. Die Gemeinde-Website wird dadurch zur virtuellen Abbildung des Rathauses, das sämtlichen BürgerInnen 24 Stunden täglich offen steht.

Beteiligung der Bürger

„Web 2.0“ beschreibt eine neue Form der Internetnutzung. In-

Dr. Peter Parycek, Leiter des Zentrums für E-Government an der Donau-Uni Krems

Größtes Potenzial liegt in der Kommunikation

In kleinen Gemeinden funktionieren die traditionellen Strukturen ausgezeichnet. Wieso sollten sich diese Gemeinden mit E-Government auseinandersetzen?

Die Digitalisierung hält auch vor den kleinen Gemeinden nicht an. Zahlreiche zentrale Anwendungen auf Bundes- oder Landesebene müssen von den Gemeinden verwendet werden. Die E-Mail-Kommunikation hat sich auch in den Kleinstgemeinden etabliert. Daher müssen sich die Gemeinden mit den rechtlichen Rahmenbedingungen auseinandersetzen und auch den technischen Überblick haben, um die Potentiale der IT in allen Bereichen nutzen zu können.

Welche E-Services müssen Ihrer Meinung nach von Seiten der Verwaltung ausgebaut werden?

Das größte Potenzial liegt in der internen Kommunikation zwischen den Behörden. Täglich werden nach wie vor Schriftstücke via Post durch Österreich geschickt, was in einer vernetzten digitalen Verwaltung ana-

chronistisch ist. Daher muss die ausschließliche digitale Versendung im Rahmen der Verwaltungsreform normiert werden.

Welche Maßnahmen sind notwendig, damit Österreich seine Vorreiterrolle im Bereich E-Government innerhalb der EU kurz- und mittelfristig behält?

Die Nutzungsfrequenz der Services muss insbesondere im Unternehmensbereich erhöht werden, dazu sollten gemeinsam mit der WKÖ und der IV Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen zu den E-Potenzialen, der E-Signatur und der E-Zustellung durchgeführt werden. Auch die Wirtschaft könnte beim Porto jährlich Millionen einsparen.

Wie hängen Verwaltungsreform und E-Government zusammen?

Gerade die aktuelle Verwaltungsreform sollte

sich viel stärker an den aktuellen IT-Potenzialen orientieren. Einsparungspotenziale können nur genutzt werden, wenn die Personen in den Fachabteilungen der Gemeinden, Länder und Bundesministerien Wissen im Bereich der Technik, der Organisation und des Rechts haben. Gerade an der technischen Übersicht fehlt es aber in der Regel. Diese Defizite können nur durch Schulungsmaßnahmen behoben werden. Dazu bieten wir gemeinsam mit der Verwaltungsakademie des Bundes und den Kommunalakademien Weiterbildungsprogramme an, die von eintägigen Schulungen bis hin zu Lehrgängen zu E-Government reichen.

Die Digitalisierung hält auch vor den kleinen Gemeinden nicht an. Zahlreiche zentrale Anwendungen auf Bundes- oder Landesebene müssen von den Gemeinden verwendet werden.

Dr. Peter Parycek über Gründe, warum Gemeinden mit der Zeit gehen sollten



ternetanwendungen, die auf Interaktion und Involvierung mehrerer Menschen abzielen, bieten jeder Person mit Internetzugang die Möglichkeit, Informationen auszutauschen, sich in Diskussionen einzubringen oder gemeinschaftlich Projekte zu gestalten. Durch Internetplattformen wie zum Beispiel Facebook können mit nur wenigen Mausklicks Interessensgruppen gebildet werden, die sich einem bestimmten Ziel widmen.

In Gemeinden können neue Internetanwendungen wie Wikis dazu beitragen, Bürgerinnen und Bürger aktiv in demokratische Prozesse einzubinden, um deren Wissen und Engagement für die Gemeinde zu nutzen.

In Gemeinden können neue Internetanwendungen wie Wikis dazu beitragen, Bürgerinnen und Bürger aktiv in demokratische Prozesse einzubinden, um deren Wissen und Engagement für die Gemeinde zu nutzen.

E-Partizipation auf kommunaler Ebene

Die EU hat in mehreren Pilotprojekten versucht, die Bevölkerung via Internet an politischen und demokratischen Prozessen teilhaben zu lassen. Die Auswertung dieser Beteiligungsprojekte hat klar gezeigt, dass E-Partizipation am besten auf kommunaler und regionaler Ebene funktioniert, da sich hier BürgerInnen bei konkreten Projekten, wie zum Beispiel der Raumplanung, einbringen können.



Mag. Michael Sachs ist Mitarbeiter im Zentrum für E-Government der Donau-Universität Krems

Strategien und Ausbildungsmöglichkeiten

E-Government für Entscheider

Der Einsatz moderner Technologien ist aus der Verwaltung heute nicht mehr wegzudenken. Österreich hat bei elektronischen Services bereits einen sehr hohen Grad der Umsetzung erreicht. Fast alle 2358 Gemeinden bieten Angebote im Internet, Tendenz steigend.

Mag. Judith Schoßböck

Ein Handbuch der Donau-Universität Krems stellt Möglichkeiten elektronischer Verwaltung für Gemeinden vor und liefert Informationen aus dem Bereich E-Government speziell für EntscheidungsträgerInnen. Aktuelle Weiterbildungsangebote sichern die neuen Qualitätsansprüche in der Verwaltung. Österreich ist dreimal in Folge als E-Government-Europameister aus dem E-Government-Bench-

marking der Europäischen Kommission hervorgegangen. Um den bisher eingeschlagenen Innovationskurs beizubehalten, sind Weiterbildungsangebote und Informationen für EntscheidungsträgerInnen von zentraler Bedeutung. Wie die Gemeindestudien der Donau-Universität und Umfragen in Kooperation mit Statistik Austria zeigen, führt knapp die Hälfte der Gemeinden keine Datensicherungen durch. Mit zunehmender Digitalisierung der Ver-

Fakt-Box: Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich E-Government

Seminare der Verwaltungsakademie des Bundes im Schloss Laudon;
Arbeitsweise: Vortrag, Diskussion und praktische Übungen
Zielgruppe: Alle Beschäftigten auf Ebenen der Verwaltung
Inhalte: Grundlagen und praktische Anwendungen des E-Governments, HELPv.at und Registration Officer, Ausbildung zum Registration Officer für eCards, barrierefreies Web-Design
Informationen und Website: www.vab.gv.at

E-Government-Ausbildung an der Donau-Universität Krems
Abschluss: Master of Science – MSc, **Start: 4. November 2010**
Zielgruppe: Führungs(-nachwuchs-)kräfte der österreichi-

schen Verwaltung, Körperschaften, Sozialpartner und Non-Profit-Organisationen;
Führungs(nachwuchs)kräfte aus der Wirtschaft oder UniversitätsabsolventInnen.
Inhalte: Innovative Lösungen im internen Behördenbereich sowie in der Kommunikation zwischen Bürger und Staat, Grundlagen der Informations- und Kommunikationstechnik, ausgewählte Rechtsbereiche, E-Government, Anwendungsbereiche und Managementwissen
Informationen und Website: www.donau-uni.ac.at/e-gov

Aktuelle Informationen zum Thema „Digital Government“:
<http://digitalgovernment.wordpress.com/>

Um E-Government-Prinzipien und -Module sowie die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu vermitteln, bietet die Donau-Universität Krems zahlreiche Weiterbildungsangebote an.

waltung wird sowohl das Sicherheitsproblem als auch der Bedarf an Schulungen aktueller denn je. Eine der wesentlichsten zukünftigen Aufgaben ist außerdem die Umsetzung der Barrierefreiheit. In der Öffentlichkeit und Verwaltung hat ein Paradigmenwechsel stattgefunden: Zu den neuen Merkmalen zählen Effizienz, Schnelligkeit, Flexibilität und Sicherheit. Das hat ein klares Umdenken zur Folge: Digitale Akten und Dokumente können wie Papier authentische Quellen darstellen. Auch die Fähigkeiten zur Nutzung der Angebote müssen gefördert werden. In diesem Sinne lässt sich Weiterbildung als die tragende Säule des österreichischen E-Governments verstehen. Informations- und Schulungsangebote müssen zielgruppenorientiert für BürgerInnen,



Mag. Judith Schoßböck ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Zentrum für E-Government der Donau-Uni Krems

MitarbeiterInnen und EntscheidungsträgerInnen aufbereitet werden.

Weiterbildungsmöglichkeiten und Handbuch

Um die E-Government-Prinzipien und -Module sowie die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu vermitteln, bietet die Donau-Universität Krems zahlreiche Weiterbildungsangebote an. Kostenfreie E-Government-Seminare der Verwaltungsakademie des Bundes oder ein E-Learning-Projekt mit der Stadt Wien, bei dem Inhalte für VerwaltungsmitarbeiterInnen elektronisch aufbereitet wurden, sind einige der laufenden Aktivitäten (Informationen siehe Infobox). Als weiterer Baustein erscheint nun im Auftrag des Bundeskanzleramtes und in Kooperation mit dem Gemeindebund das Handbuch E-Government für EntscheidungsträgerInnen, das sich an AmtsleiterInnen bzw. Personen in Leitungsfunktionen wendet.

E-Government-Strategien auf Gemeindeebene

Das Handbuch bietet einen Überblick über die österreichische und europäische E-Government-Strategie und deren Herausforderungen. Die tragenden Konzepte – elektronische Signatur, BürgerInnenkarte, Zustellung, E-Government-Gütesiegel sowie die Situation in den Gemeinden – werden vorgestellt. Ein weiteres Augenmerk liegt auf der Entwicklung von E-Government-Strategien für Gemeinden sowie der Umsetzung im Front- und Back-Office. Rechtliche und technische Zusatzinformationen sowie praxisrelevante Hinweise werden in Info-Boxen dargestellt. Die Veröffentlichung erleichtert somit Personen in Leitungsfunktionen, sich in die Materie E-Government zu vertiefen und MitarbeiterInnen und BürgerInnen an zukunftsweisende Services heranzuführen.

Erscheinungstermin:

ADV E-Government-Konferenz 2010, 16. Juni 2010

Fokus Trinkwasser

ÖVGW-Ausbildungsprogramm auf Top-Niveau

Nur fachgerecht ausgebildetes Personal kann den immer größer werdenden Ansprüchen im Trinkwassersektor gerecht werden. Dies haben Österreichs Wasserversorger erkannt und setzen – besonders wenn es um eine solide Aus- und Weiterbildung geht – auf die Kompetenz der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW). Beweis dafür ist nicht zuletzt die ständig steigende Zahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Wassermeisterschulung und Spezialseminare

Unter den zahlreichen, auf die Bedürfnisse der Wasserversorger abgestimmten Seminaren sind die Wasser-



meisterschulungen hervorzuheben. Diese Intensivschulungen zur Wasserversorgung sind die ideale Vorbereitung auf das gemäß Trinkwasserverordnung als Nachweis der fachgerechten Schulung anerkannte Wassermeister-Zertifikat und werden in ganz Österreich angeboten.

Nicht minder anerkannt sind die ÖVGW-Spezialseminare, die das gesamte Spektrum, von der Trinkwasser-Desinfektion über die Sanierung von Behäl-

tern bis hin zur effizienten Führung eines Wasserversorgungsbetriebes, abdecken. Die Schulungsinhalte sind dabei stets auf die Anforderungen der Praxis abgestimmt und zum Teil auch mit praktischen Übungen verbunden.

Kongress und Fachmesse Gas Wasser

DIE Veranstaltung der Branchen Gas und Wasser ist aber jedenfalls der Kongress mit Fachmesse Gas Wasser.

Die ÖVGW erwartet dazu am **19. und 20. Mai 2010** rund 750 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Messestadt Wels. Neben zahlreichen aktuellen Vorträgen werden hier im Rahmen einer umfangreichen, in Österreich in diesem Umfang einzigartigen Fachmesse modernste technische Produkte präsentiert, die im Bereich der Gas- und Wasserversorgung ihre Verwendung finden.

Information

ÖVGW
Schubertring 14
1010 Wien
Tel.: 01/513 15 88-0
E-Mail: office@ovgw.at
Web: www.ovgw.at



Wohnbauförderung funktioniert immer noch als Konjunkturstütze

Sanierung und Renovierung werden auch 2010 im Trend sein

Leicht steigende Förderungszusicherungen im großvolumigen Wohnbau, der Abwärtstrend bei Eigenheimen setzt sich fort: Österreichweit wurden 2008 – das letzte Jahr mit gesicherten Zahlen – für 34.400 Wohneinheiten Förderungen zugesichert.

Dr. Wolfgang Amann

34.400 Wohneinheiten sind um 1200 Einheiten weniger als 2007 (minus drei Prozent). Einem moderaten Anstieg im Geschosswohnbau von 22.300 auf 23.100 (plus vier Prozent) stand demnach ein deutlicher Rückgang bei den Eigenheimen von 13.400 auf 11.400 Zusicherungen (minus 15 Prozent) gegenüber. Positive Akzente setzten vor allem das Burgenland mit 2670 Zusicherungen (38 Prozent über dem Zehn-Jahres-Durchschnitt), Tirol mit 3140 Zusicherungen (zwei Prozent über dem Zehn-Jahres-Durchschnitt) und Kärnten mit 2280 Zusicherungen (fünf Prozent über dem Zehn-Jahres-Durchschnitt).

Die Länder haben mittlerweile ihre Sanierungsförderungen attraktiver gestaltet und gleichzeitig auf thermisch anspruchsvollere Modelle umgestellt.



Dr. Wolfgang Amann ist Leiter des IIBW-Instituts für Immobilien, Bauen und Wohnen, amann@iibw.at

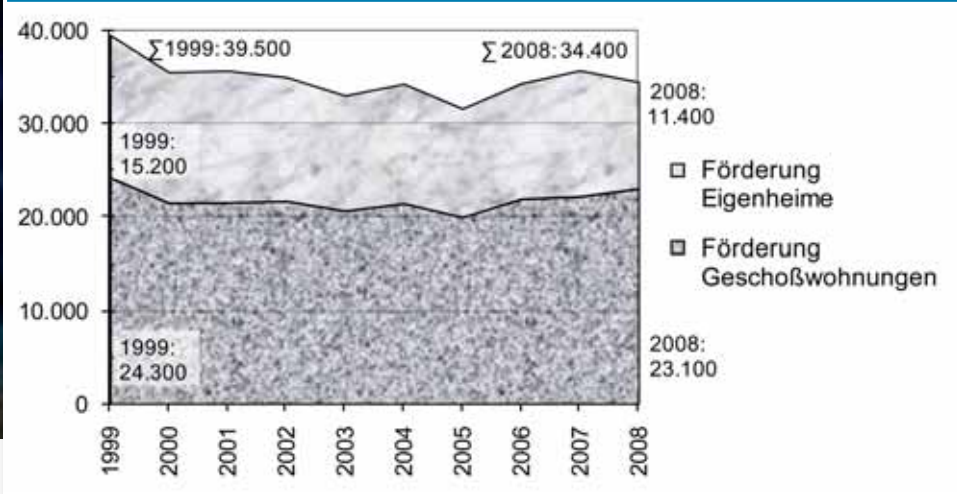
Stabil entwickelte sich Wien mit 6240 Zusicherungen (14 Prozent über dem Zehn-Jahres-Durchschnitt) und Salzburg mit 1630 Zusicherungen (ein Prozent unter dem Zehn-Jahres-Durchschnitt). Leicht rückläufige Zahlen werden für Niederösterreich mit 7320 Zusicherungen (neun Prozent unter dem Zehn-Jahres-Durchschnitt) und Oberösterreich mit 5600 Zusicherungen (ein Prozent über dem Zehn-Jahres-Durchschnitt) gemeldet. Deutlich rückläufig waren die

Förderungszusicherungen in Vorarlberg mit 1470 Zusicherungen (13 Prozent unter dem 10-Jahres-Durchschnitt) und in der Steiermark (24 Prozent unter dem Zehn-Jahres-Durchschnitt). Der Geschosswohnbau entwickelte sich vor allem im Burgenland, in Tirol und Kärnten positiv, deutlich rückläufig demgegenüber in der Steiermark, Vorarlberg und Salzburg. Im Eigenheimsektor erreichten das Burgenland, Kärnten und Salzburg eine stabile Entwicklung. Deutliche Rückgänge gab es in Wien, Vorarlberg, Tirol und in der Steiermark. In Oberösterreich führte 2007 eine Ausweitung der Eigenheimförderung zu einer Zunahme der Zusicherungen um fast zwei Drittel. 2008 fielen sie aber wieder auf den langjährigen Durchschnitt.

Die Wohnbauförderung als Konjunkturstütze

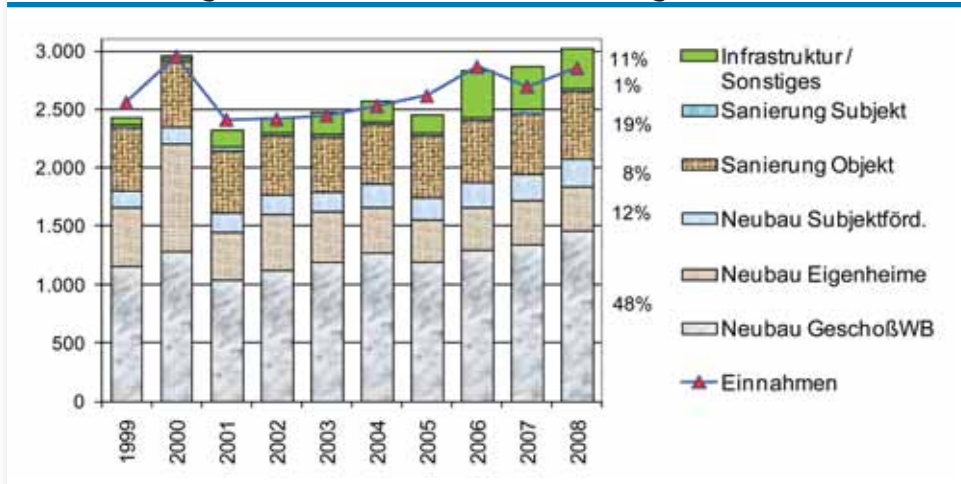
Die Förderungsaktivitäten der Länder standen 2008 im Zeichen der Krisenbewältigung. Ange-

Grafik 1: Förderungszusicherungen in Zehn-Jahres-Perspektive



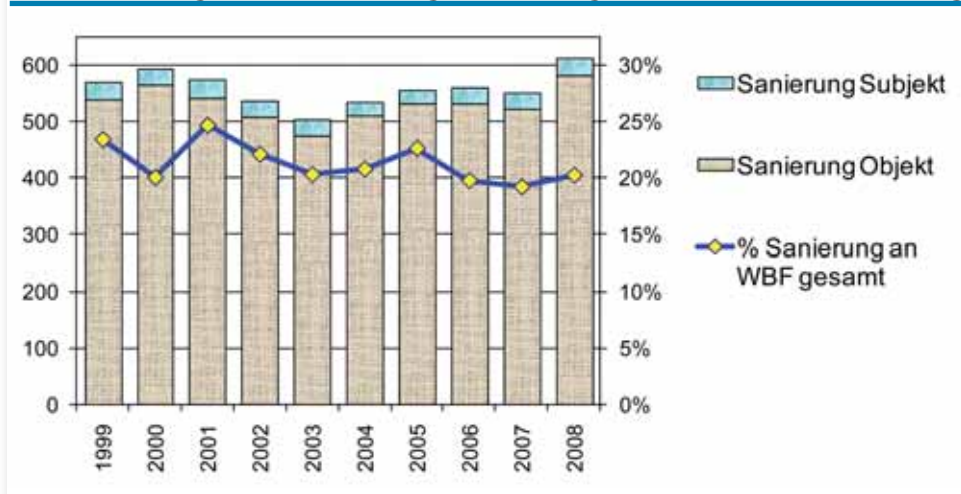
Quelle: Förderungsberichte der Länder, BMF

Grafik 2: Ausgaben der Wohnbauförderung, nominell



Quelle: Förderungsberichte der Länder, BMF, IIBW

Grafik 3: Ausgaben Sanierungsförderung, nom. und anteilmäßig



Quelle: Förderungsberichte der Länder, BMF, IIBW

Nach Jahren der Stagnation erlebte die Sanierungsförderung 2008 einen starken Impuls mit elf Prozent auf Förderungsausgaben von 612 Millionen Euro – ein Trend, der auch künftig bestimmend sein wird.

sichts schwieriger werdender Finanzierungsbedingungen am Kapitalmarkt signalisierten die Länder den Förderungsnehmern Konstanz. Bei der bankmäßigen Beurteilung einer Wohnbaufinanzierung hat die Wohnbauförderung einen ähnlichen Stellenwert wie Eigenkapital. Sie bringt dadurch den doppelten Nutzen der Liquidität und der besseren Position für die Bankfinanzierung.

Die Wohnbauförderung wurde von einigen der Länder aktiv als Instrument zur Stützung der strauchelnden Konjunktur eingesetzt. Während die Anzahl der Förderungszusicherungen österreichweit leicht sank, erreichten die nominellen Förderungsausgaben einen Höchststand. Insgesamt stiegen die Wohnbauförderungsausgaben um fünf Prozent und überschritten damit erstmals die Drei-Milliarden-Grenze (3,02 Milliarden).

Der Ausgabenanstieg kam dem Neubau zugute (plus sechs Prozent), vor allem aber der Sanierung (plus elf Prozent). Sonstige Ausgaben (nicht wohnbaurelevante Ausgaben v. a. für Infrastruktur), die in den vergangenen Jahren besonders stark zugelegt haben, gingen 2008 hin-

gegen zurück (minus sieben Prozent).

Besonders positiv entwickelten sich die Förderausgaben in Salzburg (aufgrund der Umstellung auf einen Wohnbaufonds, mit dem die Baukosten zu 100 Prozent finanziert werden), Niederösterreich (nach einem Einbruch 2007), Tirol und Kärnten (aufgrund der gesteigerten Bauleistung) sowie in der Steiermark (aufgrund der steigenden Verpflichtungen aus alten Anuitätzuschuss-Förderungen). Förderausgaben unter dem langjährigen Durchschnitt weist einzig Oberösterreich auf.

Die Ausgaben für Neubauförderungen lagen mit 2,07 Mrd. um zehn Prozent über dem Zehnjahres-Durchschnitt und stiegen



Einen besonders hohen Stellenwert nimmt die Sanierungsförderung in Wien (30 Prozent der Förderausgaben), der Steiermark (28 Prozent) und in Niederösterreich (23 Prozent) ein.

Seit 2007 liegt die Verantwortung für den Mitteleinsatz für die Wohnbauförderung ausschließlich bei den Ländern. 2008 ist damit auch das letzte Jahr, für das detaillierte Daten zur Verfügung stehen.

damit auf ein bisher nur Mitte der 1990er-Jahre erreichtes Niveau. Vor allem die Objektförderung für Geschosswohnbauten legte stark zu (18 Prozent über dem Zehnjahres-Durchschnitt). 60 Prozent der Förderausgaben gingen in die Objektförderung des Neubaus, 19 Prozent in die Sanierung (objektseitig), neun Prozent in die Wohnbeihilfe und die verbleibenden elf Prozent in nicht wohnbaurelevante Maßnahmen (z. B. Infrastruktur, siehe Grafik 2).

Die Einnahmen der Wohnbauförderung deckten bereits im zweiten Jahr in Folge die Ausgaben nicht. Bei Einnahmen von 2,86 Milliarden Euro, die vor allem aus Zweckzuschüssen des Bundes und Rückflüssen stammten, klappte eine Deckungslücke von rund 170 Millionen Euro.

Sanierungsausgaben ziehen an

Nach Jahren der Stagnation erlebte die Sanierungsförderung 2008 einen starken Impuls mit elf Prozent auf Förderaus-

gaben von 612 Millionen Euro. Damit ist der Anteil der Sanierung (Objekt- und Subjektförderung) an den gesamten Förderausgaben erstmals seit mehreren Jahren gestiegen und übersteigt wieder die 20-Prozent-Marke (Grafik 3). Einen besonders hohen Stellenwert nimmt die Sanierungsförderung in Wien (30 Prozent der Förderausgaben), der Steiermark (28 Prozent) und in Niederösterreich (23 Prozent) ein. Unterdurchschnittliche Werte erreichen Salzburg (acht Pro-

Im Herbst 2008 unterzeichneten die Länder und der Bund eine Vereinbarung mit dem Ziel, die Wohnbauförderung in den Dienst des Klimaschutzes zu stellen. Dies führt insbesondere bei der Sanierungsförderung zu starken Impulsen.

zent, allerdings bei einer Verdoppelung gegenüber 2007), das Burgenland und Tirol (beide mit stark rückläufiger Tendenz gegenüber 2007). Die finanzielle Gebarung der Wohnbauförderung reflektiert

damit das bereits seit einigen Jahren wiederholt formulierte politische Bekenntnis zu einer Sanierungsoffensive. Im Herbst 2008 vereinbarten die Länder und der Bund Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes von Treibhausgasen. Sie legt verbesserte thermische Standards im Neubau und die Forcierung von umfassenden thermischen Sanierungen fest. Alle Länder haben mittlerweile ihre Sanierungsförderungen attraktiver gestaltet und gleichzeitig auf thermisch anspruchsvollere Modelle umgestellt.

Wohnbeihilfe steigt moderat

Nachdem sich die Wohnbeihilfe zwischen Mitte der 1990er-Jahre und 2006 verdoppelt hat, steigt sie seit zwei Jahren nur leicht an. Der starke Anstieg bis 2006 resultierte vor allem aus der Entwicklung der sogenannten „allgemeinen Wohnbeihilfe“, das heißt der Subjektförderung auch für private Mietwohnungen. Während die „klassische“ Wohnbeihilfe für objektgeförderte

Wohnungen nur langsam weiter stieg, erreichte die allgemeine Wohnbeihilfe weiterhin hohe Wachstumsraten. Zusammen erreichen sie mittlerweile elf Prozent der gesamten Förderungsausgaben. Die Wohnbeihilfe hat einen besonders hohen Stellenwert in Oberösterreich (23 Prozent der Förderungsausgaben), der Steiermark (15 Prozent) und Wien (13 Prozent). Eine Mittelverlagerung zur Subjektförderung birgt ein Risiko für die Wohnbauförderung, da sie einerseits keine direkten baurelevanten Impulse auslöst und andererseits die finanziellen Mittel langfristig bindet.

Umbau der Wohnbauförderung mit großem Risiko

Zwei kürzlich erfolgte Maßnahmen werden die Wohnbauförderung dauerhaft verändern. Ihre langfristigen Auswirkungen sind kaum abschätzbar, sie können zu nachhaltiger Effizienzsteigerung oder aber zur langfristigen Auslöschung dieses wichtigen wirt-

schafts- und sozialpolitischen Instruments führen.

Mit dem 2007 ausverhandelten Finanzausgleich für die Periode 2008 bis 2013 entfiel die Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel des Bundes. Die zweckgebundenen Zuschüsse wurden in normale Steuererträge für die Länder umgewandelt.

Angesichts rückläufiger Steuererträge und umfangreicher auch neuer Aufgaben für die Länder (Grundsicherung) besteht ein hohes Risiko, dass die Länder die finanziellen Ressourcen der Wohnbauförderung entgegen ihrem Zweck verwenden.

Seit 2007 liegt die Verantwortung für den Mitteleinsatz für die Wohnbauförderung ausschließlich bei den Ländern. 2008 ist damit auch das letzte Jahr, für das detaillierte Daten zur Verfügung stehen. Angesichts rückläufiger Steuererträge und umfangreicher auch neuer Aufgaben für die Län-

der (Grundsicherung) besteht ein hohes Risiko, dass die Länder die finanziellen Ressourcen der Wohnbauförderung entgegen ihrem Zweck verwenden.

Dies ist insofern problematisch, als erfolgreiche Wohnungspolitik Kontinuität verlangt. Einschnitte aufgrund kurzfristiger politischer Rationalität können sich langfristig höchst negativ auswirken mit unter Umständen irreversiblen Folgen für die soziale Ausgewogenheit, für Städte ohne Ghettos und für stabile Wohnungsmärkte ohne Spekulationsblasen.

Im Herbst 2008 unterzeichneten die Länder und der Bund eine Vereinbarung mit dem Ziel, die Wohnbauförderung in den Dienst des Klimaschutzes zu stellen (gem. Art. 15a B-VG). Dies führt insbesondere bei der Sanierungsförderung zu starken Impulsen. Die seit langem propagierte Schwerpunktverlagerung vom Neubau zur Sanierung könnte damit mittelfristig Realität werden. Die Auswirkungen von rückläufigem Neubau auf die Bauwirtschaft wären gravierend.

Gute Raumakustik in Schulen verbessert Lernerfolge

Für weniger Störgeräusche

Gute Raumakustik in Schulen verbessert die Sprachverständlichkeit und reduziert Störgeräusche. Dadurch werden Lernerfolge erhöht und die Nerven der Unterrichtenden geschont. Effiziente Schallabsorber in Form von Deckensegeln, Image-Absorbern oder verklebten Panelen ermöglichen optimale Raumakustik für alle Anwendungen entsprechend Ihren ästhetischen und budgetären Vorstellungen. Durch Nachhallzeitmessungen kann der akustische Status quo eines Raumes genau bestimmt, eine raumakustische Maßnahme optimal dimensioniert und ihr Effekt prognostiziert werden. Dadurch ist Ziegler Schallschutz in der Lage, Ihnen eine Gewährleistung bzw. der Effizienz einer

akustischen Maßnahme zu geben. Wir beraten Sie gerne und führen Ihr Akustik-Projekt von der Planung bis zur Montage durch. Weitere Informationen zu Produkten und Projekten: www.ziegler-schallschutz.at

Information

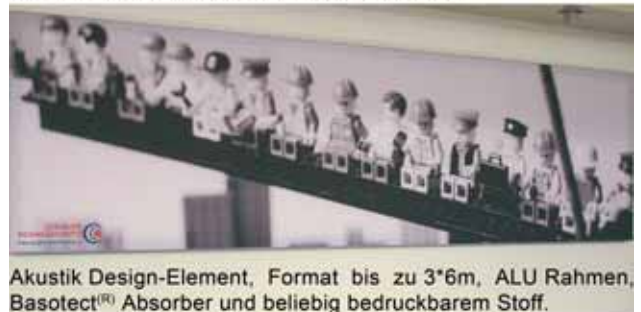
Ziegler Schallschutz GmbH
Akustik-Beratung,
Planung, Verkauf und
Montage
DI Dr. Thomas Ziegler
Internet:
www.ziegler-schallschutz.at
E-Mail: **office@ziegler-schallschutz.at**
Tel.: 0662/454 580,
Fax: 0662/454 58 04
Freyweg 12,
A-5101 Bergheim, Salzburg

E.E.

ZIEGLER
SCHALLSCHUTZ
INDUSTRIELLER SCHALLSCHUTZ - RAUMAKUSTIK
KÖRPERSCHALL - SCHWINGUNGSISOLIERUNG



Turnsaal mit verklebten Bastotect[®] Absorbern



Akustik Design-Element, Format bis zu 3*6m, ALU Rahmen, Bastotect[®] Absorber und beliebig bedruckbarem Stoff.

AKUSTIK BERATUNG - PLANUNG - VERKAUF - MONTAGE

Leasing ist dieser Tage wieder in aller Munde – gerade bei Gemeinden

Wachstumsauftrag mit breiter Palette an Möglichkeiten

Kommunal-Verlags-Geschäftsführer Michael Zimper interviewte Mag. Ewald Freund (Abteilungsleiter Immobilien und Strukturierte Produkte) und Mag. Alexander Schmidecker (CEO) von der BAWAG P.S.K. Leasing zum Thema Leasing im kommunalen Sektor. Das Angebot der BAWAG P.S.K.-Tochterfirma ist breit gefächert und bietet für kommunale Investitionen verschiedenste Varianten im Leasing-Bereich an.

Trotz Wirtschaftskrise hat die BAWAG P.S.K. Leasing für das Jahr 2010 ambitionierte Ziele: „Wir haben einen klaren Wachstumsauftrag“, wie Mag. Schmidecker untermauert. Die internen Umstrukturierungen der vergangenen Jahre führten zu einem beständigen Anstieg der Aufträge. Dies soll im neuen Jahr gefestigt und erweitert werden.

Warum sollen Gemeinden gerade jetzt investieren?

Mag. Schmidecker: „Die BAWAG P.S.K. hat die Kommunal-Milliarde ausgerollt und alleine im vergangenen Jahr fast 600 Millionen Euro an Neuausleihungen verzeichnen können. Wir sind am österreichischen Markt mit größeren und kleineren Projekten vertreten, wobei der Fokus künftig auf Projekte mit größerem Umfang gerichtet werden soll. Dafür haben wir österreichweit 15 Spezialisten, die vor Ort operieren und den Kontakt mit den Kunden halten. Wir sind überzeugt, dass es durchaus gute Geschäfte, auch in wirtschaftlich nicht ganz so rosigen Zeiten, gibt. Wir starten das neue Jahr mit einer Mailing-Aktion an über 4000 Gemeindevertreter in ganz Österreich.“

Mag. Freund: „Die BAWAG P.S.K. Leasing ist auch im Ausland tätig. Mit insgesamt 60 Personen sind wir in Polen, Ungarn,

Tschechien und der Slowakei vertreten. Österreichweit arbeiten 150 Personen für unser Angebot. Das reicht von Auto-Leasing bis hin zur Finanzierung von großen Projekten, wie Krankenhäuser oder andere kommunale Bauten.“

Was sind für Sie die wichtigsten Produkte im Bereich der Leasing-Finanzierung?

Mag. Freund: „Wir gehen auf alles zu, was Leasing-fähig ist. Klassische Gemeindefinanzierungen sind Feuerwehnhäuser, Gemeindeämter, Schulen und auch Kindergärten, aber genauso Mobilien oder Fuhrparks.“

Herr Freund, Sie leiten die Abteilung Strukturierte Produkte und Immobilien mit Produkten wie klassische Leasingfinanzierung, Operating Leasing, Cross-Border-Leasing. Dem Cross-Border-Leasing ist ja gerade während der Krise eine sehr negative Bedeutung zugekommen. Sollte man solche Produkte meiden?

Mag. Freund: „Wenn Sie bei uns Cross-Border-Leasing lesen, dann hat das nichts mit den in den Verruf geratenen US-Cross-Border-Finanzierungen zu tun. Wir waren in solche Geschäfte überhaupt nicht involviert.“

Mag. Schmidecker: „Wir strukturieren auch Leasing-Finanzierungen, die über Grenzen gehen, sprich nach Deutschland, in

die Schweiz und andere Länder. Große Risikogeschäfte waren nicht unser Thema.“

Sehr beliebt für Gemeinden, gerade in der jetzigen Konjunkturlage, ist das Sale & Lease Back-Modell. Unterstützen Sie die Gemeinden bei der Abwicklung?

Mag. Freund: „In der Regel werden die Gemeinden Kredite zurückführen, die möglicherweise höher verzinst sind als vor der Leasing-Finanzierung. Daneben gibt es einen Vorteil aus Sicht der Maastricht-Kriterien, wie die Senkung des öffentlichen Schuldenstandes.“

Wie geht's den österreichischen Gemeinden?

Mag. Schmidecker: „Ich denke, dass es den Gemeinden ähnlich geht wie anderen österreichischen Unternehmen. Es gibt Gemeinden, die den einen oder anderen Handlungsbedarf sehen. Die Aufgabe der Gemeinden gerade in wirtschaftlich turbulenten Zeiten, Investitionen zu tätigen, wird wahrgenommen. Das ist ein positives Signal. Wir als Leasing-Unternehmen haben die entsprechenden Mittel, hier die Gemeinden langfristig zu unterstützen.“

Sie verstärken das kommunale Leasing-Geschäft, worauf können sich Gemeinden dabei freuen?



Mag. Ewald Freund ist Leasing-Spezialist der BAWAG P.S.K. Leasing.



Mag. Michael Zimper, Mag. Alexander Schmidecker und Mag. Ewald Freund.

Mag. Schmidecker: „Wir sind sehr lange am Markt, haben über 20 Jahre Erfahrung und können die ganze Leasing-Produktpalette abwickeln. Das heißt vom einfachen Kfz-Leasing über Flotten-Management über das Mobilien-Leasing bis hin zum Immobilien-Leasing. Wir bieten einen umfassenden Dienstleistungsvorteil. Auch die baukaufmännische Abwicklung übernehmen wir für unsere Kunden. Wir prüfen und schließen die zum Bau gehörenden Werkverträge ab und prüfen die Rechnungen. Das Zahlungsmanagement läuft nicht über die Gemeinde, so können wir diese entlasten. Leasing hat eine sehr einfache und klare Struktur: die Kunden können sich oftmals Umsatzsteuer ersparen. Dazu sind wir direkt bei unseren Kunden vor Ort. Leasing ist ein Produkt, das, obwohl nur in Erlassform geregelt, steuerlich eine hohe Rechtssicherheit aufweist.“

Bieten Sie Produkte an, die mit Partnern umgesetzt werden?

Mag. Freund: „Natürlich haben wir bei verschiedenen Produkten Absatzpartner: So können zusätzlich attraktive Produkte samt Finanzierung für unsere Kunden angeboten werden.“

Wie sehen Sie die Rolle der Gemeinden in der lokalen Wirtschaft?

Mag. Schmidecker: „Durch die Summe der Gemeinden haben sie volkswirtschaftlich einen massiven Effekt. Trotzdem haben die Initiativen und Investitionen der Gemeinde lokale Beschränkungen. Eine Gemeinde, die einen Kindergarten oder ein Veranstaltungszentrum braucht

und auch errichtet, setzt ein Zeichen auf regionaler Ebene; Investitionen auf großer Ebene sind sicher im Straßenbau zu sehen, sowie im Energie-Bereich.“

Mag. Freund: „Vor allem alternativen Energien sind für Gemeinden besonders wichtig. In Tschechien haben wir derzeit einige sehr interessante Projekte, bei denen die Nutzung von Solarenergie im Vordergrund steht.“

Gibt es Risiken für Gemeinden bei Leasing-Finanzierungen?

Mag. Schmidecker: „Risiko entstand vor allem durch die US-Cross-Border-Finanzierungen. Dazu gab es Verträge, deren Seitenanzahl enorm war. Das waren Steueroptimierungsdeals, wo aber auch die österreichische Volkswirtschaft profitiert hat.“

Mag. Freund: „Leasing in Österreich ist in Erlassform geregelt und ist sicher. Ganz selten kommen Fälle ans Höchstgericht – und dann meist zu Recht.“

Mag. Schmidecker: „Unser Wunsch ist es, die Finanzierungen in der gleichen Währung zu machen, in der das Geld auch verdient wird.“

Wie wichtig ist Vertrauen in Zeiten einer Finanzkrise, eines einbrechenden Marktes?

Mag. Schmidecker: „Sehr, sehr wichtig, da ist die BAWAG P.S.K. Leasing ein optimaler Partner. Wir haben einen Wachstumsauftrag. Vertrauen heißt auch, dass wir mit unseren Kunden ganz klar über die Bedingungen sprechen. Das haben wir in der Vergangenheit so gemacht und werden das auch in der Zukunft so handhaben.“

Gibt es Altlasten aus der BAWAG-Affäre?

Mag. Schmidecker: „Es war sehr

interessant zu sehen, dass das Vertrauen zu uns so stark war und ist, dass wir keine Kunden verloren haben. Wir haben dank unseres neuen Eigentümers Cerberus sehr stark an Professionalität gewonnen. In der BAWAG P.S.K. Leasing haben uns die Skandale nicht geschadet, auch wenn ich das ursprünglich nicht für möglich gehalten hätte.

Der Wert eines Unternehmens liegt in seinen Mitarbeitern, das ist auch unserem Eigentümer sehr wichtig. Diese Strukturen zu zerstören, wäre ins eigene Fleisch schneiden.“

Haben Sie ein Wunschziel für das kommende Jahr?

Mag. Schmidecker: „Dass wir auch wahrgenommen werden, bei einer Ausschreibung sowie als Ansprechpartner bei Leasing-Geschäften. In der Vergangenheit haben wir da immer den guten, aber etwas unglücklichen vierten Platz am Markt gehabt. Die ersten drei Plätze peilen wir an, dahin wollen wir vordringen. Das wollen wir mit einem breit gefächerten Angebot und erweiterten Spektrum erreichen.“

Die BAWAG P.S.K. Leasing ist Universalist für alle Leasing-Anliegen, von Immobilien-Mobilien- und Kfz-Leasing bis hin zu Fuhrparkmanagement und Bau dienstleistungen. Die Kunden der BAWAG P.S.K. Leasing profitieren davon, dass die BAWAG P.S.K. Leasing flexibel genug ist, um individuelle Lösungen und persönlichen Service zu bieten. Aber gleichzeitig ist die BAWAG P.S.K. Leasing so effizient, dass sie Kostenvorteile für ihre Kunden produzieren kann. Das Unternehmen hat Niederlassungen in sieben Bundesländern, besteht seit 1979 und erwirtschaftete zuletzt ein Neugeschäftsvolumen von über 400 Millionen Euro.

Information

BAWAG P.S.K. Leasing
 Prok. Maria Auer
 Tel.: 01/369 20 20/600
maria.auer@leasing.at
 Prok. Ewald Freund
 Tel.: 01/369 20 20 /410
ewald.freund@leasing.at

Kommunalkredit reloaded: Kompetenzzentrum für das Kommunale

Bedürfnisse erkennen – Projekte ermöglichen

Die prognostizierte Haushaltsentwicklung zeigt, dass der künftige Investitionsbedarf nicht mehr alleine über den allgemeinen Haushalt gedeckt werden kann, sondern zunehmend Projektlösungen herangezogen werden müssen. Wie das geht, zeigen die Spezialisten der Kommunalkredit, Österreichs Bank für Infrastruktur.

Projektlösungen ermöglichen eine Entlastung des allgemeinen Haushalts, ohne dass notwendige Investitionen eingeschränkt oder gar zurückgestellt werden müssen.

Die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger der österreichischen Städte und Gemeinden sind umfangreich. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die Errichtung eines modernen Krankenhauses, um für Notfälle noch besser gerüstet zu sein, Pflegeeinrichtungen, Schulen und Kindergärten, ökologische Überlegungen bei kommunalen Neubauten, um ein nachhaltiges Ambiente zu schaffen, sind nur einige jener notwendigen Investitionen, die auch vor einem angespannten Haushaltsbudget keinen Halt machen.

Fokus auf drei Kernsegmente

Um diese Bedürfnisse noch kompetenter abdecken und die Städte und Gemeinden bei ihren Herausforderungen noch stärker unterstützen zu können, hat Österreichs Bank für Infrastruktur – die Kommunalkredit Austria – ihre Vertriebsstruktur auf diese Kundenbedürfnisse ausgerichtet. Insbesondere die Segmente Energie & Umwelt, Verkehr und Soziale Infrastruktur ergänzt durch die Infrastrukturberatung stehen dabei im Fokus der Tätigkeit.

Da in diesen Segmenten bereits

parten der Bank auf langjährige Erfahrungen im kommunalen Bereich und dem Wissen um die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger zurück.

Engagement für die Gemeinden

Der gegenwärtige Einnahmerückgang, mit dem die Städte und Gemeinden konfrontiert sind, verschärft abermals die Notwendigkeit, die Finanzierungsströme der Investitionsentscheidungen zu beachten und zu optimieren und die Projekte auf ihre wirtschaftliche Lebensfähigkeit zu analysieren. Haushalts-Checks, Financial Modeling, PPP-Beratung sind dabei nur einige jener Dienstleistungen, die die Kommunalkredit anbietet.

Steht eine Finanzierung eines Pflegeheimes an oder wird überlegt, die Gemeinde mit einem neuen Straßenbeleuchtungssystem auszustatten ... soll künftig ein Kleinwasserkraftwerk „sauberen“ Strom liefern oder könnte die Umsetzung eines Public-Private-Partnerships die Gemeindegasse entlasten ... die Kommunalkredit und ihre Teams stehen jederzeit für Anfragen zur Verfügung.

Die Spezialisten für Gemeinden

Energie & Umwelt

Thomas Krenn, MBA
Tel. 01/31 6 31-137
Mail: t.krenn@kommunalkredit.at



Verkehr

Mag. Pia Mussil
Tel. 01/31 6 31-166
Mail: p.mussil@kommunalkredit.at



Soziale Infrastruktur

Claudia Wieser
Tel. 01/31 6 31-125
Mail: c.wieser@kommunalkredit.at



Infrastrukturberatung

Mag. Lukas Stühlinger
Tel. 01/31 6 31-150
Mail: l.stuehlinger@kommunalkredit.at



Projekte mit großem Investitionsbedarf von und mit der Kommunalkredit umgesetzt wurden, greifen die Expertinnen und Ex-



Information

Weitere Informationen erhalten Sie direkt unter

www.kommunalkredit.at

Kommunalkredit Austria,
Türkenstraße 9, 1092 Wien
Österreichs Bank für
Infrastruktur

envietech²⁰¹⁰

4.2. – 5.2.2010/Vienna/Austria

climateneutral
www.climateneutral.com

Internationaler Kongress und Ausstellung Umwelttechnologie & Erneuerbare Energie

- Umwelttechnologie
- Erneuerbare Energie
- Abfall- und Wassermanagement
- Finanzierung neuer nachhaltiger Technologien
- Business Lounge

www.envietech.at

STRABAG

Saubermacher
1878

KOMPTECH

Schirmherrschaft:



bwinministerium.at



Organisatoren:





KOMMUNAL, Österreichs größtes Fachmagazin für Gemeinden und offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes, ist auch heuer wieder selbst Veranstalter der KOMMUNALMESSE. Diese Doppelfunktion stellt die zielgruppengerichtete Direktansprache und Einladung der wichtigsten kommunalen Entscheidungsträger sicher. Rund 6600 Quadratmeter Ausstellungsfäche mit einem großzügigen Außenbereich für Großgeräte stehen den Ausstellern am 9. und 10. September in Graz zur Verfügung. Gleichzeitig zur Messe werden in Graz dann auch Österreichs Kommunalpolitiker zum 57. Gemeindetag erwartet. Die KOMMUNALMESSE 2010 ist das verbindende Element zwischen Händlern, Produzenten und Konsumenten in allen kommunalen Belangen.

Wandel der Möglichkeiten

„Die österreichischen Gemeinden freuen sich außerordentlich, dass es wieder eine KOMMUNALMESSE stattfindet. Diese Messe ist für uns überaus bedeutend, denn hier können die Firmen und Betriebe ihre neuesten Produkte präsentieren, alles, was in den Gemeinden benötigt wird. Wo aber auch andererseits die Gemeinden ihre Bedürfnisse decken können“, erklärt der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Helmut Mödlhammer. Für ihn hat sich der Wandel in der Beschaffungsmöglichkeit und der Beschaffungsart massiv verändert. „Die Bürgermeister und Kommunalpolitiker wollen selbst sehen, was es alles Neues gibt, weil sie mit der Zeit gehen. Und weil natürlich durch eine entsprechende Ausstattung der Gemeinde die Lebensqualität in der Gemeinde verbessert wird“, beschreibt Mödlhammer aus seiner Sicht.

Der Geschäftsführer des Österreichischen Kommunalverlages, Michael Zipmer, präzisiert: „Unser seit Jahren bewährtes Kon-

9. & 10. September: Österreichs größte Leistungsschau geht über die Bühne

Hier wird angeboten, was das kommunale Herz begehrt

Es dauert nur mehr knapp acht Monate, bis Österreichs größte Leistungsschau für Gemeinden in Graz über die Bühne geht. Auch heuer wieder bietet der Kommunalverlag den Besuchern Raum für Information, Austausch und Vernetzung zwischen Politik und Wirtschaft. Tausende Besucher werden sich im September selbst ein Bild über die Möglichkeiten und Neuigkeiten im kommunalen Bereich machen können.

zept, die Fachtagung im Rahmen des Gemeindetages in das Messegeschehen zu integrieren, gibt sowohl den Ausstellern als auch den Besuchern die Möglichkeit, in angenehmer Atmosphäre die für sie so wichtigen Kontakte zu pflegen.“

Mit Fachtagung ergänzt

Zusätzlich zum regen Messetreiben wird es am Eröffnungstag, dem 9. September 2010, auch eine Fachtagung zum Thema „Energieeffizienz/Autarkie von Gemeinden“ mit anschließender Podiumsdiskussion geben. Dazu werden hochrangige Experten aus Politik und Wirtschaft erwartet. Dieses Thema, das seit Monaten die Menschen des Landes beschäftigt, spielt gerade für den kommunalen Raum eine besonders wichtige Rolle, da in den Gemeinden die Möglichkeiten für die ersten Schritte zur Energieunabhängigkeit besonders groß sind.

Alles für Gemeinden

Die Aussteller der KOMMUNALMESSE zeigen Mitte September

am Messegelände Graz ihre Leistungen aus den Bereichen Abfallwirtschaft, Recycling und Umweltschutz, Ausstattung kommunaler und öffentlicher Einrichtungen, Energiewirtschaft, Errichtung und Sanierung kommunaler Bauten, Finanzdienstleistungen, Gebäudemangement, IT-Wirtschaft und E-Government, Katastrophern- und Hochwasserschutz, kommunale Fahrzeuge und Geräte, Mietmaschinen/Geräte, Sicherheitsdienste, Straßenerhaltung/Winterdienst, Verbünde und Organisationen, Verkehrstechnik und -sicherheit, Verkehrswegebau, Verwaltung, Hardware, Software, Schulung, Verwaltungsreform, Wasserwirtschaft und vieles mehr. Auf der einen Seite lernen dort die Vertreter der Wirtschaft die Wünsche und Anliegen ihrer Kunden kennen, was ein Anstoß für neue Entwicklungen sein kann, und auf der anderen Seite können sich die Kosumenten, also die Gemeindefraktare und Bürgermeister, über die neuesten Entwicklungen informieren.

„Mit jährlichen Gesamtausgaben von rund 16 Milliarden Euro sind die Gemeinden immer noch der größte öffentliche Investor Österreichs; sie investieren mehr als die Bundesländer und der Bund zusammengenommen“, bringt es Zimper auf den Punkt.

Jetzt gute Plätze sichern!

Der Verkauf für die einzelnen Messestände ist bereits voll im Gange. Zahlreiche Anmeldungen und ein riesiges Interesse von Seiten der Wirtschaft bestärken die Bedeutung der KOMMUNALMESSE 2010. Je früher die Aussteller sich einen Stand sichern, desto mehr Spielraum haben sie bei der Platzauswahl auf dem modernen Messegelände Graz. „Natürlich geht es den Gemeinden wie jedem Einkäufer im Supermarkt: Sie werden gerade in schwierigen Zeiten das Wünschenswerte mit dem Finanzierbaren unter einen Hut bringen“, so Gemeindefraktare-Präsident Helmut Mödlhammer.

Information

Österreichischer
Kommunalverlag
Löwelstraße 6, 1010 Wien
Tel.: 01/532 23 88
Fax: 01/532 23 88/22
E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at
Web: www.kommunal.at/kommunalmesse

Verwaltung: Wirbel nach Vorschlag der IV-ÖÖ

Entschieden gegen eine Zwangszusammenlegung

LINZ

„Ich bin ein entschiedener Gegner von Gemeindezusammenlegungen auf dem Reißbrett. Die Geschichte des Landes und auch internationale Beispiele zeigen uns, dass solche erzwungenen Projekte bisher gescheitert sind“, reagiert Gemeindefereferent Landesrat Dr. Josef Stockinger mit Unverständnis auf den Vorschlag des Präsidenten der Industriellen-Vereinigung, DI Klaus Pöttinger, die Anzahl der Gemeinden durch Zusammenlegungen zu halbieren. Landesrat Stockinger

ist in der öö. Landesregierung für 345 der 444 Kommunen zuständig. „Wer solche Vorschläge macht, hat die Kultur Oberösterreichs in Wirklichkeit nicht verstanden. Solche Vorschläge gehen an den Herzen der Bürgerinnen und Bürger vorbei. Denn die Zugehörigkeit zu einer Gemeinde ist in unserem Land ein Stück Identität und ein Teil der Selbstbestimmtheit der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher in den Gemeinden außerhalb der drei großen Städte“, so Stockinger weiter.



Die „kommunikativen Räder“ zwischen Land und Industriellenvereinigung greifen in Oberösterreich im Moment nicht wirklich.

Möglichkeiten für sinnvolle Kosteneinsparungen sieht Stockinger viel mehr in gemeindeübergreifender Zusammenarbeit und Verwaltungskooperationen. „Viele Gemeinden in Oberösterreich haben in den vergangenen Jahren in vielen Projekten vorgezeigt, wie dieser Weg funktioniert. Denn Selbstständigkeit funktioniert auch mit enger Zusammenarbeit“, so Stockinger.

Sie sei genau genommen ein Beitrag zur Sicherung der Selbstständigkeit auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Erfolgreiche gemeindeübergreifende Kooperationen wurden in Oberösterreich bisher in Form von gemeinsamen Bauhöfen, Verwaltungsgemeinschaften, Schwimmbädern, Veranstaltungssälen oder auch beim Winterdienst erfolgreich umgesetzt.



Tirol will seine Industrie-Abwärme für die Heizung von Einfamilienhäusern verwenden.

Heizen: Betriebsnutzung geht neue Wege

Abwärmepotenzial des Inntals nutzen

INNSBRUCK

Das Heizen mit Abwärme soll nun im Inntal zwischen Telfs und Kufstein verstärkt Realität werden. Die Grundlage dafür bietet der Abwärmekataster Tirol, der im Jänner vorgestellt wurde. Energiereferent LHStv. Anton Steixner sieht in der wirtschaftsstarke Inntalfurche die Nutzung der Abwärme heimischer Betriebe als wesentlichen

Faktor zur Luftverbesserung. In 20 untersuchten Betrieben wurde ein gut nutzbares Abwärmepotenzial von 46 Millionen Kilowattstunden ermittelt. Damit können bis zu 8000 Einfamilienhäuser mit Heizwärme versorgt und 30.000 Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart werden. Steixner sieht für ganz Tirol die Möglichkeit, erneuerbare Energie zu gewinnen.

Preisrutsch

Wohnen auf dem Land bald billiger

ST. PÖLTEN

Im neuen Jahr rechnet das größte Immobilienmakler-Netz Re/Max mit einer leichten Preissenkung am Wohnungsmarkt im Ländlichen Raum. Während in den Städten die Preise weiter steigen, sollen im Speckgürtel um Wien und in den Landgemeinden die Preise fallen. Mietwohnungen in zentraler Lage haben sich um rund 5 Prozent erhöht, wogegen sich Mietwohnungen in einer Landgemeinde um rund 3,2 Prozent vergünstigt haben. Für Eigentumswohnungen auf dem Land rechnen die Experten mit einem Preisrutsch von minus 5,3 Prozent. Wohnungen in Landgemeinden oder Wochenendhäuser seien nun deutlich billiger als noch im Vorjahr. Auch Baugründe wurden um 1,4 Prozent billiger.

Ökostrom: Neue Einspeistarife wurden vorgestellt

12 Euro mehr für sauberen Strom

WIEN

Für Ökostrom werden Österreichs Haushalte und Betriebe künftig tiefer in die Tasche greifen müssen. Aus Berechnungen des Wirtschaftsministeriums geht hervor, dass, solange alles nach Plan läuft, ab 2015 47 Euro statt bisher

35 Euro für „saubereren“ Strom bezahlt werden müssen. Die neuen Einspeistarife für Windkraftanlagen liegen bei 9,4 Cent pro Kilowattstunde (kWh), von der Wirtschaft verlangt wurden 9,4 Cent. Für Minister Mitterlehner sei die Regelung aber ausreichend.

Bürokratieabbau

Einheitliche Behördengänge

SALZBURG

Durch die Einrichtung des „Einheitlichen Ansprechpartners“ haben Anbieter, die Dienstleistungen grenzüberschreitend anbieten, die Möglichkeit, Salzburger Behördenwege rascher und bequemer zurückzulegen.

Gemeindespaltung

Limbach will die Unabhängigkeit

KUKMIRN

Nach einer Volksabstimmung, ob sich der Ortsteil Limbach von seiner Heimatgemeinde Kukmirn abspalten soll, stellte sich heraus, dass 74,30 Prozent der Limbacher ab nun auf eigenen Beinen stehen möchten. Im Gegenzug sind 57,90 Prozent der Ortsteile Kukmirn, Neusiedl und Eisenhüttel gegen diese Abspaltung. Im Gemeinderat wurde die Trennung vorerst abgelehnt. Nun fordert Limbachs Ortsvorsteher Willibald Fandl eine zweite Volksabstimmung nur für den Ortsteil Limbach. Der Bürgermeister der vier Gemeinden, Franz Hoanzl, hat dem stattgegeben, als Zeitpunkt wurde der 7. März festgelegt. Grund für die gewollte Abspaltung ist die nicht rosige finanzielle Lage Limbachs. Ob die Trennung sinnvoll ist, wird eine Wirtschaftlichkeitsberechnung des Landes nach der Wahl zeigen.

Strukturhilfe

12 Millionen für schwache Orte

LINZ

Eine Strukturhilfe von rund 12 Millionen Euro stellte das Land OÖ seinen finanziell schwächeren Gemeinden 2009 zur Verfügung. Erstmals wurden die neuen Bevölkerungsdaten von 2008 dazu herangezogen. Somit ergab sich, dass vor allem Zuzugsgemeinden von der Unterstützung profitieren. Die meiste Hilfe haben 20 von 27 Gemeinden im Bezirk Urfahr-Umgebung bekommen, gefolgt von Linz-Land. Für 2010 sollen dann Abwanderungsgemeinden zum Zug kommen.

Chip-Pflicht für Hunde: Kontrolle nicht gesichert

Die letzten beißen die Hunde – wieder einmal die Gemeinden

SALZBURG

Die Suche nach den Besitzern entlaufener oder bei Unfällen verletzter Hunde sollte sei 1. Jänner eigentlich ein Kinderspiel sein. Denn jeder Vierbeiner müsste einen Funkchip mit einer Nummer eingepflanzt haben. Mit Hilfe dieser Nummer ließe sich der Besitzer auf Knopfdruck herausfinden.

Doch in der Praxis sieht es laut einem Online-Bericht von ORF-Salzburg etwas anders aus: Zwar wurde die Chip-Pflicht schon vor ein- einhalb Jahren beschlossen, doch viele Hundebesitzer wissen noch nichts von der Regelung. „Es genügt nicht, dass man sagt: Ab 1. Jänner

besteht die Pflicht“, sagt dazu Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer. „Die Gemeinden haben hier wieder zusätzliche Aufgaben: die Hundehalter zu informieren und darauf aufmerksam zu machen, dass es eine gesetzliche Verpflichtung ist.“ Die Überwachung der Chip-Pflicht ist auch Sache der Gemeinden. Dabei sind die Geräte, mit denen man die Nummer der Funkchips auslesen kann, noch nicht vorhanden und deren Anschaffung auch nicht ganz so einfach. Offensichtlich habe sich beim Beschluss der Chip-Pflicht für Hunde niemand so genau Gedanken gemacht, wie diese dann kon-

trolliert werden soll, ärgert sich Mödlhammer. Die Aufgabe sei einfach den Gemeinden umgehängt worden: „Die letzten beißen die Hunde, das ist so. Aber es kann nicht so sein, dass alles und jedes auf unsere Arbeitsbereiche abgeschoben wird und wir mit unserem Personal nicht mehr das Auslangen finden.“



Kommunal-Personal: Trend geht in Richtung Kostenteilen

Vorarlberg fördert den Personalaufwand

BREGENZ

2007 wurden im Zuge der Initiative zum Ausbau der Kinderbetreuungsangebote vom Land und Gemeindeverband Richtlinien zur Förderung des Personalaufwandes der Gemeinden für die Kinder- und Schülerbetreuung erlassen. Ziel der Richtlinien war es, jenen

Gemeinden eine Unterstützung zukommen zu lassen, die im Bereich der Kinder- und Schülerbetreuung überdurchschnittlich hohe Kosten zu tragen haben. Das Fördervolumen betrug damals 59.000 €. Auf Anregung des Gemeindeverbandes wurden die Förderlinien für das Jahr

2008 überarbeitet und teils auch verbessert. Ergebnis der Änderung der Förderlinien ist, dass die Förderung des Landes für das Jahr 2008 auf 167.000 € angestiegen ist. 2007 waren es 17 Gemeinden, die Fördermittel erhielten, 2008 waren es dann bereits 34 Gemeinden.



562.000 Oberösterreicher leisten monatlich elf Millionen Stunden ehrenamtliche Arbeit.

Ehrenamt: Oberösterreich ist Spitzenreiter

Elf Millionen Stunden monatlich

LINZ

Im Vergleich der Bundesländer besetzt Oberösterreich mit 48,8 Prozent den Spitzenplatz im Freiwilligenanteil, gefolgt von Tirol (47,9 Prozent) und NÖ (46,8 Prozent). An die 562.000 Personen ab 15 Jahren sind in Oberösterreich ehrenamtlich tätig und leisten pro

Monat rund elf Millionen Stunden ehrenamtlicher Tätigkeit. Weit aus der meiste ehrenamtliche Arbeit fällt in den Bereich der sozialen Dienste – darunter fallen unter anderem Betreuungs- und Pflegeleistungen und Besuchsdienste. Mehr auf www.oogemeindebund.gv.at

Im Wahljahr 2010 wird sich zeigen, wie die politischen Mühlen mahlen

Vier Bundesländer wählen ihre Ortschefs und Gemeinderäte

2010 wird in rund 1490 Gemeinden in Niederösterreich, der Steiermark, Vorarlberg und Tirol ein neuer Gemeinderat gewählt. Spannend allein deswegen, da mit Niederösterreich und der Steiermark zwei der größten Bundesländer an die Urne gehen. Eines ist vor vornherein klar: geht es um die Vertreter der Gemeinden, kommen die Persönlichkeiten vor den Parteien. KOMMUNAL stellt in einer ersten Folge Niederösterreich und Vorarlberg vor.

Gemeinderats- oder -vertretungswahlen bedeuten Stimmenfang im engsten Umfeld. In den rund 1490 Gemeinden (573 in Niederösterreich, 542 in der Steiermark, 279 in Tirol und 96 in Vorarlberg), die am 14. und am 21. März ihre Bürgermeister und Gemeinderäte neu wählen, sind die Vorbereitungen bereits angelaufen. Die politische Gesinnung der Kandidaten steht dabei oft hinter den Charakteren, die sich für die Ämter bewerben. KOMMUNAL widmet sich dem Thema mit einer zweiteiligen Serie. Diese Ausgabe wird mit Niederösterreich und Vorarlberg begonnen, in der kommenden Ausgabe folgen Steiermark und Tirol sowie ein Sonderbericht über die Sicht der Jugend.

Niederösterreich – mehr als 10.000 Mandatare

Für mehr als 10.000 Kommunalpolitiker werden in rund 570 Gemeinden Niederösterreichs am 14. März die politischen Karten neu gemischt. Seit der letzten Wahl 2005 stellt die Volkspartei 413 Bürgermeister, 148 entfallen auf die SPÖ und 12 sind an eine Liste gebunden. Fast 50.000 Jugendliche zwischen 16 und

17 Jahren werden zum ersten Mal wählen gehen. Eine nicht unbeachtliche Anzahl; ob und wie es die Politiker schaffen, sie zu erreichen, wird sich noch im Frühjahr herausstellen.

„Wir haben fünf Jahre hart gearbeitet, das ist unsere beste Vorbereitung für die kommende Wahl“, erklärt Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll, seiner Erwartung nach soll die Volkspartei

in Niederösterreich Bürgermeisterteilung bleiben. Pröll sieht eine große Stärke in der Zusammenarbeit zwischen dem Land und den Gemeinden, „das funktioniert hervorragend“, so der Landeshauptmann. Auch für den Präsident des Gemeindevertreterverbandes der NÖ Volkspartei, LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl, könnte die Situation nicht besser sein: „Unsere Gemeinden florieren, immer mehr Menschen legen ihren Lebensmittelpunkt nach Niederösterreich, das ist unser Indikator für gute Arbeit.“ Die NÖ Volkspartei, die eine klare Mehrheit inne hat, wünscht sich einen weiteren Zuwachs, aber „es wird nicht einfach so hoch im Kurs zu bleiben“, beschreibt der Präsident. Sowohl LH Pröll wie Riedl sehen in NÖ kein Problem, genü-

Wir haben die vergangenen fünf Jahre hart gearbeitet, das ist die beste Vorbereitung für die kommenden Wahlen.

Landeshauptmann Erwin Pröll, Landesparteiobmann der ÖVP Niederösterreich



Es gilt das Engagement der Jugend für die Politik zu fördern und mehr junge Menschen für kommunalpolitische Funktionen zu gewinnen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Sepp Leitner, Landesparteiobmann der SPÖ Niederösterreich



Unsere Gemeinden florieren, aber es wird nicht einfach, so hoch im Kurs zu bleiben.

Bgm. Alfred Riedl, Präsident des Gemeindevertreterverbandes der Volkspartei Niederösterreich

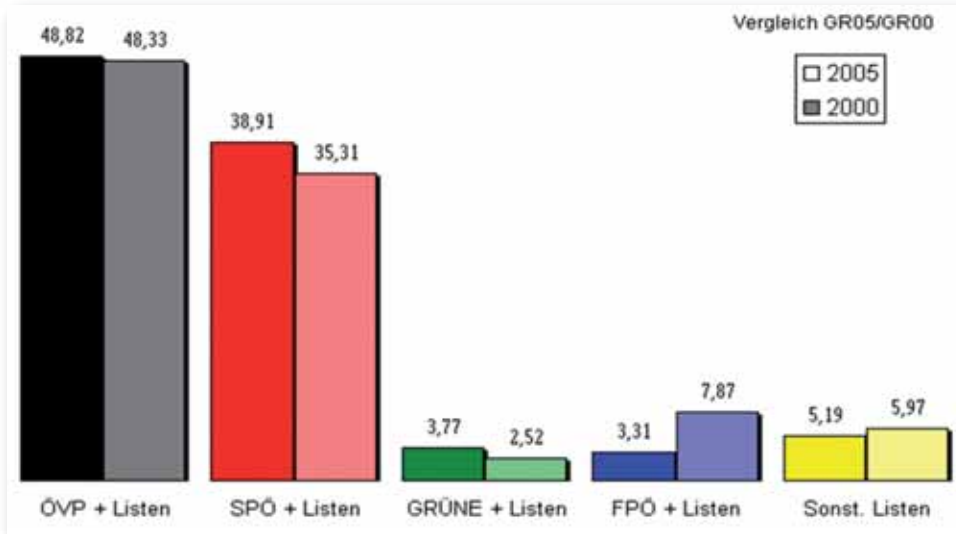


Derzeit gibt es zwar noch genügend Kandidaten, aber geeignete BürgermeisterInnen zu finden wird immer schwieriger.

Bgm. Rupert Dworak, Präsident der sozialdemokratischen Gemeindevertreter in Niederösterreich



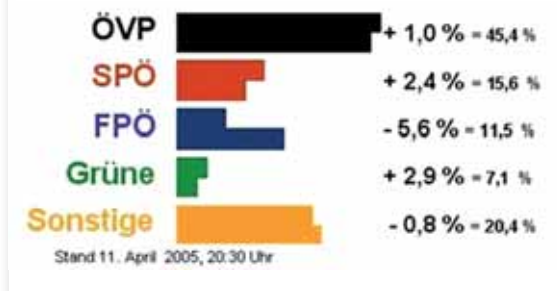
Landtagswahlen 2005: Ergebnisse Niederösterreich



Aktueller Bürgermeister-Stand in Niederösterreich: 413 VP-Bürgermeister, 148 SP-Ortschefs und 12 Listen-Bürgermeister. Zudem stellen sich mehr als 10.000 Gemeindevandatare der Wahl. Erstmals zur Wahl gehen können heuer fast 50.000 Jugendliche zwischen 16 und 17.

gend Nachwuchs für die kommunalen Ämter zu finden. „Sehr viele junge Menschen bringen sich gerne ein, sobald sie wissen, da wird gute Arbeit geleistet“, beschreibt LH Pröll die Situation. „Unsere Jugendlichen können unterscheiden, wer Scharlatan ist und wer nicht“, meint Riedl dazu. Für den Kontakt mit neuen Medien und digitaler Kommunikation zu den Bürgern stehen sie nicht zwingend ein, „das beschränkt sich in NÖ eher auf die stadtnahen Räume. Dort werden verstärkt neue Kommunikationswege verwendet. Trotzdem ersetzt das kein persönliches Gespräch.“ Und genau da sehen Pröll und Riedl den Erfolg der Partei, „Diskussion, direkte Auseinandersetzung mit den Menschen.“ Was sie zusätzlich freut ist, dass dieses Jahr erstmals mehr als 50 Prozent der Listenplätze von Frauen besetzt sein werden und sehr viele neue, junge bereit sind mitzutun. „Mein Wunsch wäre, dass es nach der Wahl doppelt so viele Bürgermeisterinnen gibt“, verrät Riedl. Auch in seiner Gemeinde, Grafenwörth, wird fast die Hälfte der Listenplätze mit Bürgerinnen besetzt sein. Die Sozialdemokraten gehen mit 148 Bürgermeistern seit der vergangenen Wahl 2005 ins Rennen. Landeshauptmannstellvertreter Dr. Sepp Leitner blickt

Landtagswahlen 2005: Ergebnisse Vorarlberg



96 Gemeinden gibt es in Vorarlberg, 59 davon gehören der Volkspartei an, es gibt 31 Listen-Bürgermeister sowie vier freiheitliche und zwei sozialdemokratische Bürgermeister.

optimistisch auf die Wahl: „Unsere Bürgermeister haben gute Arbeit geleistet, die von den WählerInnen sicher honoriert wird.“ Für ihn gilt es das Engagement der Jugend in der Politik zu fördern und mehr junge Menschen auch für kommunalpolitische Funktionen zu gewinnen. Für Präsident des sozialdemokratischen Gemeindebundes LABg Bgm. Rupert Dworak ist vor allem die Frage nach den geeigneten Kandidaten eine Herausforderung: „Die Situation wird nicht einfacher. Derzeit gibt es zwar noch genügend Menschen für die Kommunalpolitik, aber geeignete BürgermeisterInnen zu

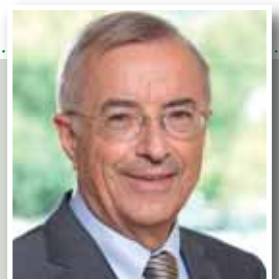
finden wird immer schwieriger, ein Trend der sich Österreichweit abzeichnet. Seit zwei Jahren versucht der Sozialdemokratische Gemeindevertreterverbund NÖ die Gemeinden in der Wahlvorbereitung zu unterstützen. „Dazu gehört eine fundierte Ausbildungsschiene, finanzielle Unterstützung sowie Seminar- und Beratungstätigkeit. Jugendliche sollen ebenfalls mit speziellen Seminaren und verschiedenen Aktivitäten von der Politik begeistert werden.“

Vorarlberg – Klare Dominanz der Volkspartei

96 Gemeinden gibt es in Vorarlberg, davon sind derzeit zwei Bürgermeister Sozialdemokratisch, vier Freiheitliche, 31 sind an eine Liste gebunden und 59 kommen von der ÖVP. So entwickelte sich das vergangene Wahlergebnis bis dato. Für die Volkspartei ist es Ziel, das „historisch“ gute Ergebnis der vergangenen Wahlen mindestens zu halten. Laut Gemeindeverbandspräsident Bgm. Mag. Wilfried Berchtold scheint dieser Weg aber nicht ohne Hindernisse: „Im Vorfeld der Suche nach geeigneten Bürgermeister-Nachfolgern hat sich gezeigt, wie schwierig es unter den derzeitigen Bedingungen ist, vor allem in kleineren Gemeinden geeignete Kandidaten zu finden.“ Aus Sicht der Landes-ÖVP mit Geschäftsführer Dietmar Wetz gibt es „bei der Listenerstellung und der Suche von Kandidaten keine Schwierigkeiten“. Einig sind sich Gemeindevertreter und Landesorganisation beim Thema Jugend. Gerade auf kommunaler Ebene sei die Stimmung unter den Jugendlichen im Bezug auf die Wahl sehr gut. Berchtold und Wetz rechnen mit einer hohen Wahlbeteiligung, da es doch darum geht, „hier unmittelbar das Lebensum-

Ich hoffe, dass viele Menschen wählen gehen. Unsere Zusammenarbeit mit der Jugend ist vorbildlich.

Landeshauptmann Herbert Sausgruber, Landesparteiobmann der Volkspartei von Vorarlberg





Die derzeitigen Bedingungen haben gezeigt, dass es vor allem in kleinen Gemeinden schwierig ist, geeignete Kandidaten zu finden.

Bgm. Mag. Wilfried Berchtold, Präsident des Gemeindeverbandes Vorarlberg

feld mit beeinflussen und gestalten zu können“. LH Herbert Sausgruber hofft, dass im März möglichst viele Menschen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen werden. Unverzichtbar ist auch für ihn, dass die Jugend mit eingebunden wird. Er hebt in diesem Zusammenhang das Schülerparlament und die Zusammenarbeit mit verschiede-

Gerade auf kommunaler Ebene ist die Stimmung der Jugend im Bezug auf die Wahl sehr gut. Wir rechnen mit hoher Wahlbeteiligung.

Dietmar Wetz, Landesgeschäftsführer ÖVP Vorarlberg



nen Jugendorganisationen im Rahmen des Landjugendbeirates besonders hervor. Für Sausgruber ist die Zusammenarbeit mit der Jugend „vorbildlich“.

Julya Pollak

In der kommenden Ausgabe 2/2010 stellen wir die Situation in den Bundesländern Steiermark und Tirol vor.

Das sagen die Parteien zum Bürgermeisteramt

Der Job steht hoch im Kurs, aber ...

Wie vor jeder wichtiger Wahl hat KOMMUNAL auch im Vorfeld der Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen 2010 die im Parlament vertretenen politischen Parteien um Antworten auf Fragen gebeten, die die Mandatäre in den Gemeinden betreffen. Im Unterschied zu früher haben wir diesmal aber nicht die Frauen und Männer an der Spitze, sondern Klubchefs und Geschäftsführer befragt. Hier die Antworten.

Mag. Hans Braun

KOMMUNAL hat die Fragen am 4. Jänner an Günther Kräuter (SPÖ), Karl Heinz Kopf (ÖVP) Stefan Wallner (Grüne), Hans Weixelbaum (FPÖ) und Stefan Petzner (BZÖ) an deren direkten E-Mail-Adressen, wie im Internet veröffentlicht, geschickt.

Absoluter Spitzenreiter war Günther Kräuter, der persönlich binnen 24 Stunden geantwortet hat. Bei der ÖVP und den Grünen kam die Antwort – wie telefonisch vorab vereinbart – so um die zehn Tage später, was immer noch rechtzeitig für die Jänner-Ausgabe war. Die Antworten wurden von Mag. Elisabeth Halvax, Pressereferentin des VP-Parlamentsklubs, beziehungsweise von Dr. Marlies Meyer, Referentin für Umwelt- und Verfassungsrecht und Stellvertreterin des parlamentarischen Klubgeschäftsführers formuliert. Keine Antwort kam bislang von FPÖ und BZÖ.

Bei den Fragen haben wir besonderen Wert darauf gelegt, den Stellenwert des Bürgermeisters herauszuarbeiten – und natur-

gemäß differieren die Antworten, mit einer Ausnahme: *Das Amt des Bürgermeisters/der Bürgermeisterinnen ist sehr wichtig!* Im Folgenden stellen wir der Einfachheit halber die Antworten in der Reihenfolge des Eintreffens zu den entsprechenden Fragen.

Die Fragen – die Antworten

Bei den vergangenen beiden Gemeinderatswahlen in Salzburg und Oberösterreich gab es häufig nur einen oder mancherorts gar keinen Kandidaten für das Bürgermeisteramt. Woran liegt diese demokratiepolitisch bedenkliche Entwicklung Ihrer Meinung nach? Günther Kräuter: Meiner Meinung nach sind die steigende Verantwortung verbunden mit dem zusätzlichen Arbeitsaufwand bei meist geringer Entlohnung hauptverantwortlich für das geringe Interesse an dem Bürgermeisteramt.

Elisabeth Halvax: Leider besteht für dieses wichtige Amt ein Missverhältnis – viel Aufwand, hohes rechtliches Risiko und manchmal keine entsprechende finanzielle Abgeltung, die ausreicht, um den Zivilberuf aufzugeben.

Marlies Meyer: Diese demokra-

Aus platztechnischen Gründen mussten die Antworten teils gekürzt werden. Auf www.kommunal.at finden Sie alle Aussagen in Originallänge.

tiopolitisch bedenkliche Entwicklung hat mehrere Ursachen. Das Aufgabenfeld des Amtes ist anspruchsvoller geworden, so dass gerade in kleineren Gemeinden eine zunehmende Überforderung besteht. Die Abwanderung und zunehmendes Pendeln in die Ballungsräume sowie ein geändertes Freizeitverhalten sind weitere Ursachen. In vielen Fällen ist es aber auch die mangelnde Erfolgsaussicht, gegen einen etablierten Bürgermeister/eine etablierte Bürgermeisterin anzukommen.

Welche Konzepte hat Ihre Partei, wie man die BürgerInnen und vor allem die Jugend dazu ermutigen kann, sich stärker auf der kommunalpolitischen Ebene zu engagieren?

Günther Kräuter: Grundsätzlich wäre eine verstärkte generelle politische Wertschätzung der kommunalen Verantwortung auf allen Ebenen erforderlich. Jungen Leuten muss die Möglichkeit geboten werden, Verantwortung und Gestaltungsmöglichkeit tatsächlich übernehmen zu können, beispielsweise durch Funktionen im Gemeindevorstand.

Elisabeth Halvax: Es geht prinzipiell darum, die Jugend stärker für Politik zu interessieren. Damit kommt dann auch das Interesse, sich auf kommunalpolitischer Ebene zu engagieren. Wichtig dabei ist, die Situation der BürgermeisterInnen nicht krankzujammern. Es gibt viele motivierte BürgermeisterInnen, die mit großer Freude dieses Amt ausüben und viel für die Gemeinde und deren Bevölkerung gestaltend einbringen. Sie leisten einen sehr verantwortungsvollen Beitrag. Ohne Ideale sollte man den Job nicht machen.

Marlies Meyer: Sehr viele junge Menschen sind grundsätzlich politisch interessiert und wollen auch politisch aktiv mitgestalten. Damit sich junge Menschen stärker auf kommunalpolitischer Ebene engagieren, müssen endlich die Beteiligungsmöglichkeiten auf dieser Ebene gestärkt werden. Jugendbeteiligungsprojekte sind dann erfolgreich, wenn daraus entstehende Er-

Wichtig ist, die Situation der BürgermeisterInnen nicht krankzujammern. Es gibt viele motivierte BürgermeisterInnen, die mit großer Freude dieses Amt ausüben ... Ohne Ideale sollte man den Job nicht machen.

gebnisse auch umgesetzt werden. Wenn Jugendliche auf diesem Weg erfahren, dass ihr politisches Engagement etwas bewirkt, hat dies einen positiven Effekt auf das weitere politische Engagement. Jugendliche interessieren sich für ganz bestimmte Themen, wie den Auf- und Ausbau von Jugendkultureinrichtungen. Daher sind die themenbezogenen direkt-demokratischen Instrumente auszubauen und ernst zu nehmen.

Für wie wichtig erachten Sie bzw. Ihre Partei das Amt des Bürgermeisters?

Günther Kräuter: Österreichs BürgermeisterInnen sind der SPÖ sehr, sehr wichtig. In ihrem Aufgabenbereich sind sie nicht nur Infrastruktur- Sozial- und Umweltplaner, sondern auch Finanzmanager und erste Anlaufstelle bei Problemen aller Art. Damit leisten sie einen unschätzbaren wichtigen Beitrag zum Funktionieren der Demokratie.

Elisabeth Halvax: Durch den engen Kontakt zu den Menschen und seine große Gestaltungsmöglichkeit stellt der/die BürgermeisterIn für die Gemeinde eine wichtige Persönlichkeit dar. Seine/Ihre Aufgaben werden immer anspruchsvoller.

Marlies Meyer: Das Amt des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin ist sehr wichtig, aus demokratiepolitischer Sicht genauso bedeutsam ist aber auch das Organ Gemeinderat. Es darf nicht aus dem Auge verloren werden, dass der Gemeinderat grundsätzlich das beschließende und der/die BürgermeisterIn das vollziehende Organ ist. Zu beobachten ist jedoch eine Aufgabenverlagerung hin zum/zur BürgermeisterIn, zum Gemeindevorstand oder überhaupt die Ausgliederung in Gesellschaften. Die Bürgermeisterrdirektwahl hat dort, wo nicht begleitend die Rechte des Gemeinderats gestärkt wurden, das „Ortskaisertum“ verstärkt.

BürgermeisterInnen als Chefs der Gemeindeverwaltung und auch als RepräsentantInnen der Gemeinde in der Öffentlichkeit und gegenüber den anderen Gebietskörperschaften spielen natürlich eine wesentliche, unverzichtbare Rolle im kommunalen Geschehen (und alle Parteien sollten sich bemühen, bestqualifizierte BewerberInnen für dieses wichtige Amt im Dienste des Gemeinwohls zu präsentieren). Aber ganz wesentlich für die Zukunft der Gemeinden in einer demokratischen, pluralistischen Gesellschaft ist schon die Zusammensetzung des Gemeinderates, die die unterschiedlichen Interessen und gesellschaftspolitischen Sichtweisen viel besser widerspiegelt als die Zuspitzung auf eine Wahl zwischen meist höchstens zwei Persönlichkeiten. Einer Aushöhlung der Aufgaben des Gemeinderates sollte verfassungsrechtlich ein Riegel vorgehoben werden (siehe dazu die grünen Vorschläge im Ö-Konvent).

Was tut Ihre Partei, um die bedenklich schlechte soziale Absicherung der BürgermeisterInnen zu verbessern?

Günther Kräuter: Unsere Forderungen sind neben einer Vereinheitlichung der Bezüge und einer moderaten Gehaltsanpassung nach oben, dass vor allem die Ungleichheiten zwischen ASVG-Versicherten und Beamten abgestellt werden. Es ist für mich nicht verständlich, warum Beamten im Ruhestand unbegrenzt dazuverdienen dürfen, und ASVG-Versicherte mit einer Pensionskürzung rechnen müssen, wenn das BürgermeisterInnengehalt über der Geringfügigkeitsgrenze liegt.

Elisabeth Halvax: Die ÖVP hat die Zeichen der Zeit erkannt und bereits im Vorjahr eine Arbeitsgruppe mit Abgeordneten, die auch Bürgermeister sind, und

In vielen Fällen ist es aber auch die mangelnde Erfolgsaussicht, gegen einen etablierten Bürgermeister/eine etablierte Bürgermeisterin anzukommen.

Vertretern des Gemeindebundes ins Leben gerufen, um der rechtlichen (sozial- und einkommenssteuerlichen) Problematik auf den Grund zu gehen und Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Marlies Meyer: Die Grünen treten für die Anhebung der Bürgermeisterbezüge in kleineren und mittleren Gemeinden ein. Grundsätzlich sollte man von der „Aufwandsentschädigung“ zum „Bezug“ übergehen. Abstufungen je nachdem, ob das Amt haupt- oder nebenberuflich ausgeübt wird, sind dabei durchaus denkbar (vgl. hier z. B. die Regelungen für amtsführende StadträtInnen im Innsbrucker Stadtrecht). Eine Bezahlung, die der Verantwortung gerecht wird, und eine sozialversicherungsrechtliche Absicherung stärken auch die Unabhängigkeit der GemeindepolitikerInnen gegenüber Interessensgruppen und Lobbys, fördert die Transparenz und ist auch ein gutes Anti-Korruptionsmittel.

Exzessive Haftungsregelungen auf kommunaler Ebene haben in jüngerer Vergangenheit des öfteren dazu geführt, dass ein Bürgermeister als Person sogar strafrechtlich zur Verantwortung gezogen wurde. Sollte es Ihrer Ansicht nach hier Änderungen geben?

Günther Kräuter: Hier bedarf es sicherlich einer Reform. In manchen Bereichen ist es aus meiner Sicht vollkommen unsinnig, BürgermeisterInnen persönlich mit ihrem Privatvermögen haftbar zu machen und dadurch zu kriminalisieren, wie etwa im Fall eines deutschen Urlaubers, der sich beim Wandern verletzt und vom Bürgermeister Schadenersatz forderte. Sollten solche Fälle öfter vorkommen, darf sich auch niemand wundern, dass es in Österreich einen BürgermeisterInnenmangel gibt. Hier sehe ich die Justiz und die Justizministerin gefordert, dass sie solche Fehlentwicklungen abstellt bzw. dahingehend korrigiert, damit die persönliche und finanzielle Existenz der GemeindevetreterInnen nicht gefährdet wird.

Elisabeth Halvax: Es ist richtig, dass es zu Strafverfahren ge-

kommen ist, wenn BürgermeisterInnen Rechtsvorschriften nicht eingehalten haben. Es wäre zielführend, hier eine bessere Information der BürgermeisterInnen sicherzustellen.

Marlies Meyer: Die geltenden Bestimmungen des Strafrechts betreffend Korruption und Amtsmissbrauch, nach denen BürgermeisterInnen in Hinblick auf ihre Funktion zur Verantwortung gezogen werden können, sind berechtigt. Die Grünen sind auch ausdrücklich gegen die zuletzt beschlossene Aufweichung der Antikorruptionsgesetze, gerade was auch das Anfütern betrifft, eingetreten.

... Eine Prüfungszuständigkeit des Rechnungshofes (auch für Gemeinden unter 20.000 EinwohnerInnen) sollte auch als Hilfestellung gesehen werden. Der Freispruch für den Bürgermeister von Unterach vom Vorwurf der fahrlässigen Körperverletzung (...) durch das LG Salzburg (...) zeigt auf, dass auch die Gerichtsbarkeit die Selbstverantwortung der mündigen BürgerInnen nicht ganz durch Vollkasko-Mentalität ersetzen will. ... Die Grünen begrüßen jedenfalls das Urteil des LG Salzburg vom November 2009. Andererseits hängt die persönli-

Eine Bezahlung, die der Verantwortung gerecht wird, ... fördert die Transparenz, und ist auch ein gutes Anti-Korruptionsmittel.

che Haftung (in zivilrechtlichen Fragen) des/der BürgermeisterInnen schon auch sehr an einer korrekten Amtsführung: Wer nötige Gremialbeschlüsse der zuständigen Organe nicht einholt, hat eben ein erhöhtes Risiko, persönlich für Geschäfte zu haften ...

Die finanzielle Situation in vielen Gemeinden ist durch die schlechte Wirtschaftslage und durch die einseitige Übertragung immer neuer Aufgaben bereits mehr als bedenklich. Wie stellt sich Ihre Partei eine mögliche künftige „gerechtere“ Verteilung der Lasten zwischen den Gebietskörperschaften vor?

Günther Kräuter: Hier plädiere ich für eine „Transferanalyse“ für Städte und Gemeinden. Meiner Meinung nach sollte der Rechnungshof alle Transferströme auf Gemeindeebene durchleuchten und Lenkungsmöglichkeiten herausarbeiten. Dadurch würden sich Transaktionskosten und der Verwaltungsaufwand verringern und der gemeinsame Mitteleinsatz von Bund, Ländern und Gemeinden könnte zum Beispiel bei Bildung, Gesundheit und Pflege optimiert werden.

Elisabeth Halvax: Bei allen Gesetzesvorhaben wird immer tunlichst darauf geachtet, dass es zu keinen willkürlichen Verschiebungen bei der Lastenverteilung kommt, und auch im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen wird dies berücksichtigt.

Marlies Meyer: Die Grünen haben sich in den letzten Jahren wiederholt für eine Neugestaltung des Gemeindefinanzausgleichs ausgesprochen, der stärker aufgabenbezogen erfolgen sollte. Bei einer derartigen Neugestaltung wären verschiedene neue Ansätze zu diskutieren und zu entscheiden. Es sind dies nach Ansicht der Grünen zuerst der Ersatz der Verteilung der Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben nach der Volkszahl und nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel durch eine gleiche Pro-Kopf-Finanzierung für die Basisaufgaben und durch pauschale Abgeltungen für die – unterschiedlichen – Spill-overs der zentralen Orte, der wichtigen von den Kernstädten erledigten Aufgaben im Ballungsgebiet sowie der Aufgaben der Statutarstädte als Bezirksverwaltungsbehörden.

... Verwaltungs- und Bundesstaatsreform sind dringlich: Es geht jedenfalls um das Zusammenführen von Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmenverantwortung oder, anders gesagt, von EntscheiderInnen und ZahlerInnen – statt des aktuellen Kompetenz- und Finanzierungswirrwarrs, das sich am besten mit dem Begriff der organisierten Verantwortungslosigkeit beschreiben lässt.

Kuratorium für Verkehrssicherheit: Im Zweifelsfall Spielplätze sperren

Spielplätze: Im Winter droht Gefahr durch Eis und Schnee

Harter oder eisiger Boden und rutschige Geräte erhöhen die Unfallgefahr auf Spielplätzen im Winter. Betreiber sind dafür verantwortlich, das Verletzungsrisiko zu minimieren.

Dr. Othmar Thann

Schaukeln, Klettern und Rutschen – der Bewegungsdrang von Kindern kennt keine Jahreszeiten, und so wollen Kinder auch im Winter gerne auf den Spielplatz. Beim ausgelassenen Springen, Laufen oder Toben auf den Spielgeräten kann es jedoch zu Unfällen kommen. Rund 6800 Kinder unter 15 Jahren verletzen sich jährlich beim Spielen auf Spielplätzen so schwer, dass sie im Krankenhaus behandelt werden müssen. Ein Teil der Unfälle passiert bei winterlichen Witterungsbedingungen, wenn zum Beispiel Spielgeräte verschneit und dadurch rutschig sind und der Boden gefroren ist. Die Geräte auf Spielplätzen sollten den Sicherheitsnormen entsprechen, die zum Beispiel die Gestaltung des Fallraums unter Klettergerüsten oder die Abstände zwischen Spielgeräten festlegen. Im Unterschied zum Sommer schützen stoßdämpfende Materialien und sturzhemmende Böden wie Gras oder Rindenmulch im Fallraum von Spielgeräten in der kalten Jahreszeit jedoch nicht. Denn durch die Kälte ist der Boden zum Beispiel bei Grasflächen deutlich härter als im Sommer,



bei Stürzen kann es dadurch zu ernstesten Verletzungen wie zum Beispiel Knochenbrüchen oder zu einer Gehirnerschütterung kommen.

44 Prozent der Spielplatzunfälle sind Stürze aus der Höhe, beispielsweise wenn Kinder beim Spielen von Klettergerüsten, Schaukeln und anderen Spielgeräten herunterfallen. Durch den Aufprall auf dem harten Boden fallen die Verletzungen im Winter meist schwerwiegender aus als im Frühling oder Sommer, wenn die stoßdämpfenden Materialien den Sturz lindern. Hinzu kommt die Rutschgefahr auf eisigem Boden – besonders, wenn Kinder laufen, können sie auf glatten Oberflächen leicht ausrutschen und sich dabei Verletzungen zuziehen.

Spielplatzbetreiber sind für Wartung verantwortlich

Generell liegt die Verantwortung dafür, dass Spielplatz und Geräte in einwandfreiem Zustand sind und keine Gefahr für Kinder darstellen, sowie die Haftung bei Unfällen beim Betreiber. Die regelmäßige Inspektion und Wartung dient der Sicherheit und ist Aufgabe von Gemeinden, Hotellerie, Gastgewerbe oder anderen Spielplatzbetreibern. Dies bedeutet auch, dass darauf geachtet werden muss, ob eine Benutzung des

Verantwortung bedeutet auch, dass darauf geachtet werden muss, ob eine Benutzung des Spielplatzes möglich ist. Ist die Benutzung aufgrund gefrorener oder eisiger Böden im Fallraum von Spielgeräten zu gefährlich, so sollte der Spielplatz gesperrt bzw. auf die Gefahr hingewiesen werden.

Spielplatzes möglich ist. Ist die Benutzung aufgrund gefrorener oder eisiger Böden im Fallraum von Spielgeräten zu gefährlich, so sollte der Spielplatz gesperrt bzw. auf die Gefahr hingewiesen werden. Nach dem Winter müssen die Spielplatzgeräte besonders unter die Lupe genommen werden. Hierbei wird der allgemeine Zustand der Anlage, Fundamente und Oberflächen vor allem auf Abnutzung und Materialveränderungen, tergerüsten, Schaukeln und anderen Spielgeräten herdie durch Witterungseinflüsse hervorgerufen werden können, geprüft.

Indoor-Spielplatz als Alternative

Eine Möglichkeit, die winterlichen Unfallgefahren auf öffentlichen Spielplätzen zu umgehen, sind Indoor-Spielplätze, die es mittlerweile vermehrt auch in Österreich gibt. Auf weitläufigen Flächen bis zu mehreren tausend Quadratmetern können Kinder in der Halle Abenteuerlandschaften erkunden, sich in Hüpfburgen austoben oder rasanten Rutschen hinuntersausen. Die tägliche Beanspruchung der Geräte macht auch „indoor“ eine regelmäßige Wartung notwendig. Besucht man mit Kindern einen Indoor-Spielplatz, sollte man zunächst auf offensichtliche Mängel achten. Hervorstechende Schrauben, durchgescheuerte Seile oder ähnliche Beschädigungen sind



44 Prozent der Spielplatzunfälle sind Stürze aus der Höhe, beispielsweise wenn Kinder beim Spielen von Klettergerüsten, Schaukeln und anderen Spielgeräten herunterfallen.

Anzeichen dafür, dass der Spielplatz nicht ordentlich gewartet wird. Auch Sauberkeit und das allgemeine Erscheinungsbild der Anlage lassen auf die Wartungshäufigkeit und den Zustand der Geräte schließen. Hat man den Eindruck, dass der Spielpark nicht den Sicherheitsanforderungen entspricht, wählt man besser einen anderen Spielplatz. Verantwortungsvolle Spielplatzbetreiber halten sich an Normen. Die Einhaltung der Sicherheitsnormen für Spielplatzgeräte ist zwar nicht verbindlich, wird aber dringend empfohlen. Denn die festgelegten Anleitungen für Gestaltung, Wartung und Betrieb von Spielplätzen haben das Ziel, Unfälle zu verhindern. Für weitere Informationen zum Thema steht der Folder „Checkliste Spielplatz“ kostenlos unter www.kfv.at zum Download zur Verfügung.



Dr. Othmar Thann
ist Direktor des
Kuratoriums für
Verkehrssicherheit

Es ist sinnvoll, die Presse als Kooperationspartner zu verstehen und sich mit den Grundlagen des Journalismus vertraut zu machen. Oft wird man gebeten, schriftlich eine kurze Beschreibung zum eigenen Produkt oder der Idee zu formulieren.

Wichtiges muss dabei schon aus dem Titel hervorgehen, er ist die halbe Story. Bestimmt hilft es zu wissen, wie Ihr Aufhänger verfasst sein muss, um Medieninteresse zu wecken. Gelungene PR ist kein Zufallsprodukt, sondern das Ergebnis harter Arbeit! Die Weiterentwicklung des persönlichen „Mund-zu-Ohr“-Kreislaufes ist die digitale Mundpropaganda in Form von Weblogs.

Wer öffentlich auftritt, wird öffentlich beobachtet

Den meisten Politikern ist es wichtig, einen guten Namen zu haben. Sie bemühen sich besonders bei Presseauftritten, ihre Sache professionell zu machen.

Natürlich urteilt der Markt besonders hart, wenn Fauxpases im eigenen Kompetenzbereich passieren: Der stadtbekannte Benimmpapst, den man beim Nasenbohren in der Straßenbahn ertappt, ist ein gefundenes Fressen für die Klatschbörse.

Üble Nachrede will niemand. Natürlich urteilt der Markt besonders hart, wenn Fauxpases im eigenen Kompetenzbereich passieren: Der stadtbekannte Benimmpapst, den man beim Nasenbohren in der Straßenbahn ertappt, ist ein gefundenes Fressen für die Klatschbörse.

Persönliche Tipps als Lauffeuer

Flüsterpropaganda funktioniert in beide Richtungen: positiv und negativ. Genauso, wie wir unsere Freunde und Verwandten vor einer überbelegten Gaststätte mit lausiger Küche warnen, loben wir auf der anderen Seite die neue Bar in der Innenstadt

Die gute alte Mundpropaganda bringt's immer noch

Virales Marketing: Tue Gutes und rede darüber

Virales Marketing hat nichts mit Schnupfen zu tun. Es umfasst vielmehr die Planung, Durchführung und Kontrolle von Marketingaktionen. Gezielte Mund-zu-Ohr-Propaganda wird ausgelöst, um seine Leistungen zu vermarkten. Ihren Namen verdankt die Metapher Virales (engl. viral) Marketing dabei der Schnelligkeit, mit der sich die Werbebotschaften wirkungsvoll und flächendeckend vermehren lassen.

mit der chilligen Musik. Dabei werden Visitenkarten, Folder oder Links ausgetauscht. Was jemand aus unserem Bekanntenkreis z. B. im Urlaub persönlich positiv erlebt hat, wirkt erprobter und damit glaubwürdiger als die Beteuerungsarie des hoteleigenen Fernsehkanals. Wie ein Lauffeuer verbreiten sich die Nachrichten. Auch die negative Mundpropaganda ist nicht zu unterschätzen: So schnell, wie sich ein „Computervirus“ via E-Mail innerhalb weniger Tage verbreitet und tausende Menschen erreichen kann – so schnell macht auch eine Beschwerde die Runde. Im Optimalfall lösen viele kleine Tipps und Empfehlungen, die man von mehreren Seiten schon gehört hat sogar Trends aus.

Die Erwartungshaltung – eine Gefahr

Nicht alles was Gold ist glänzt und nicht alles, was erzählt wird, ist wahr. Wie oft haben Sie sich schon darüber gewundert,

Tatjana Lackner ist Kommunikations-Profilerin, Politiker-Coach und Bestseller-Autorin. Die professionelle Sprecherin ist Top-Trainerin von Führungskräften und renommierten Unternehmen im In- & Ausland. 1995 gründete sie die DIE SCHULE DES SPRECHENS in Wien.



dass eine angeblich so angesagte Adresse, die Ihnen bereits von mehreren Seiten empfohlen wurde – ein Flop ist. Haben die Menschen denn alle den gleichen schlechten Geschmack? Nein, es handelt sich um das Phänomen der zu hohen Erwartungshaltung!

Mundpropaganda arbeitet schnell, unselektiv – weil nicht sofort prüfbar. Oft werden die subjektiven Beurteilungen des einzelnen Erlebnisses auch noch verzerrt weitergegeben, vergleichbar mit dem Kinderspiel „stille Post“. Die Welle des Hypes ist, wie zum Beispiel bei Popsternen, auf der einen Seite zwar gut, weil sich die öffentliche Aufmerksamkeit erhöht. Andererseits fällt ein Erwartungs-Hype schnell in sich zusammen wie ein erloschener Stern im Universum. Spannend an diesem Phänomen ist vor allem die Kluft zwischen der a) persönlichen Meinung des Einzelnen und b) der publizierten Trendmeinung der Gesellschaft.

Mundpropaganda und was zu beachten ist

Mundpropaganda ist auf jeden Fall nicht nur vom Glück abhängig. Was können Sie konkret machen, um weiterempfohlen zu werden? Die Tipps sollen Ihnen beim Viralen Marketing eine Unterstützung sein und helfen, grundlegende Fehler zu vermeiden:

Öffentliche Mundpropaganda

- ▶ Vertrauen Sie bei Ihrer öffentlichen Präsentation (Homepage, Flyer, Visitenkarten ...) auf Profis – es lohnt sich!
- ▶ Sammeln Sie von Anfang an Beweise Ihres Erfolges! Erstellen Sie zum Beispiel eine Pressemappe und legen Sie diese auf. Oder senden Sie beim Mail-Verkehr den besten Pressebericht als Attachment.
- ▶ Suchen Sie nach Statistiken und Studien, die belegen, warum Sie mit Ihrer Bedarfserhebung richtig liegen.
- ▶ Finden Sie Business-Plattformen im Internet mit interessanten Koalitionspartnern und Synergieträgern.

Persönliche Mundpropaganda

- ▶ Überzeugen und informieren Sie bei passender Gelegenheit Ihre Freunde und Familie! Begeistern Sie Menschen in Ihrem Umfeld für Ihre Ideen.
- ▶ Probieren Sie die Methode des „Storytelling“ selbst aus! Verpacken Sie Ihre Idee in eine Geschichte.
- ▶ Nehmen Sie an (Wirtschafts-) Wettbewerben teil – die PR kommt dabei von allein.

Der Bericht wurde redaktionell gekürzt – mehr Infos auf www.sprechen.com

Information

Die Schule des Sprechens GmbH
Tatjana Lackner
 Dorotheergasse 7/3. Stock
 1010 Wien
 Tel.: 01/513 87 10
 Fax: 01/513 87 10-15
 Mobil: 0676/517 88 17 bzw. -18
 E-Mail: schule@sprechen.com
 Web: www.sprechen.com

Burgenland

Architekten-Plattform stellt Infos zusammen

Neu: Wegweiser für Bauprojekte

EISENSTADT

Die Vergabe von Planungs- oder Beratungsleistungen, die regelmäßig baulichen Investitionsprojekten von Gebietskörperschaften oder von ihnen kontrollierten Gesellschaften vorgeschaltet sind, stellt vor al-

lem für Gemeinden oft eine Herausforderung dar. Das Spektrum ist dabei von der Direktvergabe bis zum Wettbewerb weit gespannt. Verfahrenssicherheit bedeutet für Gemeinden sehr viel: einerseits wird mit einem qualitätsvollen Verfahren die Erfolgswahrscheinlichkeit einer Bekämpfung der Vergabeentscheidung reduziert und andererseits Projektqualität stimuliert. Um diesen Effekt zu erzielen, hat die Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Wien, Niederösterreich und Burgenland den Vergabewegweiser entwickelt, der in Kooperation mit dem Sozialdemokratischen GVV Burgenland entstand. Infos auf www.arching.at

Großzügige Spende

Oper für Opfer

EISENSTADT

Die Opernfestspiele St. Margarethen unterstützen das Frauenhaus Burgenland mit einem Betrag von 7300 Euro. Intendant Wolfgang Werner ist es wichtig, dass Kinder aus zerütteten Familienverhältnissen, Hilfe zur Verfügung steht.



Niemand soll auf Rettung warten. Die Finanzierung der Dienstleistung im Burgenland ist für 2010 kein Problem mehr.

Umschichtung brachte genügend Geld für alle

Rotes Kreuz gleicht Finanzen mit einem Rettungs-Euro aus

EISENSTADT

Die finanzielle Situation beim Roten Kreuz Burgenland hat sich wieder stabilisiert. Die vom Land und den Gemeinden gemachten Auflagen zur Restrukturierung und finanziellen Gesundung wurden gut umgesetzt, so dass eine vernünftige Basis für die Neufestsetzung des Rettungs-Euro ab 1. 1. 2010 gegeben ist. Ausgehend von einem derzeitigen Rettungsbeitrag von 5,65 Euro pro Einwohner und Jahr, zu zahlen vom Land und von den Ge-

meinden (fällig in zwei Tranchen 1. 4. und 1. 10.), wurde im Transport ein Mehrbedarf in Höhe von rund 238.000 Euro oder rund 0,90 Euro erhoben. Auch der ASB, der Arbeitersamariterbund Burgenland, hat um eine Erhöhung um 8,24% angesucht. Man einigt sich in den Verhandlungen darauf, die Notfallsanitäter in zwei Tranchen (2010 und 2011) aufzustocken. Damit ist der laufende Betrieb für 171 Gemeinden 2010 abgedeckt.



Kärnten

Bedenkliche Entwicklung: Rückgang bei den Ertragsanteilen setzt sich 2010 fort

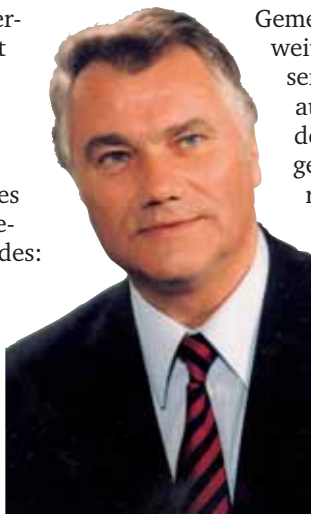
Land soll seine freiwilligen Leistungen auf ihre Notwendigkeit überprüfen

KLAGENFURT

Katastrophal entwickeln sich Einnahmen der Kärntner Städte und Gemeinden aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben. Die Ertragsanteilvorschüsse für den Jänner 2010 reduzieren sich im Vergleich zum Jänner 2009 um fast zehn Prozent.

Die Talfahrt bei den Ertragsanteilen geht vorerst ungebremst weiter. Im zweistelligen Prozentbereich liegen die Rückgänge bei den Steuereinnahmen der Gemeinden. Österreichweit müssen die Gemeinden im Jänner 2010 gegenüber dem Vergleichsmonat des

Vorjahres ein Minus von 10,37 Prozent verschmerzen. In Kärnten beträgt der Rückgang 9,46 Prozent. Unter dem Strich bedeutet das für die Kärntner Kommunen bereits im ersten Monat des heurigen Jahres einen Verlust von fast fünf Millionen Euro. Bgm. Hans Ferlitsch, Präsident des Kärntner Gemeindebundes: „Die Entwicklung ist katastrophal.“



Wenn die Einnahmen der Gemeinden weiter in diesem Ausmaß sinken, werden viele Gemeinden handlungsunfähig.“ Dringend notwendige Investitionen sind für viele Kommunen nicht mehr möglich, so der Gemeindebund-Präsident weiter. Angesichts dieser Entwicklung ist auch das Land gefordert, seine freiwilligen Leistungen auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen.

Bgm. Hans Ferlitsch, Präsident des Kärntner Gemeindebundes.

Neue Wege im Tourismus

Reiseziel Kärnten

VELDEN

Das Hauptaugenmerk des Kärntner Tourismus liegt auf den Nächtigungen und der Wertschöpfung für das Land und die Betriebe. Dazu ist seit Mitte Jänner ein neuer Geschäftsführer der Kärntner Tourismusgesellschaft, Christian Kresse, ins Team gekommen. Tourismuslandesrat Josef Martinz will die herrschende Bürokratie von Abgaben und Förderungen verändern, denn Betriebe würden Förderungen liegen lassen, weil die Bürokratie zu aufwendig sei. Er fordert daher ein modernes, effizientes Fremdenverkehrsgesetz für das Bundesland.



Niederösterreich



JVP-Projekt für zehn Gemeinden rund um St. Pölten

Neuer Bus fürs Ausgehen

ST. PÖLTEN

Seit März 2008 laufen die Bemühungen der Jungen ÖVP und des Vereins Nachtbus, einen solchen für die Jugendlichen des Bezirkes zur Verfügung zu stellen. Damit können sie am Wochenende zum Ausgehen problemlos in die Hauptstadt pendeln und kommen sicher wieder zurück. Dieses Projekt wurde jetzt umgesetzt. Neun Gemeinden unterstützen das Projekt fi-

nanziell, so dass jeder Fahrgast 2 Euro pro Strecke bezahlen muss. „Der Bus selbst steht für jeden zur Verfügung, auch ein paar Bürgermeister haben schon angekündigt, ihn gegebenenfalls zu verwenden“, erklärt JVP-Bezirksobmann Markus Krempf. Start ist am 23. Jänner, jeweils um 20.15 Uhr startet der Bus, spätestens ist man dann um 4.30 Uhr zu Hause. Infos www.nachtbus.jvpstp.at

NÖ Gemeinden bei Investitionen über Durchschnitt 15 Millionen für finanziell Schwache

GROSS-ENZERSDORF

LH-Stv. Mag. Wolfgang Sobotka stellte bei der Arbeitsklausur in Groß-Enzersdorf fest: „Im Jahr 2008 konnten die niederösterreichischen Gemeinden mit 422 Euro pro Kopf die höchsten Investitionen in ganz Österreich

aufweisen. Damit liegen sie rund 32 Prozent über dem bundesweiten Durchschnitt.“ Festgelegt wurde ebenfalls, dass das Land 15 Millionen Euro an Bedarfszuweisungen für finanzschwache Gemeinden zur Verfügung stellen wird.

Zehn Jugendgruppen erhalten eine Förderung

Rund 50.000 Euro für Jugendtreffs

ST. PÖLTEN

Nach Initiative des Jugendlandrates Johann Heuras erhalten zehn Jugendgruppen Förderungen in der Höhe von insgesamt 49.800 Euro. „Das Geld soll die Jugendlichen dabei unterstützen, die entsprechende In-

frastruktur für ihre Freizeitgestaltung zu schaffen“, erklärt Heuras. Als Förderungswerber kommen nÖ. Jugendvereine und Jugendgruppen in Betracht; das Höchstalter liegt dabei bei 25 Jahren.



Oberösterreich

Antrag bis April stellen Heizungsspende

LINZ

Der öö. Heizkostenzuschuss wurde von der Landesregierung in der Höhe von 220 Euro beschlossen. Die Antragsfrist läuft seit 28. Dezember 2009 bis 15. April 2010. Die Abwicklung erfolgt über die Gemeinden. Das Antragsformular steht auf der Homepage des Landes OÖ zum Download bereit. „Antragsberechtigt sind wie in der Vergangenheit Personen, die über ein Einkommen bis zur Höhe der Ausgleichszulage („Mindestpension“) verfügen und selbst für die Heizkosten aufkommen müssen“, erläutert LH-Stv. Josef Ackerl. Wie in der Vergangenheit soll es auch eine Einschleifregelung geben.

Einsparung

Wenig Geld für soziale Leistung

LINZ

Rien ne va plus – Nichts geht mehr. „Die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise wurde uns durch eine gewisse Casinomalitalität eingebrockt“, so der oberösterreichische Sozialreferent LH-Stellvertreter Josef Ackerl. Die in Aussicht gestellte Erhöhung des Sozialbudgets fällt angesichts der Rahmenbedingungen weit geringer aus als in den vergangenen Jahren und unterschreitet auch bei weitem die der mittelfristigen Budgetplanung zugrunde liegenden Zahlen. Insgesamt wird das Sozialbudget 2010 497,150.800 Euro betragen.



Neue Fahrzeuge bekommen die Feuerwehren von Oberösterreich.

Oberösterreichs Feuerwehren bekommen Zuwachs

Fast 100 neue Fahrzeuge

LINZ

Die Landes-Feuerwehrleitung und das Land Oberösterreich haben das Fahrzeug-Beschaffungsprogramm bis zum Jahr 2011 für Oberösterreichs Feuerwehren beschlossen. 96 Einsatzfahrzeuge werden ausgetauscht und dafür 21,3 Millionen Euro in den Jah-

ren 2010 und 2011 investiert. Die Finanzierung teilen sich der Feuerwehrfonds, der vom Landesbudget gespeist wird, das Gemeinderessort des Landes sowie die Standort-Gemeinden. Der Sparstift angesetzt werden muss bei den Bautätigkeiten.



Salzburg

Künstler fördern

Land vergibt Stipendien

SALZBURG

Auch heuer wieder werden Stipendien zum Besuch der Internationalen Sommerakademie für Bildende Kunst vom 19. Juli bis 28. August vergeben. Mit den Stipendien wird die Kursgebühr abgedeckt. Begabte SchülerInnen sowie Salzburger Kunst- oder Architektur-Studierenden können entsprechende Arbeiten bis 15. April einreichen. Beizulegen sind bei Schülern zehn und bei Studenten fünf Arbeiten sowie eine Angabe des gewünschten Kurses. Nähere Informationen auch im Internet auf www.summeracademy.at



Ein Zweitwohnsitz in Salzburg ist laut ROG 2009 gar nicht so einfach handzuhaben. Eine Änderung des ROG wird gefordert.

Raumordnungsgesetz stiftet Verwirrung

Zweitwohnung ohne Freude

SALZBURG

Das Land Salzburg verschärfte mit dem Raumordnungsgesetz ROG 2009 die Bestimmungen über die Zulässigkeit von Zweitwohnsitzen. Die beinhaltet, dass außerhalb von Zweitwohngebieten die Nutzung von diesen zu Urlaubszwecken oder sonstigen Freizeitaktivitäten oder auch die Privatzimmervermietung, wenn diese nicht im Rahmen des Tourismus erfolgt, unzulässig ist. Eine touristische Nutzung ist nur

zulässig, wenn das Wohnhaus gesamt nicht mehr als fünf Wohnungen aufweist. Ein Verstoß gegen diese Bestimmungen wird mit bis zu 25.000 Euro geahndet. Laut „Salzburger Nachrichten“ hat der Landesgesetzgeber im Interesse der Immobilienwirtschaft eine Klarstellung vorzunehmen und den Paragraphen 31 des Salzburger ROG ersatzlos zu streichen oder durch bestimmte oder bestimmbarere verfassungskonforme Regelungen zu ersetzen.

Mehr Personal

Antrag mit Änderungen

SALZBURG

Nach einem Antrag der Grünen, das Personal der Jugendämter aufzustocken, wurde ein abgeänderter Antrag der SPÖ vom Gesundheitsausschuss des Landes beschlossen. Dazu soll eine Bedarfserhebung die Anzahl des geforderten Personals bestimmen. Als Sofortmaßnahme sollen alle ausgeschriebenen Stellen umgehend besetzt werden. Auch die Volksanwaltschaft stellte in einem Bericht klar, dass in Salzburg die Zahl der zu bearbeitenden Fälle massiv steige, daher mehr Personal nötig sei.



Steiermark

Städtepartnerschaften bringen Auszeichnung

Bruck/Mur und Schladming sind EU-aktivste Gemeinden

GRAZ

Die beiden Städte Bruck an der Mur und Schladming haben den Titel „EU-aktivste Gemeinde Steiermark 2009“ errungen. Diese Woche erhielten die Bürgermeister entsprechende Urkunden von den beiden Eu-

ropa-Parlamentariern Hella Ranner und Jörg Leichtfried überreicht. Das Projekt, das zu 80 Prozent von der EU im Rahmen des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ finanziert wurde, war vom Steiermärkischen Gemeinde- und Städtebund in Zusammenarbeit mit dem „Europe direct“-Informationsnetzwerk des Landes durchgeführt worden.

Überreicht wurden die Urkunden an die beiden „Europa-Bürgermeister“ Bernd Rosenberger (Bruck an der Mur) und Jürgen Winter (Schladming) von den Europa-Parlamentariern Ranner und Leichtfried.



Projektleiterin Heidi Zikulnig, EU-Parlamentarierin Hella Ranner, Schladmings Bürgermeister Jürgen Winter und Gemeindebund-Geschäftsführer Martin Ozimic.

Steirische Feuerwehren leisten wichtigen Dienst

Feuerwehren retteten 1 Mrd. Euro

GRAZ

Die rund 50.000 ehrenamtlichen Mitglieder der steirischen Feuerwehren haben ein Rekordeinsatzjahr hinter sich: In über 49.000 Einsätzen mit 716.148 Einsatzstunden haben sie rund eine Milliarde Euro Volks-

vermögen und oft auch unter Einsatz des eigenen Lebens Menschen- und Tierleben gerettet. Allein im Zuge des Hochwasser-Einsatzes wurde 97 Mal in steirischen Gemeinden die Katastrophe ausgerufen.

Schutz vor Natureinflüssen für die Landwirtschaft

95.000 Euro für Hagelabwehr

GRAZ

Für die Plattform der steirischen Hagelabwehr wurden rund 95.000 Euro genehmigt. Begründet wird der Regierungsbeschluss mit den 2009 intensivsten Einsätzen der Hagelabwehr seit deren Gründung im Jahr 1955. Insgesamt wur-

den im Jahr 2009 an 44 Tagen mehr als 200 Einsätze geflogen, wobei in mehreren Fällen außerordentliche Wetterphänomene bekämpft wurden. Ab diesem Jahr sollen die Einsätze noch besser vernetzt stattfinden können.



Tirol

Herzstück des Museums soll erhalten bleiben

Bergiselmuseum restauriert das Riesenrundgemälde

INNSBRUCK

Nach Prüfung aller Laborbefunde und ausführlicher Diskussion der technischen Möglichkeiten der Restaurierung des Rundgemäldes kam dieser Tage eine Einigung des Landes mit dem Bundesdenkmalamt. Restaurator Christian Marty wurde nun beauftragt, sein Konzept zur Restaurierung zu detaillieren, die ausführenden Restauratoren werden dann in einer österreichweiten Ausschreibung ermittelt.

Das Riesengemälde hat in seiner Geschichte zahlreiche Restaurierungen, Übermalungen und Korrekturen

erfahren. Auf mehr als 1000 Quadratmetern werden am Gemälde (von Michael Zeno Diemer und Franz von Defregger) die Ereignisse der dritten Schlacht am Bergisel vom 13. August 1809 dargestellt, in der die Tiroler Franzosen und Bayern schlugen. „Da es aus konservativen Gründen nicht notwendig ist, diesen Zustand grundlegend zu ändern, werden wir uns bei der Restaurierung darauf beschränken, die Schäden der Leinwand zu beheben, die Malschicht zu sichern“, beschreibt Landeskonservator Werner Jud.

Neubestellung in Tirol

Hans Lintner jetzt im Landesschulrat

INNSBRUCK

Auf Vorschlag von LH Günther Platter wurde Hans Lintner, Bürgermeister von Schwaz, zum neuen Leiter des Landesschulrates bestellt. Er folgt auf Erwin Kogler, der mit Beginn dieses Jahres in den Ruhestand ging.



Hans Lintner und Bildungs-Landesrätin Beate Palfrader.

Großer Bestand sorgt für Schäden und Seuchen

Rotwild soll stärker bejagt werden

INNSBRUCK

Die hohe Anzahl an Rotwild, rund 30.000 Tiere, in Tirols Wäldern sorgte für Wildschäden und Seuchen. Daher wurden für diese Saison hohe Abschusszahlen vorgeschrieben. Im Vorjahr

wurden rund 500 Stück mehr an Rotwild getötet. Landesrat Anton Steixner fordert für heuer und in Zukunft eine deutliche Erhöhung. Der Bestand soll um ein Drittel verringert werden.



Vorarlberg

Klares Signal: Mehr Bauprojekte, Sanierungen und Investitionen

Ausgaben in der Bauwirtschaft sind für Vorarlberg konjunkturstützend

TSCHAGGUNS

Die „Vorarlberger Bautage“ setzen ein klares Signal an die Bauwirtschaft des Landes. „Wir wollen in Bauprojekte investieren, die Althausanierung ankurbeln und Infrastruktur-Investitionen ermöglichen“, sagen Hochbaulandesrat Landesstadthalter Markus Wallner und Wirtschaftslandesrat Karlheinz Rüdisser. Im Jahr 2009 wurden über 3000 Wohnungen mit Fördermitteln saniert – eine Verdreifachung gegenüber dem Jahr 2008. Die zugesagten Fördermittel haben sich im selben Zeitraum gar ver-



Vorarlberg will hoch hinaus: Rund 51 Millionen Euro sollen in diesem Jahr in öffentliche Hochbauprojekte fließen.

fünffacht – von 9,2 Millionen Euro. „Die erfreulichen Zahlen belegen, dass die Maßnahmen des Landes im Bereich der Wohnbauförderung richtig waren“, bilan-

ziert Landesrat Rüdisser. Das Land wird heuer zusätzlich rund 51 Millionen Euro in öffentliche Hochbauprojekte investieren und so ein klares Signal an die Bauwirtschaft senden.

Einbürgerungszahlen

Weniger neue Staatsbürger

BREGENZ

Der Trend rückläufiger Einbürgerungszahlen hat sich auch im letzten Jahr fortgesetzt. 2009 erhielten in Vorarlberg 424 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft. Das sind um rund 38 Prozent weniger als im Jahr davor und um das Siebenfache weniger als 2002. Landesrat Erich Schwärzler sieht insbesondere das restriktive Staatsbürgerschaftsgesetz als Hauptgrund. Mehr als die Hälfte der im Jahr 2009 Eingebürgerten (aus der Türkei, Serbien und Bosnien) sind bereits hier geboren oder hier verheiratet.



Südtirol

Südtiroler Gemeindenverband: Ziele für 2010 sind formuliert

Soziale Absicherung der Bürgermeister ist auch in Südtirol Thema

BOZEN

Der Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes, Arnold Schuler, hat dem Verwaltungsrat in seiner ersten Sitzung das Arbeitsprogramm für das Jahr 2010 vorgestellt. Dabei bildet auch in diesem Jahr die institutionelle Reform einen Schwerpunkt, wobei das Ziel die Neuordnung der Zuständigkeiten

nahmen aus Strom bzw. Gemeindefinanzierung ergibt, entsprechend berücksichtigt.

Die soziale Absicherung der Bürgermeister ist ein weiteres Anliegen des Südtiroler Gemeindenverbandes, wobei sich der Präsident Arnold Schuler die Bildung eines Zusatzrentenfonds für die Gemeindeverwalter vorstellen könnte. Ein konkreter Vorschlag wird ausgearbeitet.



Die Gemeindegewahlen 2010 bilden eines der Hauptthemen des ersten Halbjahres. Der Präsident Arnold Schuler wird bei Infor-

tungsschule Schulungen für die neu gewählten Gemeindeverwalter.

Das Thema Energie bleibt auch im Jahr 2010 aktuell. Der Südtiroler Gemeindenverband wird am runden Tisch Energie mitwirken, welcher Lösungen für die Beteiligung der Gemeinden an der Stromproduktion und -verteilung bringen soll. Im Rahmen der Gemeindepolizeidienste soll ein Konzept zur Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden ausgearbeitet werden. Unter anderem soll die Modulistik vereinheitlicht werden. Ein entsprechendes neues Landesgesetz wird vorbereitet. Um die Entbürokratisierung für die Bürger weiter voranzutreiben, sollen im Jahr 2010 die in den letzten beiden Jahren entwickelten E-Government-Dienste, also Online-Formulare und Online-Dienste sowie digitale Zahlungen (E-Payment), nun schrittweise in den Gemeinden umgesetzt werden. Dies ermöglicht die vollständige Abwicklung gewisser Verfahren über das Internet, wie zum Beispiel Beitragsansuchen, die Zahlung verschiedener Gebühren, die Anforderung von Lizenzen im Bereich Handel und Fremdenverkehr.

Die Gemeindegewahlen bilden eines der Hauptthemen des ersten Halbjahres 2010.

Gemeindenverband-Chef Arnold Schuler will BürgerInnen ermutigen, Verantwortung in den Gemeinden zu übernehmen

zwischen dem Land und den Gemeinden ist. Ein entsprechender Gesetzesvorschlag soll ausgearbeitet werden. Für den neu geregelten Rat der Gemeinden ist eine neue Geschäftsordnung auszuarbeiten. Außerdem steht die Einrichtung des Rates der Gemeinden auf regionaler Ebene bevor. In Sachen Gemeindefinanzierung steht der Abschluss der bereits im Vorjahr eingeleiteten Reform an. Präsident Arnold Schuler wird der Vollversammlung das neue Finanzierungsmodell zur Entscheidung vorlegen. Mit diesem Modell werden den Gemeinden die Gelder zur Abdeckung der laufenden Ausgaben aufgrund von 17 Indikatoren zugewiesen. Weiters wird auch die Finanzkraft der einzelnen Gemeinden, die sich aus Ein-

nahmen aus Strom bzw. Gemeindefinanzierung ergibt, entsprechend berücksichtigt.

Mit dem Finanzierungsmodell werden den Gemeinden die Gelder zur Abdeckung der laufenden Ausgaben aufgrund von 17 Indikatoren zugewiesen.

mationsveranstaltungen in den Gemeinden vor Ort über die Rolle der Gemeinderäte referieren, um so die Gemeindepolitiker und besonders die Bürger, die im Rahmen der Gemeindegewahlen 2010 Verantwortung in ihren Gemeinden übernehmen möchten, zur Kandidatur zu ermutigen. Im Anschluss an die Gemeindegewahlen organisiert der Südtiroler Gemeindenverband über die Verwal-

Jubiläum

25 Jahre Bürgermeister

Gemeindevater Hermann Gmeiner

EICHENBERG

Eichenbergs (Vorarlberg) Bürgermeister Hermann Gmeiner beging im Rahmen einer großen Feier mit all seinen Weggefährten/innen sein 25-jähriges Amtsjubiläum. Als „Gemeindevater, dem man vertraut und auf den man sich verlassen kann“ wird er gerne bezeichnet. Diese besonderen Worte verdiente sich der Vorarlberger durch seine besondere Nähe zu den Menschen und seine ausgeprägte Fähigkeit zur Zusammenarbeit und zum Konsens. Seine größten bisherigen Verdienste sind die harmonische Ortsbildgestaltung und ein kontinuierlicher touristischer Aufschwung gewesen.

Gedenken



Dem am 13. 1. 2007 verstorbenen Gründer von KOMMUNAL und Gemeindebund-Vizepräsident Prof. Walter Zimmer (kleines Bild) gedachte der Österreichische Gemeindebund mit einer Kranzniederlegung am Grab des Toten. Im Bild Hofrat Robert Hink, die Witwe Brigitte Zimmer, Piestings Bürgermeister Gerhard Baumgartner und Klaus Hecke, ein langjähriger Freund und Weggefährte im Piestinger Gemeinderat.

Kontakt



Südtiroler
Gemeindenverband
Genossenschaft,
Kanonikus-Michael-
Gamper-Straße 10,
I-39100 Bozen
Tel.: 0039-0471-304655,
Fax: 0039-0471-304625
E-Mail: info@gvcc.net

Personalia Burgenland



Die Gratulanten und der Jubilar: Bgm. Josef Ziniel, Bgm. a.D. Matthias Achs, GVV-Präsident Bgm. Ernst Schmid, Bgm. Matthias Gelbmann und Bgm. Johann Schrammel.

Rechnungsprüfer des Gemeindebundes feiert 70er

Mathias Achs

GOLS

GVV-Präsident Schmid gratulierte gemeinsam mit GVV-Vizepräsident Matthias Gelbmann in Gols dem langjährigen Bürgermeister von Gols, NR a. D. Matthias Achs, zum 70. Geburtstag. Mit dabei auch der derzeitige Bürgermeister von Gols Johann Schrammel und Nachbarbürgermeister Josef Ziniel aus Frauenkirchen. Überreicht wurde dem Jubilar dabei auch ein

kleines Präsent der Gemeindevertreter als Dank für seine langjährigen Dienste für die kommunale Sache. Achs war nicht nur Nationalratsabgeordneter und einer der längstdienenden Bürgermeister des Burgenlandes, sondern auch lange Jahre im Landesvorstand des GVV Burgenland sowie als Kontrollorgan im Österreichischen Gemeindebund tätig.

Personalia Niederösterreich

Peter Eisenschenk neuer Bürgermeister in Tulln

Bürgermeister-Legende Willi Stift hört auf

TULLN

Der bisherige Vize und Finanzstadtrat Peter Eisenschenk ist Tullns neuer Bürgermeister. Er folgt Willi Stift nach, der nach 16 Jahren sein Amt zurückgelegt hat. Ab sofort widmet sich

Eisenschenk nur mehr der Aufgabe als Bürgermeister und legte dafür seine anderen Ämter und Funktionen nieder. Der 44-Jährige ge-



Der Neue und der Alte: Peter Eisenschenk und Willi Stift.

bürtige Tullner ist verheiratet und hat zwei Kinder. Er studierte an der Uni Linz Wirtschaftspädagogik und war während seines Studiums Journalist beim Wirtschafts magazin „Trend“. Eisenschenk ist seit

1997 im Gemeinderat. 2002 wurde er Stadtrat für Gesundheit, Umwelt und Finanzen und 2005 Vizebürgermeister.

Personalia: Neues auf Bezirksebene

Neuer Bezirkshauptmann von Dornbirn

Helgar Wurzer ab April bestellt

DORNBIRN

Die Vorarlberger Landesregierung hat den bisherigen Personalchef des Landes, Helgar Wurzer, zum neuen Bezirkshauptmann von Dornbirn bestellt. Wurzer folgt Hans Mathis nach, der Ende März 2010 in den

Ruhestand treten wird. Wurzer leitet als Vorstand der Personalabteilung seit 17 Jahren die Personalagenden der Landesverwaltung, er ist 51 Jahre alt, verheiratet und hat zwei Kinder.

Scheibbs mit neuem Bezirkshauptmann

Johann Seper ist im Amt

SCHIEBBS

Johann Seper ist zum neuen Bezirkshauptmann von Scheibbs bestellt worden. Der 41-Jährige war zuletzt Bezirkshauptmann-Stellvertreter in Gänserndorf. Ab 2003 war Seper an der BH Gänserndorf tätig, ab

Juli 2005 bekleidete er das Amt des Bezirkshauptmann-Stellvertreters in Scheibbs. Zuletzt war Seper seit Februar 2007 Bezirkshauptmann-Stellvertreter in Gänserndorf.

Für Verdienste um die Republik

Ehrungen des Bundes

Mit Entschließung vom 14. Dezember 2009 hat Bundespräsident Dr. Heinz Fischer verliehen:

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an
► **Anton Zuderstorfer**, ehem. Bürgermeister der Gemeinde Windhaag bei Perg in Oberösterreich.

Mit Entschließung vom 15. Dezember 2009

Die Goldene Medaille für Verdienste um die Republik an
► **Edmund Dutter**, Geschäftsführender Gemeinderat der Marktgemeinde Schwarzenbach in Niederösterreich.

Mit Entschließung vom 17. Dezember 2009

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an
► **Johann Mittmannsgruber**, ehem. Bürgermeister der Marktgemeinde Weitersfelden in Oberösterreich.

Die Goldene Medaille für Verdienste um die Republik an
► **Friedrich Wöss**, ehem. Gemeindevorstand der Gemeinde Nebelberg in Oberösterreich.
► **Heinrich Pühringer**, ehem. Gemeinderat der Gemeinde Nebelberg in Oberösterreich.
► **Erich Krenn**, ehem. Gemeindevorstand der Marktgemeinde Kollerschlag in Oberösterreich.

Buch-Tipp

„Regula Benedicti“: Schule für den Alltag

Der heilige Benedikt als Menschenführer

Auf welchen Grundlagen funktioniert unsere Gesellschaft? Können Menschen ihren Reichtum tatsächlich genießen, wenn andere Menschen auf der Straße verhungern? Haben Führungskräfte allein den Prinzipien der freien Marktwirtschaft zu folgen? Entbindet Gewinnmaximierung jeglicher sozialer Verantwortung? Oder sind neben wirtschaftlichen Interessen soziale Dimensionen zu berücksichtigen?

Diesen und anderen Fragen geht Hans Hofinger, Altkreismünsterer und Bankmanager, in seinem neuen Buch nach. Er hat den Band „Regula Benedicti – eine Botschaft für Führungskräfte“ überarbeitet und erweitert. Der alte Titel wird den neuen Inhalten nicht mehr gerecht. In der fünften Auflage betrachtet er den heiligen Benedikt als Menschenführer, der in einer Zeit Orientierung bietet, in der die Gesellschaft neue Werte sucht.

Als humanistische Lebensweisheit mit klaren Anweisungen für ein friedliches Zusammenleben in einer Gemeinschaft eröffnet es dem Leser die Renaissance einer vergessenen Moral. Benedikt will Menschen, die zuhören können, Einfühlungsvermögen besitzen, Toleranz und Mitgefühl. Er erinnert an die Werte der römischen Antike: Freiheit, die Würde des Menschen,

seine Persönlichkeit und Schöpfungskraft. „Höre, mein Sohn, auf die Weisung des Meisters.“ In diesem Satz definiert er eine grundlegende humanistische Werthaltung für alle Menschen, unabhängig von Religion, Hautfarbe, Bildung und sozialem Ansehen.

„Ich sehe die vielen Bücher, die bei euch erscheinen. Sie alle sagen etwas Wichtiges über das geistliche Leben. Aber manchmal

habe ich den Eindruck, dass sie nur Ideen über Spiritualität verbreiten, aber keinen spirituellen Weg eröffnen. Ich würde euch raten, wie wir es damals versucht haben, einfach christlich zu leben, eine klare Ordnung an den Tag zu bringen“ (Anselm Grün in seinem Brief des heiligen Benedikt an die Christen um die Jahrhundertwende, 2000).

Das Buch

Hans Hofinger; „Benedikt als Menschenführer – Die Regula Benedicti als Schule für Arbeit, Beruf und Alltag“; Schulze-Delitzsch Schriftenreihe Band 32
Wien 2009, 256 Seiten
Preis: 24 Euro (inkl. zehn Prozent MwSt.)
ISBN 978-3-902131-14-0

Bestellungen:

Tel.: 01/313 28/DW 107
Fax: 01/313 28/DW 150
E-Mail: kerstin_katschner@oegv.volksbank.at



Buch-Tipp

Kommentar

Kataster und Vermessungsrecht

Das Vermessungsgesetz ist die Rechtsgrundlage für den Grenzkataster und die übrigen Aufgaben der Landesvermessung. Gerade die spezifischen Bestimmungen über den Kataster greifen über das Verwaltungsrecht hinaus stark in zivilrechtliche Belange ein. Der Kommentar vermittelt Vermessungsfachleuten die gesetzlichen Grundlagen und die rechtlichen Folgen ihrer Tätigkeit, macht aber auch Juristen mit der technischen Disziplin des Katasters und des Vermessens vertrauter und stellt die Materie übersichtlich, benutzerfreundlich und verständlich dar. Grundeigentümern werden die technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die Eigentumssicherung ihrer Liegenschaften nahe gebracht. Die Gesetze und Verordnungen sind mit ausführlichen Erläuterungen und Anmerkungen versehen, Literatur und Rechtsprechung wurden eingearbeitet.



Das Buch

Univ.-Doz. DI Dr. Christoph Twaroch, „Kataster und Vermessungsrecht“
Stand: 1. Oktober, 2009
978-3-7083-0624-7, 288 Seiten, 48,80 Euro
Neuer Wissenschaftlicher Verlag, Argentinierstraße 42/6, 1040 Wien
Tel.: 01/535 61 03-24
Fax: 01/535 61 03-25
E-Mail: office@nwv.at

Personalalia

Reinhard Rohr hört auf

Kärnten bald mit neuem SPÖ-Chef

Wie vor kurzem bekannt wurde, soll es in der Kärntner SPÖ zu einem Machtwechsel kommen. Nachpartei-Chef Reinhard Rohr vereinbarte eine Vorverlegung des Parteitages, genauer Zeitpunkt wurde keiner genannt. Klar ist aber, dass Rohr nicht erneut kandidieren wird. Als mögliche Nachfolger wurden Gerhard Seifried (Bgm. Wolfsberg) und Walter Hartlieb (Bgm. Kötschach) genannt.

Hilde Zach hört auf

Innsbruck 2012 neuer Stadtchef

Die Innsbrucker Bürgermeisterin Hilde Zach wird bei der Innsbrucker Wahl 2012 nicht mehr kandidieren. Sie werde aber alle Beteiligten rechtzeitig informieren, sollte sie tatsächlich vor der Wahl gehen, kündigte Zach an, die aus gesundheitlichen Gründen zu der Überlegung kam. Im Normalfall werden einem neuen Kandidaten zwölf Monate Einarbeitungszeit angeboten.

Bgm. Wilhelm Wimmer

Tod nach zehn Monaten im Amt

Die Stadtgemeinde St. Valentin gab in tiefer Trauer bekannt, dass Bürgermeister Wilhelm Wimmer am 5. Jänner im 55. Lebensjahr verstorben ist. Erst im März des Vorjahres übernahm er sein Amt als Bürgermeister. Bei den St. Valentinern wird er als lebenswerte Persönlichkeit mit verständnisvoller Art in Erinnerung bleiben.

KOMMUNAL International

90-jährige Französin vermachte ihrer Gemeinde vier Millionen Euro

CHÂLON-SUR-SAÔNE

Eine Französin hat ihren Mitbürgern ein schönes Weihnachtsgeschenk gemacht: Die bereits im Juli 2009 gestorbene Jeanne Parent vermachte dem Gemeindezentrum in Châlon-sur-Saône ihr gesamtes Hab und Gut im Wert von rund 3,9 Millionen Euro, teilte die Stadt mit. Die 90-Jährige sei ein Einzelkind gewesen und habe ihre entfernten Verwandten vor dem Tod darauf vorbereitet, dass sie ihr Vermögen der Stadt hinterlassen werde, sagte ein Rathausmitarbeiter. Parent vererbte demnach ihr Guthaben bei der Bank, den Inhalt ihres Schließfaches, Schmuckstücke und Immobilien. Die Stadt wolle nun von dem Geld unter anderem um 550.000 Euro ein Haus kaufen, „in dem Menschen in Schwierigkei-

ten aufgenommen werden, vor allem Obdachlose im Winter“.

Ganzes Dorf war zu verkaufen

LIEBON

Das kleine Dorf Liebion in Sachsen wurde 2009 bei Ebay zum Verkauf angeboten – inklusive Ortsschilder, Spielplatz und Teich. Das Mindestgebot lag bei 300.000 Euro. Die Besitzer hatten schon einmal versucht, den Ort zu verkaufen, doch es fand sich kein Interessent. Der Ort liegt 50 Kilometer östlich von Dresden und besteht aus einem einzigen Gehöft. Immerhin gibt es außer einem großen Wohnhaus, Scheunen und eigenem Spielplatz auch einen kleinen Dorfteich und zwei Ortsschilder. Es ist unklar, ob der Verkauf gelang.

Termin

Internationaler Kongress und Ausstellung

Umwelttechnologie & erneuerbare Energie

Die envietech2010 bringt Anbieter und Nachfrager von Umwelttechnologien und erneuerbarer Energie zusammen. Erfolgreiche Technologieanbieter und Referentinnen und Referenten werden vertreten sein, darunter Niki Berlakovich, Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, oder Robert Visser, Umweltdirektion OECD, oder auch Ronald O. Loveridge, USA, Bürgermeister der Stadt Riverside und Präsident des Amerikanischen Städtebundes.



Die Themenbereiche werden – in Auszügen – Umwelttechnologie (... für eine nachhaltige Entwicklung von Siedlungsräumen), erneuerbare Energie (Das Gebäude als dezentraler Energieproduzent) oder Abfall- und Wassermanagement sein.

Allgemeine Informationen und Anmeldung:
Mag. Wilhelm Autischer
Tel.: 0699/122 56 219
E-Mail:
w_autischer@hotmail.com

Offenlegung

gemäß § 25, Abs. 1–4, Mediengesetz 2005 für die periodische Druckschrift „KOMMUNAL“

Herausgeber:

Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Tel.: 01/512 14 80

Präsident:

Bgm. Helmut Mödlhammer

Vizepräsidenten:

Bgm. Mag. Alfred Riedl,
Bgm. Ernst Schmid

Generalsekretär:

Hofrat Dr. Robert Hink

Medieninhaber und

Verleger:

Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstraße 6, 1010 Wien, Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 88-22, E-Mail:

[kommunalverlag@](mailto:kommunalverlag@kommunal.at)

kommunal.at

Firmenbuch-Nr.: FN 95905 Wien
DVR: 0930 423
UID-ATU: 149 26 204

Geschäftsführung:

Walter Zimmer
Mag. Michael Zimmer

Unternehmensgegenstand:

Die Herstellung, der Verlag und Vertrieb von Druckschriften aller Art, insbesondere Fachzeitschriften. Der Handel mit Waren aller Art.

Organisation von Veranstaltungen.

Die grundlegende Haltung des KOMMUNAL ist die

Information der österreichischen Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte sowie leitende Beamte) sowie aller mit der Kommunalpolitik des Landes befassten

Politiker des Bundes und der Länder über alle relevanten kommunalpolitischen Probleme nach den objektiven Grundsätzen der überparteilichen, gesetzlichen Interessenvertretung der österreichischen Gemeinden, dem Österreichischen Gemeindebund.

KOMMUNAL ist das offizielle Organ des Österreichischen Gemeindebundes und erscheint monatlich.

Es wird im Direktversand an folgende Personen- und Zielgruppen versandt:

► Alle Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadträte und Geschäftsführenden Gemeinderäte der Gemeinden Österreichs.

► Alle leitenden Gemeindebeamten und alle führenden Gemeindebediensteten sowie die Spitzenfunktionäre und Sachbearbeiter der österreichischen Wasser-, Abwasser-, Müll und Reinhaltverbände sowie der Freiwilligen Feuerwehren.

► Alle für die Kommunalpolitik relevanten Behördenvertreter und Beamten der Ministerien, Bundesstellen und der österreichischen Bundesländer.

► Alle politischen Mandatäre der im Parlament vertretenen Parteien auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene.

► Wichtige Meinungsträger im Bereich anderer Behörden und Interessensvertretungen sowie der österreichischen Wirtschaft.

Vorschau auf Ausgabe 3/2010 (März):

FUHRPARK UND GERÄTETECHNIK



Kaum eine Tätigkeit ohne technische Hilfe Auch in schlechten Zeiten rollen kommunale Räder

In Summe sind es rund **acht Milliarden Euro**, versteckt in Ausgabegruppen wie „Straßen- und Wasserbau, Verkehr“, „Dienstleistungen“ oder „Gesundheit“, die die Gemeinden in Fuhrpark- und Gerätetechnik-Bereiche investieren.

Keine Müllabfuhr, keine Straßenreinigung oder Straßenbau, kein Schultransport, kein Friedhof, nicht einmal der kleinste kommunale Park kommt ohne einen kleinen Bus oder Transporter, einen kleinen Rasenmäher oder eine Kettensäge oder eine Mischmaschine aus. Alles Dinge, die in Gemeinden „Fuhrpark und Gerätetechnik“ genannt werden.

FREIZEIT- UND
TOURISTIKEINRICHTUNGEN

Tourismus für Gemeinden unersetzbar

1,9 Milliarden Euro: Das ist die Summe, die die Gemeinden Österreichs in Fremdenverkehr, Kunst und Kultur, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, aber auch Gesundheit stecken. Jeder dieser Bereiche ist untrennbar mit „Tourismus“ verbunden, denn wenn nur ein Bereich ausfällt, findet Tourismus in der Gemeinde nicht statt.

KONTAKT

So erreichen Sie uns:

KOMMUNAL
Löwelstraße 6, 1010 Wien
Fax: 01/532 23 77
Web: www.kommunal.at

Mag. Sabine Brüggemann
Tel: 01/532 23 88 – 12
sabine.brueggemann@kommunal.at

Mag. Alexander Palaschke
Tel: 01/532 23 88 – 14
alexander.palaschke@kommunal.at

Patrizia Poropatits
Tel: 01/532 23 88 – 30
patrizia.poropatits@kommunal.at

In dieser Ausgabe:

Fach- und Serviceinformationen für die öffentliche Hand

▶ Audit Familienfreundliche Gemeinde	21
▶ Bundesministerium für Finanzen	22
▶ Bundesministerium für Inneres	20
▶ Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	24
▶ Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur	26
▶ Gesundheit Österreich GmbH Geschäftsber. Fonds Gesundes Österreich	27
▶ GRABKULT Technisches Büro für Innenarchitektur	30
▶ KOMMUNALKREDIT Austria AG	48
▶ Microsoft Österreich GmbH.	33
▶ Österreichische Vereinigung des Gas- und Wasserfaches	41
▶ Rau Geosystem Süd	34
▶ Wallenberger & Linhard Regionalberatung GmbH	35
▶ Ziegler Schallschutz GmbH	45

Vorschau auf Ausgabe 2/10 (Februar):

GRÜNFLÄCHEN - PLÄTZE - STRASSEN

▶ Weil „Leben in den Gemeindeparks stattfindet“

Die Gemeinden schaffen die Freiräume, in denen das vielgerühmte „kommunale Leben“ stattfindet. Gemeindegärtner und Arbeiter legen die Grünflächen an und pflegen die Parks, die grünen Lungen der Gemeinden. Und die Gemeinden bauen die Straßen, auf denen der Nahversorgungsverkehr läuft.

In Summe geben die Gemeinden geschätzte zwei Milliarden Euro in den Bereichen Ortsbildpflege, Altstadterhaltung Wohnbau, Fremdenverkehr, Straßen und Park- und Badeanlagen aus (Schätzungen nach der VRV).

KOMMUNALE BELEUCHTUNG

▶ Kommunale Beleuchtung bringt Sicherheit

Die kommunalen Budgetposten „Öffentliche Ordnung“ und „Straßenbau und Sicherheit“ schlagen sich mit rund **einer Milliarde Euro** jährlich nieder. KOMMUNAL erkundet, welches Einsparpotenzial im Bereich Kommunale Beleuchtung noch möglich ist und was wann beleuchtet werden sollte.



Wien.
Für Dich.

Ab Herbst für alle 5- bis 6-Jährigen: **KINDERGARTEN** wird **PFLICHT**

Ab Herbst 2010 wird in Wien für alle 5- bis 6-jährigen Kinder der Besuch des Kindergartens halbtags verpflichtend. Damit kommen sie ein Jahr vor dem Schulstart in den Genuss der

umfassenden Förderungen und Angebote der Wiener Kindergärten. „Ziel des verpflichtenden Besuchs ist es, allen Kindern die

besten Startchancen in das weitere Bildungs- und spätere Berufsleben zu geben“, betont Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch.

Bildungsstadtrat
Christian Oxonitsch

Ab Herbst müssen alle 5- bis 6-jährigen Kinder in ganz Österreich 20 Stunden pro Woche verpflichtend einen Kindergarten besuchen. Das Angebot ist gratis. Wien bietet aber als einziges Bundesland weit mehr als nur diese verpflichtenden Stunden kostenlos an: Seit September 2009 ist in Wien der Kindergarten für alle 0- bis 6-Jährigen in allen städtischen und in vielen privaten Einrichtungen beitragsfrei. Auch Kindergruppen und Tageseltern erhalten von der Stadt Förderungen, die es einem Großteil ermöglichen, ebenfalls beitragsfreie Plätze anzubieten. Christian Oxonitsch: „Der Kindergartenbesuch ist für alle Kinder mit wichtigen Entwicklungsschritten verbunden: Es geht um den Erwerb sozialer Fähigkeiten ebenso wie um die Ent-

wicklung von Sprache und Denken. Das alles ist für den späteren Schulerfolg bedeutend. Deshalb ist das verpflichtende Kindergartenjahr ein guter und wichtiger Schritt.“

Jetzt bitte anmelden!

Wer sein Kind – vor allem Eltern von allen 5- bis 6-jährigen Kindern – noch nicht im Kindergarten hat, sollte es jetzt anmelden: siehe Kasten. Um die Eltern bei den Wegzeiten zu entlasten, wird auch darauf geachtet, dass Geschwister den gleichen Kindergarten besuchen können. Auch auf spezielle Lebenssituationen, wie etwa bei AlleinerzieherInnen, wird eingegangen. „Eine zeitgerechte Anmeldung erleichtert die Planung bei der Platzvergabe“, so Stadtrat Oxonitsch.



Das **verpflichtende Kindergartenjahr** gilt **ab Herbst 2010 für alle 5- bis 6-jährigen Kinder** ein Jahr vor Schuleintritt. Anmeldungen: im Internet unter www.kindergaerten.wien.at, in einer Servicestelle, **Info-Hotline: 01/277 55 55**, oder in einem privaten Kindergarten vor Ort.



Stadt Wien
Wien ist anders.

ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRA- STRUKTUR

Seit vielen Jahren ist die Kommunalkredit der kompetente Finanzierungspartner für Städte, Gemeinden und die öffentliche Hand. Infrastruktur-Projekte zu finanzieren, war schon immer unsere Aufgabe, die wir mit großem Engagement meistern. Wir sind stolz darauf, damit Projekte zu ermöglichen, die einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind. Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, **SCHULEN**, Kindergärten, Krankenhäuser, Energieversorgung oder Anlagen der Wasserwirtschaft sind für die Allgemeinheit wichtig. Jeder hat einen Nutzen davon. Unser Know-how und unsere Erfahrung sind ein wichtiges Kapital für Städte und Gemeinden, damit sie ihre Vorhaben im Bereich der Infrastruktur erfolgreich umsetzen können. Dieser besonderen Herausforderung werden wir uns auch in Zukunft mit allen Kräften stellen. Wir sind Österreichs führende Bank für Investitionen in öffentliche Infrastruktur.

ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRASTRUKTUR

www.kommunalkredit.at

KOMMUNAL
KREDIT